

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Komparativzelle
80 Pfennig, Restanteile 5.— Reichs-
markt. „Kleine Anzeigen“ das selbige
bedeutet Wort 25 Pfennig (zuletzt zwei
letztegedruckte Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellengesuche das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite
40 Pfennig. Anzeigenannahme ins Haupt-
geschäft Lindenstraße 3, wochentägig
von 9^{1/2} bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Dr. B u. Disc.-Ges. Postkastenpost Rindensstr. 3.

Es wird weiter verordnet.

Sozialreaktion für Interessentenpolitik.

Die neue Verordnung der Reichsregierung, die mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft gesetzt worden ist, enthüllt die reaktionären Absichten der Regierung Brüning noch deutlicher als ihre beiden Verordnungen, die auf Beschluß des Reichstags aufgehoben werden mußten.

Es ist jetzt keine Rede mehr davon, daß die Regierung sich bei der Anwendung des Artikels 48 auf das Notwendigste beschränken werde. Die Regierung benutzte die Zeit bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags zu weittragenden Maßnahmen, die mit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht das geringste zu tun haben. Ihr Zweck ist vielmehr, das Parlament als Vertretung der Volksinteressen auszuschalten und auf möglichst vielen Gebieten fertige Tatsachen zu schaffen. Der Kurs soll zwangsläufig gemacht werden, den die Regierung Brüning im Kampf gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten, im Kampf gegen die Sozialdemokratie mit der Unterstützung des ganzen Unternehmertums, und nur mit ihr, eingeschlagen hat.

Verfassungsrechtliche Bedenken kennt sie dabei nicht. Daher enthält die Notverordnung nicht nur die ursprüngliche Deckungsvorlage mit Reichshilfe, Einkommensteuereinzuschlag, Ledigensteuer, Kopfsteuer und Getränkesteuer, sondern auch den Reichsetat für das Jahr 1930, den Abbau der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung, die Änderungen der Reichsversorgung der Kriegsbeschädigten. Selbst die Osthilfe, dieser mißlungene Köder für Herrn Hugenberg und die deutschnationalen Großagrarien, wird mit Artikel 48 in Kraft gesetzt.

Nach der Auflösung des Reichstags hat der Reichsfinanzminister Dietrich mehrfach feierlich versprochen, die Regierung werde nichts tun, was sich mit der Verfassung nicht vereinbaren läßt und den Artikel 48 so eng und so sparsam wie möglich anwenden. Bei ihm bestanden bis vor kurzem noch die erheblichsten Bedenken gegen das Inkrafttreten der Sozialgesetze, der Osthilfe usw. mit dem Artikel 48. Aber von Herrn Dietrich gilt, was die Parteifreunde von Herrn Moldenhauer sagten: ein Mann der starken Worte und der schwächlichen Taten. Genau so wie Herr Dietrich die Kopfsteuer als ein Abenteuer bekämpfte und sie dann trotzdem verwirklichte, so hat er sich auch jetzt denjenigen Kräften gebeugt, die nach rechts wanken und für die die Anwendung des Artikels 48 nur eine willkommene Gelegenheit ist, Sozialreaktion und Interessentenpolitik mit den Mitteln der Diktatur zu betreiben.

Die eigentlichen Deckungsvorlagen sind in ihrer neuen Formulierung nicht anders zu beurteilen als in ihrer alten. Reichshilfe, Einkommensteuereinzuschlag, Ledigensteuer sind unverändert geblieben. Für sie ist deshalb nach wie vor zutreffend, daß die Leistungsfähigen geschont, die Leistungsschwachen übermäßig belastet werden. Lediglich bei der Kopfsteuer und bei der Gemeindegetränksteuer sind Änderungen vorgenommen worden. Normsatz bleibt 6 M. Für einkommensteuerfreie Personen ermäßigt er sich auf 3 M. Und nun beginnt die Staffelung „nach sozialen Gesichtspunkten“. Ein Hohngelächter wird die Antwort auf diese Demagogie der Reichsregierung sein. Die Kopfsteuer kann durch Änderungen kein soziales Mäntelchen erhalten. Wenn die Regierung jetzt eine Staffelung des Steuerfußes bei der Kopfsteuer vornimmt, so ist das nur ein Eingeständnis für die Verderblichkeit und Brutalität dieser Steuer.

Sie ist nur ein Zeichen für das böse Gewissen ihrer Urheber, ein Beweis der Angst vor dem Zorn der Wähler. Denn die Wähler wissen, daß die Kopfsteuer nicht nur die rohste Form einer Steuer ist, sondern daß sie vor allen Dingen dazu bestimmt ist, die sozialen Ausgaben der Gemeinden herabzudrücken und die Realsteuern zu ermäßigen. Kopfsteuer bleibt Kopfsteuer, mag auch von 100 000 Steuerpflichtigen einer einen erhöhten Satz zahlen.

Während die erste Notverordnung der Regierung die allgemeine Einführung einer Getränkesteuer vorsah, wird jetzt nur die bestehende Gemeindebesteuer erhöht. Bier darf also noch höher besteuert werden, Wein und Schaumwein aber bleiben steuerfrei. Daß in Ausnahmefällen besonders notleidende Gemeinden auch diese Getränke besteuern können, ändert nichts an der völligen Kapitulation,

die die Regierung hier vor den Interessenten vorgenommen hat. Denn die Wirtschaftspartei mit ihren Gastwirten, das ist der Interessentenhäufen, dem die Regierung Brüning einschließlich des Reichsfinanzministers Dietrich das unsäglichste Zugeständnis gemacht hat.

Die Begehertwürfe über Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Reichsversorgung werden in vollem Umfang mit Artikel 48 in Kraft gesetzt. In der Arbeitslosenversicherung sollen auf diese Weise für die restlichen acht Monate des Jahres 100 Millionen Mark eingespart werden. Die Unterstützung wird künftig nach der Dauer der Anwartschaft bemessen. Die Sperrfristen werden auf sechs Wochen verlängert. Die Wartzeit wird ebenfalls ausgedehnt. Vor allem aber wird entsprechend dem Diktat der Deutschen Volkspartei die Dahrlehnspflicht des Reiches, die bisher unbeschränkt war, auf die Hälfte des Mehrbedarfs eingeschränkt.

Für die Krankenversicherung wird das Ausmaß der Ersparnisse durch die Einführung der Gebühr für Krankenscheine und Arznei und die anderen Abbaumaßnahmen überhaupt nicht angegeben. Es läßt sich auf viele hundert Millionen beziffern.

Dieser Abbau der sozialen Leistungen wird von der Regierung mit der finanziellen Notlage begründet. Wäre das wirklich der entscheidende Gesichtspunkt, so hätte die Regierung bei der Osthilfe weit mehr Gelegenheit gehabt, finanzpolitische Verantwortung zu zeigen. Ohne wirtschaftlichen Schaden hätten hier viele Duzend Millionen gespart werden können. Für die Osthilfe aber werden alle Mittel zur Verfügung gestellt, die von der Regierung in einer finanziell viel besseren Situation vorgeschlagen waren und von denen ein Teil recht gut bis in eine spätere Zeit hätte verschoben werden können. Kann man den Unterschied zwischen Großgrundbesitzern und Arbeitslosen, Kranken oder Kriegsbeschädigten deutlicher machen, als es hier geschieht?

Und nun das schönste Stück: Die Regierung Brüning ist die Regierung der Sparsamkeit, so sagt man. Sie will 134 Millionen an den Ausgaben im Jahre 1930 einsparen. Aber man frage nicht, wo das geschehen soll, denn

keine Frage ist der Regierung unangenehmer als diese. Sie ist dabei schwerhörig, sie gibt keine Antwort. Würde sie nämlich Rede und Antwort stehen, dann würde die Öffentlichkeit erfahren, daß von diesen 134 Millionen lumpige 15 Millionen an den überhöhten militärischen Ausgaben gefürt werden sollen, und daß der wesentlichste Teil des verbleibenden Restes gespart wird an den Sozialausgaben! So zum Beispiel sollen die Kosten für die Auszahlung von Renten, die bisher das Reich getragen hat, in Zukunft von der Invaliden- und Unfallversicherung gezahlt werden. Das ist eine Mehrbelastung dieser Versicherungs-träger von 20 Millionen Mark jährlich, ein Betrag, der besonders die Invalidenversicherung schwer belastet und an der Erfüllung ihrer Aufgaben hindert.

Man sage aber nicht, die Regierung tue nichts für den Preisabbau. Das wäre ungerade. Die Regierung hat sich sogar in geistige Unkosten gestürzt und einen ganzen Abschnitt ihrer Verordnung der Senkung der Preise gewidmet. Schade, daß in ihm nichts anderes steht als schöne Worte. Und würde nicht schon die Zusammenlegung und der Kurs der jetzigen Regierung dafür bürgen, daß nichts geschieht, was den Großindustriellen und Großagrariern, was den Kartellen und Monopolen irgendwie unangenehm ist, so würde es der § 3 tun. Man muß ihn wörtlich lesen:

„Vor Erlass einer Maßnahme nach §§ 1 und 2 soll die Reichsregierung die beteiligten Wirtschaftskreise hören. Sie soll den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat um eine gutachtliche Stellungnahme ersuchen.“

Und da soll noch jemand glauben, die Regierung werde durch Zwangsmassnahmen den Abbau der Preise fördern?

Die Lage ist klar. Die Verordnung der Reichsregierung hat die Aufgabe der Wähler am 14. September erleichtert. Sie hat jeden Zweifel beseitigt und zeigt eindeutig, daß die Regierung entschlossen ist, den Weg der Verfassungsverletzung, der sozialen Reaktion und der steuerlichen Ungerechtigkeit zu Ende zu gehen, wenn die Wähler sie nicht vorher daran hindern!

Der Inhalt der Verordnungen.

Bei der Bekanntgabe der Notverordnungen erklärte Reichsfinanzminister Dietrich vor Vertretern der Presse, daß sich die erwarteten Steuereingänge um 28 Millionen vermindern, da ein Teil der neuen Steuern statt am 1. August erst am 1. September in Kraft treten könnten. Dieser Rinderertrag werde nicht durch neue Steuern, sondern durch Abstriche im Etat gedeckt werden. Die Einsparungen im Haushalt erhöhten sich danach einschließlich des Restes von 35 Millionen aus dem Jahre 1929 auf insgesamt 169 Millionen Mark. Zusammengefaßt ergebe die Deckung des Fehlbetrages von 760 Millionen folgendes Bild: Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherungsreform 269 Millionen, Reichshilfe, Einkommensteuereinzuschlag und Ledigensteuer 274 Millionen, Verringerung der Fristen bei der Tabaksteuer 48 Millionen, Gesamtersparungen im Etat 134 Millionen, Verringerung der Fehlbeträge 1929 35 Millionen.

Bei der Arbeitslosenversicherung sei mit der Ueberschreitung der angenommenen Durchschnittszahl von 1,6 Millionen zu rechnen. Die Reichsregierung werde deshalb die eingeleiteten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nachdrücklich fortsetzen. Die Gefahren, die dem Haushalt von der Arbeitslosenversicherung her drohen, sollten durch eine Reihe weiterer Maßnahmen verringert werden. Für 1930 sind für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung insgesamt 685 Millionen Mark im Haushalt zur Verfügung gestellt.

Todesopfer beim Europaflug.

Zwei Deutsche in Lyon verunglückt.

Bei der Landung der Europaflieger in Lyon sind die deutschen Piloten Oeffermann und Jermanski tödlich verunglückt. Näherer Bericht im lokalen Teil.

Sollte sich trotz der eingeleiteten Reformmassnahmen ein Mehrbedarf herausstellen, so will die Regierung diesen Mehrbedarf nur zur Hälfte durch Zuschüsse des Reiches decken, während die andere Hälfte durch eine weitere Beitragserhöhung oder durch Abstuflung der Beiträge (Gefahrenklassen) oder durch die Verbindung beider Massnahmen aufgebracht werden soll.

Die neuen Notverordnungen

gliedern sich in fünf Abschnitte:

1. Haushalt und Deckungsmassnahmen.
2. Erschließung neuer Einnahmen für die Gemeinden.
3. Die Osthilfe.
4. Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Reichsversorgung (Kriegsbeschädigte).
5. Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen (Kartellpreise).

Die Notverordnung über die Deckungsmassnahmen sieht wieder die 2½prozentige „Reichshilfe“ der Beamten und Aufsichtsräte, den 5prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer für Einnahmen über 8000 Mark sowie die Ledigensteuer vor. Die Gemeinden sollen mit sofortiger Wirkung das Recht erhalten, eine

Kopfsteuer und Gemeindebesteuer

zu erheben, die den Gemeinden zur Auswahl überlassen bleibt. Gemeinden, deren Etats durch die Fürsorge der Wohlfahrtserwerbslosen außerordentlich belastet sind, dürfen daneben auch von den übrigen Beiträgen eine Gemeindegetränksteuer erheben. Wenn aber die Realsteuersätze bei den einzelnen Gemeinden eine bestimmte Höhe überschreiten, so sind die Gemeinden zur Erhebung der Kopfsteuer und der Gemeindebesteuer verpflichtet. Ueberschreiten die Realsteuern den Landesdurchschnitt in einer bestimmten Höhe, so haben die betreffenden Ge-

meinden zu den beiden genannten Steuern nach Zuschläge zu erheben.

Das Osthilfegezet.

Die Regierung hält es selbst mit dem Charakter einer Notverordnung nicht für vereinbar, ein mehrjähriges Programm aufzustellen. Die Notverordnung über die Osthilfe verfolgt daher, wie sie glauben machen will, den Zweck, bis zur Verabschiedung eines endgültigen Osthilfegesetzes durch den neuen Reichstag die dringlichsten Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Osten einzuleiten. Der gleichzeitig durch Notverordnung in Kraft gesetzte Haushaltsplan bietet der Regierung die Mittel, um die Frachten-erleichterung, Senkung der kommunalen Lasten, Verringerung der Schiffsabgaben, Zinsverbilligung und Betriebsförderung und Maßnahmen auf kulturellem Gebiet in diesem Jahre zu gewähren. Für diese Zwecke sind

insgesamt 126 Millionen Mark ausgeworfen.

Daneben aber will die Regierung auf dem Wege einer besonderen Notverordnung die Kredithilfe für ländliche Siedlung und Umsiedlung sicherstellen und den Vollstreckungsschutz regeln. Für die Beschaffung des Dauerkredits für ländliche Siedlung hat sich die Regierung eine Ermächtigung zur Uebernahme einer Garantie von vorläufig 50 Millionen Mark gegeben. Für die Zwecke der Umsiedlung stehen angeblich insgesamt 100 Millionen Mark an Garantien zur Verfügung. Es sieht zu erwarten, daß die preussische Staatsregierung einen entsprechenden Betrag über die Preussentasse zur Verfügung stellt. Mit diesen Summen soll der vordringlichste Bedarf gedeckt werden. Die weiteren Kreditermächtigungen sollen dem Osthilfegezet vorbehalten bleiben. Der Vollstreckungsschutz wird in genau dem gleichen Umfange wie ursprünglich vorgesehen, bis zum 31. Dezember d. J. gewährt werden.

Sozialleistungen werden beschränkt.

Die Hineinnahme der sozialpolitischen Vorlagen in die Notverordnungen begründete Minister Dietrich damit, daß die soziale Belastung untragbar würde, wenn die Höhe der Krankenversicherung bei den steigenden Beiträgen der Arbeitslosenversicherung unverändert bliebe.

Eine Gefährdung der Arbeitslosenversicherung sei eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung!

Hier liege das Kernproblem und daher habe die Regierung den Weg zur Lösung vorsichtig beschritten, indem auch die Reformmaßnahmen für die Arbeitslosenversicherung in die Notverordnung mit hineingenommen worden seien.

In der Arbeitslosenversicherung werden durch die Notverordnung die wesentlichen Bestandteile der vom Reichstag nicht mehr verabschiedeten Novelle in Kraft gesetzt. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird vom 1. August 1930 um 1 Prozent auf 4 1/2 Prozent heraufgesetzt. Auf der Ausgabe- seite sind Maßnahmen vorgesehen, durch die für den Rest des laufenden Etatsjahres etwa 100 Millionen Mark eingespart werden. Die Höhe der Unterstufungen wird künftig mit der Dauer der Anwartschaft verknüpft. Die Vorschriften über die Unterstufung berufsüblicher Arbeitslosigkeit werden auch für den kommenden Winter aufrechterhalten. Die normale Dauer der Sperrfristen wird von der Notverordnung künftig auf sechs Wochen festgesetzt. Die Wartezeit beträgt regelmäßig vierzehn Tage bei Arbeitslosen ohne zuschuhberechtigte Angehörige, sieben Tage bei Arbeitslosen bis zu drei und drei Tage bei Arbeitslosen mit vier oder mehr zuschuhberechtigten Angehörigen.

Die Krankenversicherungsvorschriften werden durch gleichfalls durch Notverordnung verübt. Die Verordnung entspricht den Bestimmungen der alten Vorlage. Krankenscheingebühr und Arzneikostenbeitrag der Erkrankten werden diktiert. Auch sieht die Verordnung die Berufspflichten der Kassenärzte fest und regelt den Dienst der Vertrauensärzte. Die Krankenkassen haben den Beitrag unter Berücksichtigung der Wenderung der Verordnung neu festzusetzen. Auf dem Gebiet des Versorgungsrechtes werden künftige Anmeldungen von Rentenansprüchen nicht mehr möglich sein. Neubewilligung von Kriegsbeschädigtenrenten ist damit ausgeschlossen.

Der letzte Abschnitt der Notverordnungen befaßt sich mit der Frage der Kartellpreise. Die Reichsregierung ermächtigt sich durch diese Verordnung, Mißstände auf dem Gebiet der Kartellpreise zu beseitigen. Unter bestimmten Voraussetzungen soll die Reichsregierung, wenn Verhandlungen mit den betreffenden Wirtschaftszweigen nicht zur Beseitigung von Mißständen führen, durch Verwaltungsmaßnahmen unwirtschaftliche Preisbindungen aufheben können, also die betreffenden Kartelle auflösen. Ferner soll sie die Einfuhrzölle von solchen Waren, deren Produktion oder Vertrieb durch Preisbindungen in unwirtschaftliche Bahnen gelenkt wird, aufheben dürfen. Auf diese Weise soll angeblich die mangelhafte Anpassung der Kartellpreise an den allgemeinen Preissturz beseitigt werden.

Das Hafenkrenz am freien Rhein.

Debatte auf dem Giamoo-Kongress.

Paris, 26. Juli.

Im allgemeinen Ausschuss des Kongresses brachte Professor Caffin sein Befremden über französisch-nationalistische Plakate gegen die Rheinandrängung, in denen auf die Verfolgung der Separatisten hingewiesen wird, zum Ausdruck. Für die deutsche Delegation erwiderte Reichstagsabg. Rothmann, daß er diese Vorformeln mit gleicher Schärfe verurteile wie die französischen Delegierten. Über jedes Land habe in seiner Geschichte derartige unwürdige Ausschreitungen kleiner Minderheiten aufzuweisen. Verschiedene Redner wiesen auf

die Vorkommnisse im Rheinland und das Anwachsen der rechtsradikalen Kampfbünde in Deutschland mit Beforgnis hin.

Der deutsche Delegierte bedauerte, daß die Entwaffnung bisher leider keine Fortschritte gemacht hat. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müsse in das Arbeitsgebiet des Internationalen Verbandes der Kriegsoffer einbezogen werden, weil die Arbeitslosigkeit sich zu einer Gefahr für die Demokratie und den Weltfrieden auswache. Der Redner, wie auch verschiedene französische Delegierte gaben dem Danten Ausdruck für Bräun und Streemann, für ihre auf die Verständigung der Völker gerichtete Arbeit und ihre Erfolge. Reichstagsabg. Rothmann forderte, daß die angeschlossenen Verbände ein unzweideutiges Bekenntnis ablegen sollten für die politische Gleichberechtigung aller Staaten als Voraussetzung einer Sicherung des Weltfriedens.

Die Zigarettensteine von Oregon (USA) haben 16 000 Stimmen für ein Referendum über ein Verbot der Herstellung, des Verkehrs und des Besizes von Zigaretten und Zigarettenmaterial im Staate aufgebracht, was genügt, um den Volkstentcheid herbeizuführen.

Vorzeichen vom Wahlkampf.

Eigentum gleich Staat!

Bekanntlich hat Dr. Scholz im Namen des volksparteilichen Parteivorstandes vor einigen Tagen, als es noch keine „Konservative Volkspartei“ gab, an die nichtkatholischen Parteien von den Demokraten bis zum Graf Westarp eine Einladung gesandt, in der er eine gemeinsame Besprechung vorschlug zur „Zusammenfassung aller staatsbejahenden Kräfte“.

Darauf hat sich Herr Koch für die Demokraten bereit erklärt, an dieser Besprechung teilzunehmen, in der Hoffnung, insbesondere dabei zu erfahren, was Herr Scholz unter „staatsbejahenden“ Kräften verstände und warum er gerade die genannten Parteien eingeladen habe.

Die Rückfrage der Demokraten bezieht sich natürlich — wie die „DZ.“ bemerkt — darauf, daß die Demokraten „in erster Linie die Sozialdemokratie als staatsbejahende Partei gewürdigt sehen möchten“. Das industrielle Blatt bemerkt dazu, daß die Demokraten selber die Leidtragenden sein werden, wenn sie auf diese Weise ein Wahlbündnis mit den Radikalen aus der bürgerlichen Mitte hintertreiben.

„Nur die Zusammenfassung aller Kräfte kann das Eigentum vor dem weiteren Abgleiten bewahren.“

In der Tat: bei diesen ganzen Bündnisformationen und Fusionenverfuchen der „staatsbejahenden“ Mitte handelt es sich um nichts anderes als darum, das Eigentum zu bejahen und — soweit es sich nicht um Subventionen handelt — den alten liberalen Staat aufrechtzuerhalten, der nichts anderes zu tun hat, als dem Besitz den Besitz zu garantieren.

„Staatsbejahung“ — damit meint Herr Scholz Bejahung des Staates als Schützer des Eigentums; daher kommt es so genau nicht darauf an, ob dieser Staat mehr oder weniger demokratisch regiert wird.

Unter Staatsbejahung versteht die Sozialdemokratie etwas anderes: Bejahung des Staates als Schutz des arbeitenden und leidenden Menschen; der demokratische Volksstaat ist für sie das vornehmste Mittel dazu.

Die Brocken-Sammlung.

Von Raas bis Koch auf eine Liste!

Ihren bedeutenden Reiter, dem „Führer“ Scholz, auf dem Wege des Sammelns vorausgehend oder folgend, hat der Magdeburger Wahlkreisverband der Deutschen Volkspartei auf eigene Faust einen — wie es heißt — „Vorstoß zur Sammlung“ unternommen. Er läßt erkennen, wie sich die Deutsche Volkspartei die „Sammlung“ in der Praxis denkt.

Der betreffende Wahlkreisverband hat an die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, die Deutsche Bauernpartei, die Demokratische Partei, die Konservative Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Volkrechtspartei, das Zentrum und die Volksnationale Reichsvereinerung ein Schreiben gerichtet, in dem der Vorschlag gemacht wird, eine gemeinsame Liste aufzustellen, die von „herausragenden Persönlichkeiten“ geführt werden soll. Sei dieses Ziel nicht zu erreichen, so solle man versuchen, in irgendeiner Form ein Abkommen zu treffen, das den Wählern das gemeinsame Vorgehen erkennbar macht und eine gegenseitige Zerreißen der staatsbürgerlichen Parteien von vornherein ausschließt.

Dieser Vorschlag zeigt, in welcher unangenehmen Lage sich die Deutsche Volkspartei zur Zeit befindet und wie groß ihre Furcht vor einer Wahlniederlage ist. In dieser Furcht vor der eigenen Niederlage erklärt sie sich selbst zu einem Wahlbündnis mit dem katholischen Zentrum bereit! Nur glauben wir, daß die Volkspartei auch durch die sonderbarsten Wahlbündnisse nicht um eine Niederlage herumkommt und sie am Ende des Wahlkampfes doch so oder so blamiert ist.

Richtlinien zur Durchführung der Reichstagswahl.

Der Reichsminister des Innern hat durch Rundschreiben die Landesregierungen gebeten, alle Maßnahmen zur Durchführung

der Reichstagswahl in die Wege zu leiten und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen. Unter Hinweis auf die wesentlichen Wahlverfahren bei den letzten Wahlen wird ersucht, dahin zu wirken, daß die Gemeindebehörden und Abstimmungsstellen die Reichstagswahlen genau innehalten, um keinerlei Anlaß zu Klagen zu geben. Gleichzeitig wurden allgemeine Richtlinien für die Organisation und Durchführung der Reichstagswahl gegeben.

Sägt sie alle ab!

Wie weit die Verwirrung im Lager der „staatsbejahenden“ Mitte geblieben ist, zeigt ein Beitaufschuß der „Kölnischen Zeitung“, wo ein bürgerlicher Jugendführer mit seiner Unzufriedenheit zu Worte kommt und die „Staatspartei der Mitte“ ideologisch unterbaut. Er macht es gründlich und verlangt die Erneuerung von Kopf zu Fuß. „Wir haben keine Zeit mehr zu weltanschaulichen Auseinandersetzungen.“ „Die bisherigen Parteiprogramme müssen verschwinden“ und:

„Die Parteigremien — Vorstände, Hauptauschuss, Fraktion — bedürfen einer vollkommenen Umbildung. Es darf keine Persönlichkeit mehr an einer dieser Stellen erscheinen, die mit dem bisherigen Scheitern der bürgerlichen Politik irgendwie verbunden ist. Eine vollständige, umfassende Reform an Haupt und Gliedern muß geschehen. Führer und Vorstände müssen zurücktreten; in sofort einuberufenen außerordentlichen Hauptversammlungen müssen neue Persönlichkeiten in die Vorstände und als Führer gewählt werden. Man kann ruhig auf die „Routiniers“ und die „erfahrenen Praktiker“ verzichten. Man kann den bisherigen Führern Dant und Anerkennung widmen, Lorbeerkränze und treues Gedenken; aber man darf sie, nur wegen ihrer Honorarigkeit, nicht wieder aufstellen... Man wähle völlig unbekannte, aber entschlossene und ihres Ziels bewusste Leute in die Vorstände und Ausschüsse. Man wähle junge Leute, welche die Erfahrung durch größere Unabhängigkeit und stärkere Entschlußkraft ersetzen. Man stelle Kandidaten auf, die mit dem nummehrigen traurigen Ausgang nicht verbunden sind. Man lasse die Kandidaten wieder in offener Wahlklocht um ihr Mandat ringen. Man lasse sie zeigen, was sie wollen und können. Man lasse sie in vielen öffentlichen Versammlungen, in Rede und Gegende sprechen. Die Jugend wird Persönlichkeiten wählen, keine Listen und keine Parteiprogramme.“

Geradezu rührend ist der hilflose Ruf, mit dem der Aufsatz endet:

„Wenn die bürgerlichen Parteien noch auf ein ferneres Leben hoffen, dann müssen sie dafür sorgen, daß sie frische, unverbrauchte und aktive Persönlichkeiten als Kandidaten bekommen. Mit heißem Herzen und lähligen Kopf wird die bürgerliche Jugend in diesen Wahlkampf hineingehen. Sie wird sich um die Männer scharen, die ehrlich und mutig sind, denen eins über alle Parteien und über alle Interessen geht: Deutschland!“

Der Artikel ist bezeichnend für die Zwangslage, in die die bürgerliche Jugend gerät, wenn sie sich von den traditionellen Ideologien des deutschen Bürgertums nicht lösen kann. Entweder läuft sie den nationalsozialistischen Propaganden nach oder ihr wohlmeinendes Streben wird zermalmt von der Macht und den Ansprüchen der Schwerindustrie und der Finanz. Auch dieser neueste Notruf wird, wie viele tausend andere aus demselben Lager, ungehört verhallen.

Ausgetreten!

Der Vorsitzende des Reichskatholikenausschusses der Deutschnationalen Volkspartei, Freiherr von Landsberg-Welen auf Drensteinfurt, ist aus der Partei Hugenberg's ausgetreten.

Die Alten protestieren.

Für den 4. August ist der Gesamtvorstand des Hauptvereins der Konservativen einberufen, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Wie verlautet, wird sich der Hauptverein der Konservativen gegen den Mißbrauch (?) der Bezeichnung „konservativ“ durch die Konservative Volkspartei wenden und entschieden gegen diese Neugründung Stellung nehmen.

Der Spaltpilz bei Hugenberg.

Stürmische Debatten um Bazille.

Stuttgart, 26. Juli. (Eigenbericht.)

In einer stürmisch verlaufenen Versammlung der Deutschnationalen Partei, Ortsgruppe Stuttgart, nahm der württembergische Kultusminister und bisherige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Bazille Gelegenheit, seine Haltung gegenüber dem Kabinett Brüning zu rechtfertigen. Bazille führte aus:

Hugenberg habe die Reichstagsfraktion stets vor vollendete Taten gestellt. Am Tage vor der Reichstagsauflösung sei Hugenberg in die Fraktion gekommen, um mitzuteilen, daß er mit der Regierung verhandeln wolle. Worüber verhandelt werden sollte, habe er nicht gesagt. Gleichzeitig sei angekündigt worden, daß jeder, der gegen Hugenberg stimme, aus der Partei ausgeschlossen werden würde. In den Debatten sei stets nur danach gefragt worden, was der Partei nütze, aber nie, was für Deutschland nützlich sei. Ein Sturz der Regierung Brüning in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sei unverantwortlich. Für den neuen Reichstag werde Hugenberg höchstens 20 bis 30 Mandate retten. Vielleicht würden im Dezember schon wieder Reichstagswahlen notwendig sein. Dann aber würde Hindenburg den Kampf aufgeben und zurücktreten. Er, Bazille, scheide jetzt aus der Reichspolitik aus und wolle sich nur noch der Arbeit in Württemberg widmen.

Die Aussprache verlief sehr stürmisch, zumal der Vorsitzende mitteilte, daß der Landtagsabgeordnete Wider die Absicht hätte, sich Bazilles Reichstagsmandat anzueignen. Die Meinungen der Versammlungsteilnehmer waren sehr geteilt. Eine Feststellung darüber, auf welcher Seite die Mehrheit stand, erfolgte nicht.

Bazilles Bändendienst an Brüning.

Aus weiteren Berichten über die Rede Bazilles vor den Stuttgarter Deutschnationalen ergibt sich klar, daß er erst ausgetreten ist, nachdem ihm vom Landesvorsitzenden eröffnet worden war, daß er wegen seiner letzten Abstimmung für Brüning im Reichstag nicht wieder aufgestellt werden würde. Daraus könnte man schließen, daß sein Austritt weniger der Ausdruck seiner inneren Ueberzeugung von der Unmöglichkeit des Hugenberg-Kurses, war, als

vielmehr der Entrüstung über das entzogene Reichstagsmandat entsprang. Hätte Hugenberg ihn wieder aufgestellt, dann würde Bazille treu und brav bei den Deutschnationalen geblieben sein. Bei wieviel von den neuen Westarp-Männern mögen ähnliche Erwägungen eine Rolle gespielt haben!

Herr Bazille sah freilich in einer argen Zwischstufe: Stimmt er mit Hugenberg gegen Brüning, dann riskierte er, daß ihn das württembergische Zentrum unter Führung des Ministerpräsidenten Bötz aus der Landesregierung herausbugsiere. So wenigstens bietet ihm nach das Parteifeld einstecken erhalten.

Zur Rechtfertigung seiner Stimmabgabe erklärte Bazille in seiner Rede: „Die Regierung Brüning ist die beste Regierung, die das deutsche Volk je gehabt hat.“

Dieses Lob im Munde eines so erzreaktionären Nationalisten wie Bazille stellt wohl die denkbar schwerste moralische Belastung für die Regierung Brüning dar. Der Mann, der Herrn Brüning solch glänzendes Zeugnis ausstellt, ist derselbe, der so reaktionär ist, daß selbst die Deutsche Volkspartei Württembergs sich lange gegen seine Wiederwahl zum Minister sträubte. Herr Bazille hat monatelang sein Amt nur deshalb weiterführen können, weil die Mißtrauensanträge der Linken gegen ihn mit Stimmen-gleichheit abgelehnt wurden!

Der Zentrumsarbeitsvertreter Schlaß hat Herrn Brüning attestiert, daß er die reaktionärste Regierung leite, die Deutschland seit 1918 gehabt hat.

Der Deutschnationale Bazille dagegen stellt Herrn Brüning das Zeugnis aus, daß er die beste Regierung führe, die Deutschland je gehabt habe!

Der Reichstagsler und seine Ministertollegen werden nach Kenntnis dieses Ausspruchs eines so klassischen Kronzeugen nur ausrufen können: „Gott schütze mich vor solchen Freunden!“

Wegen Alkoholvergehens in den USA sind im letzten Fiskaljahr 68 186 Personen verhaftet und 4373 Destillierapparate, ungefähr 1320 000 Gallonen Spirituosen und über 8 000 000 Gallonen Alkohol beschlagnahmt worden.

„Wagt der „Vorwärts“ ...?“

Der kommunistische Wahlschwindel zugestanden!

Unsere Anprangerung der kommunistischen Wahllügen im gestrigen „Abend“ ist ein voller Erfolg gewesen. Die „Rote Fahne“, deren Inhalt es ist, sowie über die Sozialdemokratie zusammenzufügen, daß unser Papier zur Widerlegung nicht ausreichen würde, versucht zwar zu antworten — aber die Antwort bleibt ihr im Halse stecken.

Von drei Lügen, die wir festgenagelt haben, erwähnt die „Rote Fahne“ nur eine einzige; zwei Lügen werden flüchtig übergegangen und damit von dem Kommunistenblatt von vornherein als Lügen zugestanden, auf deren Entlarzung man nicht zu erwidern weiß.

Zugestanden wird von der „Roten Fahne“, daß beim Amnestiegesetz die Sozialdemokratie genau ebenso gestimmt hat wie die kommunistische Fraktion in der zweiten Lesung, und daß einzig und allein die KPD. in dritter Lesung auf Grund eines ganz gemeinen Kuhhandels mit der Rechten zugunsten der Fememörder umgefallen ist.

Zugestanden wird von der „Roten Fahne“, daß ihr Vorwurf gegen die Sozialdemokratie, sich beim Mißtrauensantrag gegen Brüning der Stimme enthalten zu haben, noch in viel schärferem Maße die Kommunisten selber treffen müßte, die ihren eigenen Mißtrauensantrag gegen Brüning zwei Tage später aus freien Stücken zurückgezogen haben.

Eine Erwiderung versucht die „Rote Fahne“ lediglich auf folgende Sätze des „Abends“, die sich auf den dritten Punkt, die Stimmenthaltung der Sozialdemokratie bei Artikel 1 der Rotverordnung bezogen. Wir schreiben:

Richtig ist, daß durch die Stimmenthaltung der Sozialdemokratie der Regierung Brüning nur eine Gasganzfrist von 24 Stunden gegeben wurde, während derer sie sich entscheiden konnte, ob sie auf ihrer unsozialen Rotverordnung beharren oder zusammen mit der Sozialdemokratie eine gerechtere Steuerregelung treffen wollte. Als die Regierung dies ablehnte, hat die Sozialdemokratie die Rotverordnung durch Ablehnung des Artikels 2 zerschlagen.

Um uns zu „entlasten“, zitiert die „Rote Fahne“ etwas aus der Rede des Gen. Keil, das unsere Darstellung Lügen strafte. Und was ist das? Keil sagte:

Auf die Gefahr hin, daß meine Äußerungen falsch gedeutet werden, stelle ich fest, daß die starken Kräfte der großen Partei, die hier sitzt (auf die Sozialdemokraten weisend), zur Lösung der Schwierigkeiten nutzbar zu machen, noch nicht versucht worden ist...

Wieso diese Sätze unsere Darstellung widerlegen, wird ewig Geheimnis der „Roten Fahne“ bleiben. Sie sind eine glatte Beschäftigung dessen, was wir schreiben, daß nämlich die Sozialdemokratie der Regierung Brüning noch eine letzte Gelegenheit geben wollte, zusammen mit der Sozialdemokratie eine gerechtere Steuerregelung der Steuerlasten zu treffen. Ihre absichtliche Mißdeutung durch die berufsabhängig lügende kommunistische Presse hat Keil allerdings richtig vorausgesehen, aber gerade hierdurch der Verdrehung im voraus jeden Vorwand genommen!

Als Refutator unserer Polemik mit der „Roten Fahne“ stellen wir fest: In zwei Punkten verlegenes Schwelgen der „Roten Fahne“ und damit Zugeständnis ihrer Lüge; im dritten Punkt eine „Widerlegung“, die eine glatte Beschäftigung ist.

„Sawjustiz“.

Durch dies Wort darf sich kein Richter mehr beleidigt fühlen.

Ein höchst eigenartiges Urteil fällt das Schöffengericht in Peine in einem Prozeß gegen den nationalsozialistischen Kreisabgeordneten Paul. Der Angeklagte, der bereits zweimal wegen Eigentumsvergehens vorbestraft ist, hatte im November des vergangenen Jahres in öffentlicher Versammlung schwere Beschuldigungen gegen den Landrat Brand des Kreises Peine gerichtet und u. a. wörtlich gesagt: „Die Sawwirtschaft des Landrats Brand muß beseitigt werden.“

Eine auf sozialdemokratischen Antrag eingesehte Untersuchungskommission des Kreisabgeordneten stellt fest, daß die Behauptungen des nationalsozialistischen Verleumders über Standalöse Zustände in der Kreispartalle usw. aus der Luft gegriffen waren. Der Staatsanwalt erhob darauf die öffentliche Klage gegen Paul.

In der Verhandlung ergriff der Angeklagte der Tapferkeit besseres Teil: er bestritt seine beleidigenden Äußerungen. Sie wurden aber durch Zeugen einwandfrei nachgewiesen. Der Staatsanwalt beantragte zwei Wochen Gefängnis, da es sich um eine aus der Luft gegriffene Verleumdung handelte, ausgeföhren von einem Manne, der selber wegen ehrenrühriger Vergehen schwer vorbestraft ist. Als Sühne hierfür komme nur Gefängnis in Betracht.

Das Gericht jedoch sprach den Angeklagten frei. Es sah zwar die beleidigenden Äußerungen als erwiesen an, aber der Vorliegende führte in seiner Urteilsbegründung aus:

Es sei bekannt, daß im polkischen Land kein Partetton herrsche und daß daher Ausdrücke wie Sawwirtschaft und ähnliche Worte nicht als Beleidigung anzusehen seien.

Deshalb müsse Freispruch erfolgen. Der Staatsanwalt wird gegen dieses Urteil Berufung einlegen.

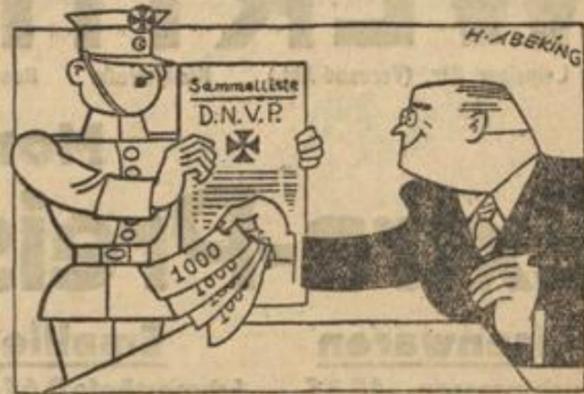
Würde irgend jemand dieses Urteil ein „Sawurteil“ und dies Justiz eine „Sawjustiz“ nennen, würde dann der Vorliegende des Peiner Schöffengerichts sich durch solche Ausdrücke keineswegs beleidigt fühlen? Würde er sich damit trösten, daß „im polkischen Land kein Partetton herrsche“, würde er demgemäß denjenigen, der seine Redefreiheit als „Sawjustiz“ kennzeichnen sollte — wir selber machen uns natürlich solche Ausdrücke nicht zu eigen — mit väterlicher Milde freisprechen? Man sollte es meinen. Denn was dem Landrat recht ist, ist doch dem Richter billig. Nicht wahr?

Luftfahrüberwachung der deutschen Grenzen. Der Reichsverkehrsminister hat die Regierungen der deutschen Länder gebeten, die Luftfahrüberwachungsbehörden darauf hinzuweisen, daß mit der Räumung der besetzten Gebiete am 1. Juli d. J. der Artikel 200 des Versailler Vertrages gegenstandslos geworden ist; von diesem Termin ab bedürfen alle militärischen Flugzeuge, auch die der ehemaligen Besatzungsmächte, zum Ueberflug deutschen Hoheitsgebieten einer besonderen Genehmigung der Reichsregierung.

Fabrikant Pinke rüstet zur Wahl.



„Volkspartei — Stresemann — Curtius? Na, aus alter Gewohnheit eine Kleinigkeit.“



„Hugenberg — der Mann ist mit sympathisch, bloß etwas do. Hier ein größerer Beitrag.“



„Hitler — das ist der echte Sozialismus, für den können auch wir Fabrikanten unbeforgt eintreten. Mein Geldschrank steht Ihnen offen, das bringen Ihre Leute durch Streikbruch wieder ein.“



„Kunze, entwerfen Sie sofort eine Mitteilung an mein Personal: Die fortgesetzten finanziellen Verluste infolge der schlechten Wirtschaftslage zwingen mich zu einem sofortigen Lohn- und Gehaltsabbau!“

Rußlands Außenpolitik.

Litwinow führt sich ein.

Mit einigen sorgfältig formulierten Erklärungen an die Vertreter der ausländischen Presse in Moskau führte sich Litwinow als neuer Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten ein. Er wies zunächst auf seine zehnjährige enge Zusammenarbeit mit seinem Vorgänger Tschitscherin hin, um die Kontinuität der Außenpolitik der Sowjetunion zu unterstreichen. Eine ihrer Hauptaufgaben sei, die Verteidigung der Errungenschaften der Revolution gegen äußere Einwirkung und Einmischung.

Hoffentlich sieht Herr Litwinow eine andere Aufgabe seiner Ressorts darin, auch die Einwirkungen und Einmischungen des russischen Bolschewismus in die demokratischen Errungenschaften fremder Länder zu bekämpfen. Wir wissen, daß das Außenkommissariat, wenigstens aus tatsächlichen Gründen, mehr als einmal in der Vergangenheit besetzt gewesen ist, den Ueberleber der kommunistischen Internationalen zu bremsen, wenn dessen „Einwirkungen und Einmischungen“ in die Verhältnisse anderer Staaten allzu plump waren und gefährliche Folgen für die USSR zu haben drohten. Freilich waren diese Bemühungen niemals sehr wirksam, denn das Volkskommissariat ist, wie alle amtlichen Stellen in Moskau, nur eine untergeordnete Behörde, die niemals wagen wird, ernsthaft gegen das Politbüro, die GPU und die Komintern Front zu machen.

Litwinow versicherte ferner, daß der „sozialistische“ Aufbau Sowjetrußlands an der Erhaltung des Friedens interessiert sei. Das wollen wir als wahr unterstellen. Dann aber täten die russischen Machthaber gut, mit dem überflüssigen Gerede von den unermesslichen „neuen Krieg“ endlich Schluss zu machen. Es sei denn, daß sie für den Fall des Zusammenbruchs ihres Aufbaues einen solchen Krieg als Ablenkung wünschten. Ihre Sprache ist manchmal so provokatorisch, daß man sich fragen muß, ob sie nicht bewußt auf eine neue Weltkatastrophe hinsteuern.

Der neue Volkskommissar versuchte sodann Mussolini den Rang abzulaufen mit Bekundungen des Mißgefühls für die Staaten, denen als Folge des Krieges Lasten auferlegt werden: Zwischen diesen Staaten und der Sowjetunion sei eine „gewisse Interessengemeinschaft“ entstanden. Mit einigen dieser besiegten Staaten unterhalte Rußland durchaus „korrekte und normale, in einigen Fällen sogar freundschaftliche Beziehungen“.

Da Ungarn und Bulgarien keine offiziellen Beziehungen zu Moskau pflegen, bleiben also nur Deutschland, Oesterreich und die Türkei. Der Ausdruck „korrekt und normal“ bezieht sich zweifellos auf Oesterreich, der Ausdruck „freundschaftlich“ ebenso unzweifelhaft auf die Türkei. In welcher Kategorie rangiert zur Zeit Deutschland in den Augen Litwinows? Sicher ist die Türkei gegenwärtig das Land in der Welt, mit dem die Sowjetunion am engsten liiert ist. Hier liegt sogar ein offensichtliches Bündnis vor. Die Türkei darf nicht in den Völkerverbund, weil es ihr Moskau unterzagt hat. Die Herzlichkeit dieser Beziehungen zwischen Moskau und Angora wird natürlich in keiner Weise dadurch beeinträchtigt, daß das bloße Bekenntnis zu den bolschewistischen Ideen im Reiche Kemal Paschas mit zehn oder zwanzig Jahren Kerker bestraft wird.

Aber das ist nicht der einzige Fall. Auch mit dem Italien Mussolini steht das Rußland Stalins in einem freundschaftlichen Verhältnis. Nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich. „Schlagt die Tschiffen, wo ihr sie trefft!“ ist nur eine Parole für die armen Teufel, die ihre Haut für die Komintern zu Markte tragen. Die Moskauer Behörden vom Außenkommissariat und vom Außenhandelsministerium haben dafür eine etwas andere Formulierung: „Handschlag den Tschiffen, wo ihr nur könnt“, ob in Rom, Angora oder Kowna.

Rutjepows Tod.

Behauptungen des Enthüllers Burzew.

Der in Paris lebende Russe Burzew, noch aus der Vortriebszeit durch keine Enthüllungen zaristischer Spindel, besonders des Großprokopteurs Kfew bekannt, beginnt in dem Pariser

Blatt des russischen Demokratenführers Professor Miljukow mit sensationellen Veröffentlichungen über den mysteriösen Fall des ehemaligen Zarengenerals Rutjepow, dessen Verschwinden so großes Aufsehen erregt hat. Burzew teilt mit:

Rutjepow ist nicht, wie vermutet wurde, auf dem Seewege nach Moskau geschifft worden, sondern per Eisenbahn. Er unterhielt Beziehungen zu einer Reihe Vertreter der Roten Armee, unter denen auch Agenten der GPU waren. Am 25. Januar wurde ihm die Mitteilung, daß er am nächsten Tage mit einer aus Rußland eingetroffenen Persönlichkeit zusammentreffen solle. Als er sich am 26. Januar auf dem Wege zum Rendezvous befand, wurde er auf der Straße von der Mittelperson, in Wirklichkeit einem Agenten der GPU begrüßt und zu einem Auto geführt. Erst im Wagen wurde ihm klar, daß er Ljokolisten in die Hände gefallen war. Als er sich zu wehren begann, wurde er narkotisiert — sein krankes Herz vertrug aber keine Narkose — und wenige Minuten später war er tot. Der russische Chirurg Alexinski hatte sofort nach dem Bekanntwerden einer vermeintlichen Narkotisierung Rutjepows gesagt: „Dann muß er tot sein, sein Herz konnte einer Narkose nicht standhalten.“

Drei Tage nach Rutjepows Entführung reiste der zweite Sekretär der Pariser Sowjetbolschewisten, Hestland, schnellst nach Moskau. Mit sich führte er als diplomatisches Gepäck einen versiegelten Korb — mit Rutjepows Leiche.

Ueber Stettin und Danzig traf Hestland mit seiner Beute in Moskau ein. Hier wurde die Leiche im Krematorium in Gegenwart von Vertretern des GPU. verbrannt, und über diesen Akt ein Protokoll aufgenommen. „Ich erzähle das auf Grund von Mitteilungen einer Person, die Rutjepow noch am Leben und später tot gesehen hat,“ sagte Burzew.

Er fügt hinzu: „Auf Grund einer Vereinbarung mit meinen Gewährsmännern kann ich im Augenblick nicht mehr sagen. Sollten sich aber in den allernächsten Tagen die vereinbarten Bedingungen für die Zurverfügungstellung weiterer Materials nicht erfüllt werden, so werde ich mich für berechtigt halten, unabhängig von meinen Gewährsmännern, weitere Tatsachen über die Entführung Rutjepows der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Meine Mitteilungen werde ich durch die Unterschrift zweier ehemaligen hohen Sowjetangestellten betätigen.“

Das verbotene Parlament tagt!

Knads Regierung sieht auf Bajonetten.

Kairo, 26. Juli. (Eigenbericht.)

Das ägyptische Parlament versammelte sich in der Nacht zum Sonnabend trotz der Diktatur in beschlußfähiger Mitgliederzahl. Der Regierung Sidh Pascha wurde ein Mißtrauensvotum erteilt. Ein einstimmig angenommener Antrag von Nahas Pascha fordert das Volk nach indischem Vorbild zur sofortigen Steuerberweigerung auf.

Als die Regierung Sidh Pascha am Sonnabendmorgen von der Tagung und deren Beschlüsse erfuhr, ließ sie 2000 Soldaten in den Straßen Kairo aufmarschieren. Angesichts dieses Militäraufgebots ließ die Wafdpartei die geplante Demonstration abfangen. Die Stimmung der Bevölkerung ist explosiv, jeder Tag kann neue blutige Ereignisse bringen.

Die Türkei soll wegen des Kurdenaufstandes von Perien gefordert haben, zum besseren Schutz der türkischen Grenze mehrere Landstriche abzutreten. Es sind in den letzten Tagen Noten gewechselt worden, der Inhalt wird streng geheim gehalten. Die große Offensive der Türken gegen die Kurden ist bis auf weiteres ausgegeben worden.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

In allen 4 Geschäften
Große Möbel-Abteilungen
Auf Wunsch Teilzahlung
Eigene Möbel-Fabrik

Montag, Dienstag, Mittwoch

Extra-Preise für Wirtschaftsartikel

Eisenwaren

Fruchtpressen von 10.75 an
Tafelwage 2 Messing-teller 6.25
Brotschneide Rund-messer 7.75
Tischmangeln v. 38.00 an
2 Gasplättchen mit Erhitzer 9.25
Gaskocher 2 Loch schwarz 7.50 email. 11.75
Sparbrenner 10.75 email. 14.00
emailiert, geschlossen, mit Sparbrenner 18.00
Teilzahlung für Gasabnehmer der Berliner Städtischen Gaswerke

Blechwaren

Fruchtpresse 0.80
Gurkenhobel ... 0.20
Gemüsehobel .. 0.20
Gazeglocken von 0.35 an
Serviettenständer von 0.80 an
Brotkorb bunt lackiert 0.50
Kakteenuntersatz von 0.12 an
Gießkannen für Kakteen 0.65 an
Brotbüchsen bunt lackiert 2.50 b. 3.85
Gazeschrank 7.50
Spirituskocher Ver-gaser 3.85

Emaile

Schmortöpfe 0.65 b. 1.00 mit Ring, farbig, innen weiß 1.10 b. 1.85
Kasserollen 0.45 b. 1.20
Waschschüsseln v. 0.95 an
Scheuergarnitur .. 1.45
Wasserkonsole mit Mah-wahl 0.90
Toiletteeimer 1.90 3.75
Wassereimer weiß ca. 20 cm 0.85
Maschinentöpfe v. 0.35 an
Waschtöpfe verzinkt, komplett 2.35 b. 4.50
Wannen verzinkt, oval 1.40 b. 3.10

Nickelwaren

Tortenplatte mit Messing vernickeltem Rand 1.90
Kaffeekannen 15 cm 17 cm 0.55 0.65
Untersatz m. vern. Rand
Brotkorb Messing vernick. 3.00
Serviettenständer vernickelt 2.10, u. bunte Einlage 2.25
Krümelschaufel mit Bürste, Messing vernickelt 3.20
Gebäckkasten Stein-gut mit Messing vernickeltem Rand 6.50

Butterkühler 45 Pf.

Ton, mit Glasinsatz

Mit kleinen Fehlern:
Eismesser 0.22
Scheren geschmiedet, von 0.30 an

Zink-Waschfässer

9.00 bis 16.50
Zink-Zober 10.25 bis 19.50

Globus-Bohner 4.75 an

Teppichkehrer Glo-bus 8.75
Volksmop Globus, mit Stiel 2.25
Volksmop ohne Stiel 1.15

Alpaka u. Alpaka versilberte Bestecke und Vorlegestelle besonders preiswert

Slüffigob Obfl

Kostproben und Anleitung zur Selbstherstellung
Leipziger Straße Lebensmittel-Abteilung

Aluminium

Milchkannen 1.70 1.90
Wasserkessel 2.25 bis 2.85
Kasseroilen 1.20 bis 2.10 mit Holzstiel
Wäschesprenger 0.45
Feldflasche mit Filzbezug 2.75
Butterdose mit Ver-schraubung und Glas, 10 cm 0.60
Brotdose zusammen-schleubar 0.80

Solinger

Stahlwaren

Eißbesteck mit braunem Backenheft 0.75
Dessertbesteck mit braunem Backenheft 0.70
Eißbesteck mit Ebenholz-Backenheft 0.90
Dessertbesteck mit Ebenholz-Backenheft 0.85
Eißbesteck mit Ebenholzheft, rostfrei 0.90
Eißbesteck mit Ebenholzheft, rostfrei 2.25
Obstmesser rostfrei 0.65
Tortenheber im Geschenkkarton 0.40 0.85
Kaffeelöffel Alpaka 0.15
Eißlöffel Alpaka 0.30
Eißbesteck Alpaka ... 0.90

Borstenwaren

Roßhaarbesen lackiert 1.65 bis 2.90
Roßhaarhandfeger lackiert 1.10 bis 1.50
Schrubber Fiber 0.35 0.40
Fußmatten .. 1.25 1.35
Möbelbürsten 0.40 b. 1.10
Kleiderbürsten 1.10 b. 1.65
Teppichhandfeger 0.75 0.95

Holzwaren

Wandmühlen 2.90 4.25 mit geschmied. Werk
Schofmühlen 1.70 2.35 mit geschmied. Werk
Servierbretter 1.95 b. 3.10
Besteckkästen 1.10 b. 1.90
Plättbretter 4.25 b. 5.35
Wäscheleinen 2.50 b. 4.00
Wäscheklammern 0.35
Waschbrett mit Zink-einlage 1.10
Blumenbrett. 1.85 6.15
Gazeschränke Holz, weiß lackiert 14.38 14.00

Aluminium-Schmortöpfe Satz 5 Stück mit Deckel 6 90 12 M Eisschränke erster 10 Proz. Fabrikate ermäßigt
Aluminium- u. Emaille-Geschirr mit kleinen Fehlern besonders preiswert

Parzellen und Wohnungen

Die Sensation

sind unsere Parzellenpreise!

dicht am Bahnhof Lehnitz mit Bauerlaubnis ohne Zwang
Heute 3ter Sonntag des Einmaligen Ferienangebots

Einzelparzellen qm 50 Pf.
50 Parzellen qm 95 Pf.
75 Parzellen qm 1.25 RM
75 Parzellen qm 1.45 RM

Jeder 25. Käufer erhält eine Parzelle zum halben Preise.

Kommen Sie rechtzeitig!

Auskunft: Vertreter und Autos an den Bahnhöfen Lehnitz und Oranienburg. Wochentags nur Bahnhof Lehnitz.

Birkenwerder

Bauparzellen qm 1.95 RM 1200 m ab Bahnhof, Auskunft i. Verkaufshaus Haupt-Ecke Friesenstr.

Borgsdorf

Restbauparzellen direkt am Bahnhof, enorm billig. Auskunft Restaurant Weißer Hirsch

Alt-Glienicke

Restbauparzellen qm 1.75 RM an. Auskunft auf dem Gelände Schönfelder Chaussee Straßenbahn 84.

„Boba“ Boden-u. Bau-Ges. m. b. H.

Berlin, Friedrichstr. 43. Tel.: Dönhoff 8114 u. 8287

Zu vermieten:

Gehag-Wohnungen

auch an Jungverheiratete ohne Kinder

1. Wohnstadt Carl Legien

2, 2 1/2, 3 1/2 Zimmer

Auskunft:

Einfa-Verwaltungsbüro Straße 34 Nr. 10, an der Gubitz- und Carmen-Sylvia-Str., zwischen den Ringbahnhöfen Prenzlauer Allee und Weißensee. Täglich 9-12 und 3-7, Sonntags 10-6

2. Hufelsen-Siedlung Britz, Erweiterungsbau

Etagenwohnungen: 2 und 2 1/2 Zimmer

Einfamilienhäuser: 2 1/2, 3 1/2 und 4 1/2 Zimmer

Auskunft:

An Ort und Stelle, Britz, Parchimer Allee, Ecke Fritz-Reuter-Allee, tägl. 3-6, Sonntags 10-6

Ohne Anzahlung!

Waldparzellen

nahe dem großen Teufener See Siedlung „Halbesee“ b. Senzig 30 Minuten vom Bahnhof

Königswusterhausen

u. d. Hauptausfall (Nutz vor Dorf Senzig) a. Waldweg, der zur Siedlung führt; gr. Schild f. Fahrzeit u. Gültig. Bf. bis Königswusterhausen 40 Min. Siedlerzone 30 Pf. Keine Auto-Freifahrt, dafür abh. Preise! M. Graupner, Berlin SW 19, Solmsstr. 37 Tel. Bergmann 270. Verk.: Wilh. Schulz, Großbesten. In d. Siedl. Best.-Bür. Tel. Ragn. 321 Parzellengrosen erhält. Vergünstigt.

Landsberger Chaussee

(Ecke Genslerstraße)

in freier, gesunder Lage geräumige neuzzeitliche

1 1/2-, 2 1/2- und 3-Z.-Wohnungen

Mäßige Miete, provisionsfrei, direkt vom Bauherrn. Beziehb. sofort.

Verbindungen: Linie 66 und 174 bis Werneuchener Straße, Anschluss Omnibus 41; Linien 33, 68, 168 bis Herzbergstr.-Ecke Siegfriedstr.; Linie 8 bis Landsberger Chaussee.

Vermietungsbüro auf d. Baustelle. Wochent. 9-7, Sonnt. 10-5 Uhr. Fernspr.: Lichtenberg 4375

Unübertroffenes Angebot für Eigenheime

an den Bahnhöfen Fredersdorf, Strausberg, Petershagen

Fahrtzeit 30 Minuten, mit Siedlerkarte 30 Pf. v. Schlesienschen Bahnhof, Bahnst. A

In der schönsten Umgebung des ganzen Ostens, umrahmt von alten Dauerwaldungen, unweit der idealen Bütz- und Stienitz-Seen, liegt das herrliche

Eggersdorf,

ein landschaftlicher Hochgenuss

Gartenparzellen mit Bauerlaubnis, kein Bauzwang, behördlich genehmigt

a) qm 0,95, Anzahlung 70,-, monatlich 10,- M

b) qm 1,50, Anzahlung 90,-, monatlich 15,- M

c) qm 2,00, Anzahlung 120,-, monatlich 18,- M

Keine Wertwachsteuer, keine Provision, kostenlose Beratung in allen Parzellierungsfragen

Mit Freifahrt-Auto von allen drei Bahnhöfen in wenigen Minuten zum Verkaufsbüro, Sonnabends von 12-8, Sonntags von 8-8 Uhr

Mamlök'sche Grundbesitz-Verwaltung

Berlin - Wilmersdorf, Jenaer Straße 8

Telephon: Pfalzburg 3630 und 325

Lufikurort Strausberg

halbstünd. Vorortverkehr, Oberreal-u. Mittelschule f. Knaben u. Mädchen, Familienbad, elektr. Licht

Baureife städtische Baustellen

an Wald, Wasser, preiswert, Straßenbau geregelt. Beratung: Magistrat (tägl. 7-3, Sonnt. v. 10-11). Tel. 8.

Gut geschnittene billige Baustellen

vert. ohne Vermittl. an anbaufähig. Straßen m. Gas-, Wasser- und elektr. Straßenlat. zu günst. Bohl-+Böhl.

die Gemeinde Birkenwerder b. Bln.

Baustell. bieten schöne Lage in Ortsmitte am Brieftaub. mit weiten Freizeitanlagen u. Hochwald umgeben. Elektr. Scherbock mit Berlin in 35 Min. Siedl. Zonen. 0,33 RM. Keine Baupflicht! Straßenlat. im Preise von 4-5 RM. pro qm enth. daher reiner Preis für Grund u. Boden äußerst niedrig. Ausk. werkt. 8-12 Nach. Am. 2 auch Sonnt. im Rateteller durch Börsen. Cüd.

Zu vermieten sofort

die 3-Zimmerw. in Weißensee

mit Ofenheizung und Warmwasser.

Auskunft: Franz-Joseph-Straße 125 a. Ecke Poststr. Ecke bei Köbke. Fernspr.: Weißensee 1902.

Zum 1. September: einige

1 1/2 u. 2 1/2 Zim.-Whn. i. Neukölln

mit Fernheizung und Warmwasser.

Auskunft: Werderstraße 40, Ecke Treptower Straße bei Bohlmann. Fernspr.: Neukölln 4982. Gellner Neubauschein, Genossenschaftsanteil.

700 BILLIGE WOHNUNGEN

in Pankow nahe U-Bahn Vineta Str. 2 Zimmer mit 11 u. 14 qm m. Küche, Bad, Balkon, Ofenheizung

52.- RM. monatlich, 2 1/2-Zimmer 66.- an.

AUSKUNFT: Täglich 9-17 Uhr im Büro Linkstr. 21; täglich 11-19 Uhr in den Musterwohnungen

Johannisthal, Hagedornstr. 60, Sonntags von 11-17 Uhr; Pankow, Granitzstr. 10 (Baubüro) nur Sonntags von 12-17 Uhr.

„STADT UND LAND“

SIEDLUNGSGESELLSCHAFT M. B. H.

Telephon B 2, Lützow 6863.

Neubauwohnungen

Beri n-Johannisthal Mühlenberg-Eckelindorstr. 1 1/2-, 2- u. 2 1/2-Z.-Wohn.

mit Zentralheizung, bezugs-fähig demnächst

Terminierung durch

Boswau & Knauer & Co.

Berlin W 8, Mohrenstr. 49

Montag bis Freitag u. 10-11 Uhr

Sonntags von 10-11 Uhr

Tel. Merkur 5529

auf der Baustelle tägl., auch

Sonntags von 2-5 Uhr

Fredersdorf

Restparzellen spottbillig nahe Bahn

verkauft qm von 1.20 an Wecke, 3 59, Böckstr. 24, - Sonntags im Hotel „Dreilinden“, Fredersdorf.

Mellen a. See

bei Jollen (Schorzobahn)

(schöne Parzellen, amtl. vermess. u. Bln. vom Bf. Preiswert gratis)

1 qm nur Mk. 1.20

neue Baugrund, einfach Straßenbef. an Wald und Wasser gelegen

Bf. A. Weitz, Sanktj. Gindler, 10. Tel.: Gindlerstraße 3543

An Berliner Wohnungsberechtigte!

Große sonnige Wohnungen am Volkspark Rehberge in der Friedrich-Ebert-Siedlung

1 1/2-, 2-, 2 1/2-Zimmerwohnungen

an der Müllerstraße (gegenüber dem neuen Straßenbahnst.), Afrikanische, Swakopmunder-, Togostraße m. Zentralheizung, Warmwass., elektrisches Licht, Bad. Sofort u. später bestmög. Besichtigung: 11-6 Uhr, Sonntags 9-1 Uhr. Näheres: Verwalter Moch, Berlin N 65, Swakopmunder Straße 22.

Bau- und Sparverein „Eintracht“

Berlin W 35, Potsdamer Straße 111.

Telephon: Kurtfürst 3114



Die „vornehmen“ Bekanntschaften.

Die gutgestellten Leute haben ihre Badebekanntschaften: Leute, die ganz ebenso „gut situiert“ sind oder doch wenigstens so scheinen wollen. Man trifft sich am Strand oder am Brunnen, man hat seinen Stuhl oder seine Strandburg nebeneinander und ist für die vier Wochen des Badaufenthaltes ein Herz und eine Seele; und bei der Abreise verabschiedet man sich selbstverständlich mit den Worten: „... und dann besuchen Sie uns auch mal!“ Kurioserweise wären aber beide Teile sehr erstaunt, wenn die freundschaftliche Aufforderung nun auch gleich mündlich genommen würde — denn man hat sich in den Wochen des Ferienaufenthaltes immer noch ein bißchen feiner gemacht, als man schon ohnehin ist, man hat sich eine Kränze aus lauter Biederkeit und Freundschaftlichkeit geschaffen und würde die nun doch im Alltag, zwischen seinen vier Wänden nicht aufrechterhalten können. Aber den andern geht es ja auch nicht anders, und so bleibt es eben bei der Badebekanntschaft, die über Winter begraben wird.

Der Park muß den Kurort ersetzen.

Was dem einen der Kurort, ist dem andern der Park: Da sitzen vom ersten Strahl der Frühjahrs Sonne an bis zu den bunten Herbsttagen die Alten und die Jungen, Mütter und Kinder, Männer und Frauen. Aus den überfüllten Wohnungen der Hinterhöfe kommen sie; müde und spitz sind die Gesichter der Kinder im Frühjahr, blaß und verdrossen die Mütter, verkümmert und sonnenhungrig die Gesichter der Alten — und wie dann der Sommer fortschreitet, so blühen sie auf, wie die verkümmerten Geranien, die zum Sommer aus den Kesseln auf den Balkon getragen werden. Das ist eine der Taten des neuen Berlin, von denen, die nicht viel sprechen, die gar nicht genug von der „Rühwirtschafft Berlins“ posunnen können: daß in all den neuentstandenen Wohnvierteln, auch in den Arbeitergebieten, jetzt Parkanlagen und kleine Schwimmbäder sind, daß selbst in den verbauten Steilen Alt-Berlins jetzt winzige grüne Oasen aus dem Asphalt hervorgezaubert werden, wo nur ein bißchen breiterer Straßendamm das erlaubt. Nur wer in diesem alten, grauen Berlin aufgewachsen ist, weiß, was der „Park“ denen bedeutet, die nicht in den heißen Sommertagen Berlin verlassen können. Unsere Parkanlagen sind die Luftkurorte der Dahlembleibenden, der Großen — und der Kinder, denen keine Ferienkolonie hilft und für die es nicht mal zu ein paar Wochen „Kinderrepublik“ langt. Und so schließt man auf den Holzbanken genau so „Sommerfreundschaften“, wie die feinen Leute in ihren Kurorten; über Winter sieht man sich nicht, wenn man nicht gerade in nächster Nachbarschaft wohnt und beim gleichen Kaufmann oder im gleichen Konsum einholt — denn die engen und überfüllten Wohnungen, das knappe Wirtschaftsgeld gestatten ja keine gegenseitigen Einladungen — und man will sich doch auch nicht „in die Töpfe kucken lassen“. In den ersten warmen Sommertagen aber zieht man raus zu der „Stammbank“, und dann werden alle Sommerfreundschaften vom vergangenen Jahr wieder aufgerichtet.

Die Bank der Mütter.

So ein Park hat wohl für den fremden Besucher ein einheitliches Gesicht, und der Kleine Tiergarten hat natürlich ein anderes Publikum als der Bogenstraße Platz, der Friedrichshain ein anderes als der Park zwischen Wilmersdorf und Schöneberg, der an einem Ende Schöneberger Stadtpark und am andern Hindenburg-Park heißt; aber nicht nur der Park, auch die einzelnen Bänke haben ihr festes Publikum. Die Mütter haben ihre festen Bänke, die von den übrigen Gästen des Parks durchaus respektiert werden, männliche Wesen sind hier nur geduldet, wenn sie Papas sind und ausbiltsweise irgendeinen Stöpsel in der Sandkiste zu betreuen haben. Dann gibt es in jedem Park die Bänke der Alten, auch dort, wo die Gartenverwaltung nicht so schöne Gärtchen der alten Leute geschaffen hat, wie im Humboldthain; auch da sieht man streng getrennt, und es bedarf schon einigermaßen guter Beziehungen, wenn so ein Alter zwischen den alten Damen geduldet werden soll. Und dann — ja dann gibt es noch die „Arbeitslosenklubs“, Bänke, auf denen sich die Elendsgenossen zusammensind, die froh sind, hier einmal eine Weile dem Jubel entlaufen zu sein. Auf allen Bänken erzählt man sich von den überstandenen Sorgen des Winters und den kleinen Freuden des Alltags, und wer sich die Mühe machte, mal so einen langen Sommertag lang auf den Bänken unserer Parks still zuhörender Gast zu sein, der würde reichlich für drei Wochen lang Stoff zum Schreiben und Nachdenken haben...

„Zu bequem zum Kinderkriegen?“

Am meistensten geht es immer auf der Bank der Mütter zu; da kennt sich alles, da freunden man sich am ersten an, tauscht Schnitzmesser und zeigt sich die neuesten Handarbeiten und erzählt

sich von den Kindern, ihren Brautheuten und ihren Unarten... von all den kleinen und großen Sorgen, die so eine Mutter hat. Und dabei ist eines bemerkenswert: die Generation der jungen Mütter ist heute über die Körperpflege ihrer Kinder in geradezu erstaunlichem Maße aufgeklärt. Wenn man schon noch Wert darauf legt, auf der Straße mit den sauber geplättelten Wäscheleiden zu paradiere — auf dem Spielplatz wird das Kleidchen oftmals ausgezogen: man hat in der Säuglingsfürsorge gelernt, wie wertvoll und wichtig Luft und Sonne für Kinder sind. Und während früher hier die Alten das große Wort führten, müssen sie jetzt still sein und zuhören: es fragt niemand mehr nach ihren Hausmitteln aus der guten, alten Zeit, niemand hält mehr Heringslake für das beste Mittel gegen Diphtherie und gefautes Brot für den besten Umschlag bei „schlimmen Fingern“. Und es kann passieren, daß sie bei den Debatten über Erziehung und Pflege der Kinder mit ihren Argumenten aus der guten, alten Zeit ganz gründlich ins Hintertreffen geraten. Wenn dann so eine alte Dame mal ihrer Meinung über „die ganz un-nütze Haberei jetzt mit den Gähren“ Ausdruck gibt, dann kann sie es erleben, daß ihr von einer jungen Frau entgegen wird, man könnte jetzt eben nicht mehr so „aafen“ mit den Kindern.

Meinen Jungen sollen sie mir nicht totschießen...

Jetzt geht die Debatte los! „Sawoll, die jungen Leute von heutzutage sind bloß zu bequem zum Kinderkriegen! Achte habe ich großgezogen...“ — Streifflügel fällt die junge Frau ein: „Und was haben Sie nu davon?“ — „Was soll man schon von den Kindern haben! Ich wohne bei meine Jüngste, bei meine Älteste hat der Mann keine Arbeit, schon lange, die Letzte is auch arbeitslos, sie geht in die Fabrik — und die Frieda und die Trude sind ja lustig, wie sie so um zwanzig rum waren. Mein Sohn hier kann mir nicht geben, der hat man selber mit die Familie zu knobbern, bloß der Kleine schickt mir manchmal 'n paar Dollars, der is nach Amerika gemacht und hat da Arbeit — und der Trose is gefallen...“ Aufmerksam haben die jungen Frauen auf der Bank zugehört, dann aber antwortet ihre Wortführerin: „Also: leben



Der Luftkurort der armen Leute.

tun doch bloß noch fünf von Ihren Kindern, bei einer hat der Mann keine Arbeit, eine Tochter hat auch nichts und ein Sohn von Ihnen ging nach Amerika, weil er hier wohl nichts kriegen konnte; zweie kommen gerade durch... Und wenn Sie nun statt der achte lieber bloß zweie gekriegt und richtig großgezogen hätten, dann hätten die und Sie wohl mehr vom Leben gehabt! Meinen Sie nicht? Ich habe man bloß zweie, mehr werden's wohl auch nicht werden — aber meinen Jungen sollen sie mir nicht totschießen, dafür woll'n wir sorgen!“ Brummend hört die Alte zu; dann maußt sie: „Die jungen Leute haben heute jut reden; uns hat damals teener (schau gemacht...“ Da lacht die ganze Reihe los: „Da — aber nu lassen wir uns nicht wieder dum machen!“ und die jüngste der Frauen geht hinzu: „Woh, damit die billigen Maschinen und Kanonenfutter kriegen... nee — bei mir Feierabend!“ Und

lachend dreht sie sich wieder ihrer Nachbarin zu, einer kleinen, schüchternen jungen Frau, der man noch ein bißchen die provinzielle Herkunft anmerkt, und ich erwäge gerade noch die Worte: „Denn gehen Sie doch einfach mal zur Eheberatungsstelle.“

Die vom Stempeln kommen...

Sie sind unter den ersten, die täglich den Platz auf „ihrer“ Parkbank besetzen. Was sollen sie anderes tun? — Zu Anfang, da hat man sich noch hingezigt, Bewerbungsschreiben ausgeschickt, hat bei irgendeinem Bekannten, bei einem Zeitungshändler die Annoncen durchgesehen, ist hierhin und dorthin gefahren, sich vorstellen, hat Zeugnisabschriften eingereicht — nun ist man müde geworden. Nun geht man stempeln, sieht an den Tagen, an denen man stempelt, im Arbeitsnachweis, an jedem Tage mit weniger Hoffnung. Man wird schlaf und müde, an jedem Tage glaubt man weniger an das große Wunder, daß man endlich Arbeit finden würde. Hier draußen trifft man doch mal Menschen, mit denen man reden kann, denen es auch nicht viel anders geht, die nicht mit dem stummen, ewigen Vormarsch rumlaufen: „Wenn du dir bloß Mühe geben wolltest...!“ Manchen sieht man es auf den ersten Blick gar nicht an. Da ist der ältere Kaufmann, schon über fünfundsiebzig, für das Arbeitsamt ein hoffnungsloser Fall — es macht ja schon Mühe, den sechsundzwanzigjährigen unterzubringen; Musiker, Schauspieler — auch hier bleibt man noch etwas getrennt. Die Handarbeiter sehen da nicht so früh, irgendwo kann man doch leichter eine Gelegenheitsarbeit erwischen — und wenn's hier im Westen ein paar Stunden Teppichte zu klopfen gibt. Die anderen aber erkennt der geübtere Blick leicht: noch sind die Stiefel sorgfältig gepuht, aber man ist beim Lieberineinanderlegen der Füße recht vorsichtig, denn die Sohlen sind schon sehr narkierend, der Gummikroger ist peinlich teuer — aber die Krawatte muß sorgfältig gebunden werden, um die schadhafte Stellen zu verdecken. Man ist froh über jedes Zeitungsblatt, das man erwischt, über jeden Schmarren von Buch — man ist froh darüber, wenn man von diesen Papierblättern wenigstens für eine kleine Weile sich von seinen Gedanken ablenken lassen kann. Aber kaum, daß das Stichwort „arbeitslos“ gefallen ist, so sprengt der Strom der Erbitterung die Dämme. „Natürlich!“ großt der Kaufmann los, „natürlich! Arbeit, die ist doch nicht für unsereins! Die kriegen bloß die, die Beziehungen haben, die kriegen bloß die Bevorzugten! Ich habe mir so viel Mühe gegeben — zu alt — zu alt — zu alt! Herrgott, noch mal, mit fünfundsiebzig zu alt! In den letzten zwei Jahren habe ich einmal drei Monate Aushilfe gearbeitet beim Finanzamt... damals habe ich mir die Stiefel hier gekauft. Und nun sind die Sohlen wieder durch, wovon soll man sie machen lassen?! Dann bin ich eine Weile Bettreier gewesen — meine Sohlen habe ich vertretet, daher wohl der Name! Wenn sie bloß mal die Weiber rauschmeißen würden aus den Büros! Dann käme unsereins mal ran...“ Da aber fällt ihm der Nachbar ins Wort: „Als ob das was helfen würde! Wir können sie ja doch nicht ernähren — meine Frau hält jetzt den Hausstand schon ein Jahr über Wasser — ich bin bloß froh, daß sie dabei geblieben ist! Ich hatte ja auch große Sorgen im Kopf, sie sollte zu Hause bleiben, wie wir gehirret hatten... nun ist sie Souffleuse beim Sommertheater, und wenn sie nichts ranbrächte, hätten wir beide nichts...“ Der alte Musiker schüttelte den Kopf: „Nee, ich bin ganz froh, daß ich nicht geheiratet habe... wenn nun noch Kinder wären... nächste Woche kann ich anfangen, bei einer kleinen Kaffeeapelle. Viel wird mir ja nicht bleiben, aber man ist doch untergebracht, der Winter wird grazil! Und dann die neuen Steuern dazu...“ Da hebt der Kaufmann den Kopf: „Kopfssteuer wollen sie haben — na, meinetwegen könnten sie einfach meinen Kopf kriegen! Wer so weit ist, wie unsereins, dem legt nichts mehr daran!“ Aber da dreht sich der alte Schauspieler während um: „Weiter wissen Sie wohl mit ihrem Kopf nichts anzufangen! Wenn wir nicht alle so ddschäppig gewesen wären, fäßen wir jetzt nicht in dem Schlammfalle. Nee, vielleicht können wir den Herrschaften doch noch mal in die Suppe spucken...“ Und nun geht die politische Debatte los.

So sitzen sie Tag für Tag in den Parks, Menschen, die sonst nie zu einander kommen und -inden würden, schließen Sommerfreundschaften, die dann der Schnee des Winters begräbt. Aber was hier, im Luftkurort der armen Leute, gesprochen und erzählt wird, findet oft besseren Boden, als die Agitation mit Flugzetteln und Plakaten in den letzten Wochen vor der Wahl — und daran sollten wir uns rechtzeitig erinnern.

Vier Tote des Rundflugs! Wieder zwei Flieger beim Landen ums Leben gekommen.

Von, 26. Juli.

Als der deutsche Teilnehmer am Europarundflug Offermann heute gegen 18 Uhr auf dem hiesigen Flugfeld landen wollte, stieß das Flugzeug gegen eine Hochspannungsleitung und stürzte ab. Offermann und sein Begleiter, Oberleutnant Jertzemka, konnten nur noch als Leichen geborgen werden. Der verunglückte Pilot war 45 Jahre alt und der zweitälteste Teilnehmer am Europarundflug.

Europasflieger heute in Staaken erwartet.

In Bosen waren die Engländer Thörn, Broad und Butler in den frühen Nachmittagsstunden eingetroffen. Bei der Landung auf dem durch den anhaltenden Regen vollkommen aufgeweichten Bosen Flugplatz hatte Butler, der englische Pa-

vorit, das Pech, daß sich seine „Motte“ auf den Kopf stellte, so daß der Propeller zerbrach. Da der Engländer keinen Ersatzpropeller mitführte, dessen Montierung ihm lediglich einige Strafpunkte gebracht hätte, wird ihn dieses Pech, für das er in der ersten Erregung die örtliche Sportleitung wegen der schlechten Flugplatzbeschaffenheit verantwortlich machen wollte, wohl um die weitere Teilnahme am Wettbewerb bringen. Eine Entscheidung über sein Ausscheiden lag bisher noch nicht vor. Von den übrigen Maschinen der Spitzengruppe waren die Deutschen Wozitz und Dr. Basewald sowie der spanische Erzherzog in Breslau angekommen, von wo aus die deutschen Flieger nach kurzem Aufenthalt nach Bosen weiterflogen.

Bei diesem Stande des Wettbewerbes sind für den heutigen Sonntag nachmittag ab 16 Uhr in Berlin mindestens acht Maschinen der Spitzengruppe zu erwarten, darunter, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, sicherlich die Deutschen Wozitz, Dr. Basewald und Polte.

Zugänger, seid achtsam!

Der Freispruch eines Kraftfahrers.

Während in der Regel Kraftfahrer im Zusammenhang mit Unfällen wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt werden, wurde gestern vor dem Amtsgericht Charlottenburg der seltene Fall einer Anklage wegen vorsätzlicher Körperverletzung gegen einen Herrenfahrer verhandelt.

Der Redakteur G. war angeklagt, in der Bülowstraße von seinem Wagen aus einen dicht herankommenden Fußgänger mit der Faust vor die Brust gestoßen zu haben, so daß er beiseite taumelte. Der Angeklagte gab zu seiner Rechtfertigung an, daß dieser Faustschlag das einzige Mittel gewesen sei, dem Passanten, der ihm infolge Unachtsamkeit an den Wagen kam, vor dem Ueberfahrenwerden zu bewahren. Gestützt auf das Zeugnis einiger Polizeibeamten, die den Stoß gegen die Brust des angeblich gar nicht gefährdeten Passanten als reinen Mutwillen des Automobilstreikers bezeichneten, beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 30 M. Demgegenüber bestritt der Verteidiger, daß G. mutwillig gehandelt habe. Der Kraftfahrer müsse es im Großstadtverkehr oft erleben, daß Fußgänger aus Unachtsamkeit zu dicht an den Wagen kämen, und so habe der Angeklagte auch angenommen, daß der Passant gefährdet gewesen sei, was ja auch tatsächlich dadurch bewiesen sei, daß er ihn mit der Hand erreichen konnte. Die Verletzung eines Rechtsgutes zu dem Zweck, ein wertvolleres Rechtsgut, nämlich das Leben eines Menschen zu schützen, könne nicht strafbar sein. Deswegen sei der Stoß, der das Ueberfahrenwerden abwenden sollte, nicht rechtswidrig, sondern rechtmäßig.

Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und sprach den Redakteur auf Kosten der Staatskasse frei.

Gegen betrunkene Kraftwagenführer.

Der Polizeipräsident sorgt für Schutz des Publikums.

Der Polizeipräsident von Berlin hat jetzt die Polizeibeamten durch eine Verfügung angewiesen, Kraftwagenführer, die durch ihr Verhalten den berechtigten Verdacht auf Trunkenheit erwecken, im Interesse der öffentlichen Sicherheit und zur Verhütung von Gefahr für Leben und Gesundheit des Publikums, der nächsten Rettungsstelle zur Untersuchung auf Trunkenheit durch den diensthabenden Arzt zuzuführen. Die städtischen Rettungstellen und die Rettungsgesellschaften der Charité führen die Untersuchung kostenlos durch.

Die Polizeibeamten sind also jetzt berechtigt, betrunkene Schaffere und Automobilführer zur nächsten Rettungsstelle zu bringen.

Die Verfassungsfeier der städtischen Beamten.

Der Magistrat hat beschlossen, die diesjährige Verfassungsfeier für die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter am Sonnabend, dem 9. August, 11.30 Uhr, wieder in der Stadthalle zu veranstalten. Bei dieser Feier werden das Berliner Philharmonische Orchester und der Berliner Lehrer-Gesangverein mitwirken. Wie in anderen Jahren sollen die Beförderungs- und Anstellungsurkunden auch in diesem Jahre bei der Verfassungsfeier verliehen werden.

Nachspiel zur Affäre Busch.

Als einziges Nachspiel der Affäre Busch ist jetzt auf Antrag der Staatsanwaltschaft I die Voruntersuchung gegen den Kaufmann Karl Hiller im Zusammenhang mit der Grundstücksangelegenheit Duppel-Dreilinden eröffnet worden. Es handelt sich um den Verdacht der Bestechung Buschs und des Reineides hinsichtlich der in dem Disziplinarverfahren gegen Busch gemachten Aussage Hillers, monach weder er, noch eine ihm nahestehende Gesellschaft den ehemaligen Stadtrat bei diesem Grundstücksgeheimnis irgendwelche Zusicherungen gemacht habe. Alle übrigen Ermittlungsverfahren, die mit der Affäre Busch in Verbindung standen, sind eingestellt worden, und zwar sowohl gegen Günther, wie gegen den Holländer Lutke und die in dieser Sache genannten sonstigen Grundstücksmakler.

Die Koblenzer Totenfeier.

Abschied von den Opfern des Brückeneinsturzes.

Koblenz, 26. Juli. (Eigenbericht.)

Auf der Stätte, die Koblenz für die Opfer der Brückenkatastrophe zur Verfügung gestellt hat, haben sich Tausende und aber Tausende eingefunden, um von 19 unglücklichen Opfern — die übrigen werden in ihrer Heimat beigesetzt — Abschied zu nehmen.

Gegen 2 Uhr versammelten sich die Teilnehmer am großen Trauervergug vor der Halle. Zahlreiche Vereine und Körperschaften haben Jahne- und Fahnenparaden entsandt, die Schulkinder bilden Spalier. Fast sämtliche Geschäfte sind geschlossen. Als um 1 Uhr die Glocken zu läuten beginnen, ist die weite Friedhofshalle ein einziges moendes Menschenmeer. Tief bis in die Straßen stehen sich die Tausende, die an der Feierlichkeit teilhaben wollen. Die Särge verschwinden fast unter der Flut der Kränze und Blumen, die auf sie niedergelegt worden sind. Der Reichspräsident, die Reichsregierung, das preussische Staatsministerium und die Stadt Koblenz, alle haben der Toten gedacht. Der gewaltige Beerdigungszug mit den Jahneabordnungen an der Spitze zieht durch ein Spalier tief ergreifener Menschen, die die Toten durch Abnehmen der Kopfbedeckungen ehren, zum Friedhof vor der Stadt, der, vom Wald umrahmt, in der Sonne liegt. Hinter den Särgen sieht man die Hinterbliebenen, die ihren Schmerz kaum meistern können. Die Straßen, durch die die Toten zu ihrer letzten Ruhestätte ziehen, umsäumt ein Meer aus halbmaß gezierter schwarzrotgoldener Fahnen. Die Republik trauert um ihre Toten. . . .

Die Turnhalle an der Telegraphen-Kaserne war mit Trauerflor ausgeschlagen. In einem dichten Lorbeer- und Palmenhain stand ein großes Kreuzigt, zu beiden Seiten von je drei mächtigen Kandelabern mit brennenden Kerzen flankiert. Vor dem Kreuzigt hatten die zahllosen Kränze, darunter in der Mitte ein mächtiger Kranz der Stadt Koblenz aus roten Rosen, Platz gefunden. Besonders fiel auch ein Kranz der Stadt Innsbruck auf mit der Widmung: In Freud und Leid innig verbunden! Kurz vor 4 Uhr erschien Reichsverkehrsminister v. Guérard. Ihm folgte der preussische Verkehrsminister Hirtfelder und Oberpräsident Dr. Fuchs. Unter dem großen Trauerverguge bemerkte man die sämtlichen Spitzen der höchsten Reichs- und Staatsbehörden.

Schreckenszahlen aus Italien.

2100 Tote, 4500 Verwundete.

Rom, 26. Juli.

Am Sonnabendmittag wurde ein amtlicher Bericht des Ministers für öffentliche Arbeiten ausgegeben, der die Toten im Erdbebengebiet bis 20 Uhr des 25. Juli mit 2142 und die Verwundeten mit 4551 angibt, aber hinzufügt, daß diese Zahlen wahrscheinlich noch steigen werden.

Merkwürdige Rettungen.

Bei den Bergungsarbeiten ergab sich vielfach ein sonderbares Spiel des Schicksals. So wurden u. a. in Neffi noch nach drei Tagen drei Personen lebend und unversehrt in einem Hause vorgefunden, dessen Mauern teilweise dem Einsturz entgangen waren. Andererseits aber ereilte das Geschick noch nachträglich ein unter den Trümmern lebend hervorgezogenes Mädchen, das bei dem Bergungsvergug von einem Balken erdrückt wurde. Ein Mühlrad hatte an einer Stelle seine Frau bereits in Sicherheit gebracht und wurde, als er noch seine drei Kinder befreien wollte, unter den Trümmern des Baues begraben. In Lacedonia wurden eine Frau und ein vierjähriges Mädchen gerettet. Das Mädchen verdankt ihre Rettung einem Zufall. Unter den Trümmern, die sie bedeckten, hatte man keine lebende Seele mehr vermutet. Als aber eine Frau dort ein leeres Zimmer zu hören glaubte, gruben zwei Militärärzte und ein Korabnierenleutnant vorsichtig nach und fanden nach mühevoller Arbeit das Kind, das das einzige überlebende Mitglied ihrer Familie sein dürfte. In Lacedonia allein sind bisher über 700 Leichen geborgen worden, aber auch diese Zahl ist selber noch nicht endgültig.

Der Gebäudeschaden.

Die Baupolizei von Neapel hat 300 Wohnungen wegen Einsturzgefahr räumen lassen. Den betroffenen Familien wurden anderweitig Wohnungen zugewiesen. Sechs Kirchen in Neapel sind von der Baupolizei ebenfalls wegen Einsturzgefahr gesperrt worden. Diese Zahlen aus Neapel, das vom eigentlichen Erdbebenherd ziemlich weit abliegt, und wo verhältnismäßig

geringer Schaden angerichtet worden ist, zeigen, wie groß der Gebäudeschaden im eigentlichen Erdbebengebiet sein muß.

Eine aus Potenza gemeldete Statistik ergibt, daß in einer im Erdbebengebiet selbst liegenden Gemeinde von 14000 Einwohnern, einen verhältnismäßig geringen Verlust von 22 Toten und 200 Verwundeten hat, weil ihre zum großen Teil landwirtschaftliche Einwohner während der Ernte auch nachts auf den Feldern bleibt. Nachträglich ergab sich aber, daß 100 Häuser eingestürzt, 600 von Einsturzgefahr bedroht und 2000 mehr oder minder beschädigt sind. Dem Einsturz nahe sind in dieser Gemeinde fast alle Kirchen und das Rathaus. In dem schwer betroffenen Neffi hat nach Feststellungen des staatlichen Bauaufsehers der Basilicata kein Gebäude dem Erdbeben ganz widerstanden. Viele Häuser, die äußerlich unversehrt erscheinen, haben trotzdem mehr oder weniger schwere Erschütterungen erlitten. Die modernen Gebäude, deren Fundamente meist auf Felsen ruhen, sind natürlich weniger in Mitleidenschaft gezogen als die einfachen Häuser der im unteren Teil der Stadt wohnenden kleinen Gewerbetreibenden. Hier sind fast nur Trümmer übrig geblieben.

Berwüstungen auf Rügen.

Uferabstürze bei Sahnitz. — Viele Brücken zerstört.

Straßund, 26. Juli.

Die Stürme der letzten Tage haben an der Küste der Insel Rügen große Berwüstungen angerichtet. Am Steilufer bei Sahnitz sind Uferabstürze erfolgt. Die Brücke von Stubbenkammer ist durch Sturm und Wellen abgedeckt worden, ebenso die Brücke in Lohme. Auch in Sellin hat der Wellengang den Bodenbelag der Seebrücke abgehoben. Der Strand ist in den Bädern stellenweise tief zermüht. Das Unwetter hatte zur Folge, daß ein großer Teil der Badegäste die Rückreise antrat. Jetzt ist nach langanhaltendem Regen in der Wetterlage eine Besserung eingetreten. Der Wind hat nachgelassen und das Meer sich wieder beruhigt.

SINCLAIR LEWIS DER ERWERB ROMAN

Frau Golden beruhigte sich erst, als Una, allerdings mit Vorbehalten, versprochen hatte, keinen Arzt zu holen. Das Seitenstechen versuchte sie mit Eisumschlägen zu lindern, sie schüttelte die Rissen auf und strich das Salzen zurecht, sie kochte eine heiße Suppe, wusch Mutters Schultern mit lauwarmem Wasser und rieb ihr die Schläfen mit Menthol ein. Doch das Fieber stieg.

Gegen Mitternacht leuchtete sie immer mehr und mehr — dreimal so schnell als normales Atmen. Sie war nicht bei klarem Bewußtsein. Una kauerte neben dem Bett: ein Bild stummen Glends im schwachen Licht; sie wurde immer besorgter, je weiter die Mutter ihr entführte zu werden schien. Blöcklich fuhr Una auf. Sie wollte lieber den Unwillen der Mutter auf sich nehmen und doch den Arzt holen. In diesem Augenblick erschien ihr sogar Dr. Smith, der Hausarzt der unmittelbaren Nachbarschaft, mit seinen Hebammengewohnheiten, als ein Wundermann.

Sie mußte vier Häuserblock weit bis zur nächsten Apotheke gehen, die zu dieser Nachtzeit offen war, um von dort dem Arzt zu telefonieren.

7.

Übermals kletterte Una die unendlich vielen Stufen zu ihrer Wohnung hinauf. Ohne es zu wissen, zählte sie die müden, gleichmäßigen Schritte ihrer Füße auf den Steinplatten der Treppe — eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, Abstieg, Biegung und — eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs — immer und immer wieder. Am Fuße der letzten Treppe bildete sie sich plötzlich ein, daß ihre Mutter sie augenblicklich brauche. Sie unterbrach den regelmäßig stampfenden Rhythmus ihres Aufstieges, stürzte hinauf, stieß ungeduldige Laute hervor, als Sekunden beim Aufspringen des Schloßes verlorengingen. Auf den Rebenstapfen schlich sie ins Schlafzimmer — und fand ihre Mutter genau so, wie sie sie verlassen hatte. In Unas leisem Seufzer der Erleichterung lag alle Aufopferungsbereitschaft der Welt, alle Treue, mit der man sich einer Sache oder der Liebe hingibt. Doch während

sie regungslos stillsaß und wartete, stieg das Gefühl in ihr auf, daß ihre Mutter nicht da sei; daß ihre Seele nicht in diesem Braud auf dem Bette sei.

Eine Stunde später erschien mit vielen beruhigenden Redensarten der Arzt in der Wohnung. Er fürchtete, „es könnte ein ganz kleiner Anfall von Lungenentzündung sein“. Mit einer Art leichtfertiger Väterlichkeit, die Una ermutigte, sprach er von der Möglichkeit einer Pneumokokkeninfektion, von wunderwirkendem Romer-Serum, von Nicht-den-Mutter-verlieren und Auf-Gott-vertrauen, vom Regen, von kalten Abwaschungen und Digitalis. Er streichelte Unas Kopf und versprach zuversichtlich, gegen Morgen wiederzukommen.

Sie war überzeugt, daß die Gefahr vorüber sei. Aber sie legte sich nicht schlafen. Steif saß sie im Schlafzimmer und überlegte, was für Zerstreutungen sie der Mutter in Zukunft bieten würde. Sie nahm sich vor, mehr zu arbeiten, um mehr Geld zu verdienen. Dann könnten sie in ein Häuschen in einem Borort übersiedeln, wo sie Hühner züchten, Rosen und junge Kästchen haben könnten, und ihre Mutter unter den Nachbarn wieder Gesellschaft fände.

Fünf Tage darauf, spät an einem schönen, lässigen Nachmittage, als man in den Nachbarnwohnungen ringsum ans Abendessen dachte, starb ihre Mutter.

8.

Unas Schmerz grenzte an Wahnsinn. Er war eine große, einfache, unbeherrschbare Erregung, wie der Fanatismus der Kreuzfahrer — beängstigend, unberechenbar und schön wie der Sturm. Sie hatte zum erstenmal einen Vorwand, ihrem Gefühl in seiner ganzen Stärke freien Lauf zu lassen.

Una rief sich das Bild ihrer Mutter in Erinnerung, als wäre sie eine durchaus gütige, verständnisvolle, kluge und unglückliche Frau gewesen. Es tat ihr um jeden Augenblick leid, den sie nicht mit ihr verbracht hätte — sie erinnerte sich mit tiefer Selbstverachtung, daß sie vergangenen Sonnabend ins Theater hatte gehen wollen, statt die Zeit ihrer Mutter zu widmen und die Gegenwart der Diebstahls zu nützen; sie bereute in selbstquälerischer Weise jedes harte Wort über vernachlässigte Hausarbeit.

„Wenn ich nur noch eine Stunde, nur eine einzige Stunde mit ihr zusammen sein könnte und wieder ihre Hände auf meinen Augen fühlen. . .“

Am Abend vor dem Begräbnis erlaubte sie sich einmal, daß Frau Sessions bei ihr blieb. Sie wollte die schattenhafte Gegenwart ihrer Mutter mit niemandem teilen.

Sie lag am Boden neben dem Bette, auf dem ihre Mutter im Todesstaut ruhte. Es war die letzte Gelegenheit, zu ihr zu sprechen.

Die ganze Nacht hindurch war die müde Stimme der kleinen weißgekleideten Gestalt zu hören, die in dem trüben Licht des Raumes so unscheinbar ausah; bald lag sie regungslos auf der Decke, die sie neben dem Bett auf den Boden gebreitet hatte, und sprach in gewöhnlichem Gesprächston, bald sprang sie auf, um die tote Hand zu küssen, in wildem Schreie, ob sie etwa schon nicht mehr da sei.

Das Begräbnis füllte das Haus mit Menschen. Die Fahrt zum Friedhof war unerträglich. Sie wollte aus dem Wagen springen. Zuerst bemühte sie sich, alle Aufmerksamkeit auf den gepollerten Sitz vor sich zu lenken, bis sie an nichts mehr auf der weiten Welt dachte, als an den grünen Büsch und an einen lächerlichen Staubfleck auf den Franen. Aber irgend jemand begann plötzlich zu ihr zu sprechen. (Es war der ungeschickte Herr Sessions, denn die kluge Frau Sessions hatte Laft genug, still zu sein.) Er hörte nicht auf, die dümmsten Abgeschmacktheiten hervorzuwimmeln. „Una fühlte sich belästigt, nicht getröstet. Sie wollte davonlaufen, um die Gegenwart ihrer Mutter wieder zu fühlen, an jenem geheiligten Ort, wo sie vor kurzem noch gelebt und gesprochen hatte.“

Aber als sie in die Wohnung zurückkehrte, fehlte etwas. Sie versuchte ihre Gedanken auf die Unsterblichkeit zu konzentrieren, doch sie bemerkte, daß sie keinerlei Tatsachen hatte, an die sie sich hätte halten können. Inmitten dieses Gemisches von Sehnsucht und Zweifel spürte sie, daß sie hungrig war, und es tat ihr ein wenig leid, daß sie Frau Sessions' Einladung zum Abendessen abgelehnt hatte. Langsam machte sie sich in der Küche zu schaffen.

Der rheumatische alte Kanarienvogel humpelte am Boden seines Käfigs herum und versuchte zu singen. Bei diesem Anblick fing Una zu weinen an: „Jetzt wird sie den armen Dickie nie mehr singen hören.“

Plötzlich erinnerte sie sich — so deutlich, als hörte sie tatsächlich die Worte und die Stimme — daß ihre Mutter oft aufgefahren war: „Dieser verdamnte Vogel! Jedesmal, wenn ich einschlafen will, versucht er, mich aufzuwecken.“ Una lachte bitter und in Erinnerung dieser gefunden, verärgerten Stimme schien es ihr weniger schlecht, ans Essen zu denken, und nach einer tüchtigen Mahlzeit schlüpfte sie in ihren Schlafrock und in ihre Hauschuhe, richtete sorgfältig die Rissen auf dem Sofa zurecht und legte sich hin, um über ihre Zukunft nachzudenken. (Fortsetzung folgt.)

Kommunistische Heuchelei.

Ein Ablenkungsmanöver, das ohne Wirkung bleibt.

Die kommunistische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat durch ein Schreiben an den Vorsteher eine außerordentliche Sitzung beantragt, in der gegen die Mieterhöhungen, gegen die Bürgersteuer, gegen die Gemeindegewerbesteuer und gegen Tarif-erhöhungen Stellung genommen werden soll. Um eine außerordentliche Sitzung herbeizuführen, fehlt es den Kommunisten an zwei Unterschriften zur Erreichung der nach der Geschäftsordnung notwendigen Unterfertigung. Sie haben sich deshalb an alle Fraktionen mit der Anregung gewandt, die notwendigen Unterschriften zu leisten, obwohl sie natürlich nicht glauben, daß irgend jemand ihren „Protest“ Ernst nimmt. Die Sozialdemokratie lehnt das Ansuchen der Kommunisten selbstverständlich ab. Sie hat wohlrich anderes zu tun, als eine derartige Demagogie, durch die mit bekannter Gewissenlosigkeit die Reflektierbaren gerührt werden soll, zu unterstützen. Die Berliner Öffentlichkeit weiß überdies noch recht gut, wie sehr im Augenblick der Entscheidung die Kommunisten auf der ganzen Linie versagt haben.

Die Mieterhöhung ist vom Oberpräsidenten von Berlin-Brandenburg auf Grund des vielgenannten § 59 des Kommunalabgabengesetzes verfügt worden. Eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung kann hieran nichts mehr ändern.

Die Kommunisten hätten sich früher an ihre Pflicht erinnern sollen. Hätten sie es nicht abgesehen, bei der Beratung des Haushalts der Stadt Berlin mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten und so den Etat im Sinne der nur durch ihr Verlagen nicht wirksamen Linksmehrheit zu gestalten, dann hätte der Oberpräsident nicht einzugreifen brauchen. Die Belastung gerade der minderbemittelten Volksschichten wäre dann bedeutend erträglicher ausgefallen.

Statt positive Vorschläge zu machen, haben die Kommunisten nur sinnlose Forderungen gestellt, die weit über das Tragbare hinausgingen. Sie forderten Hunderte von Millionen Mark, ohne an die Deckung zu denken. Wer sich die Arbeit so leicht macht, hat kein Recht, anderen Leuten Vorschriften zu machen.

Auf der gleichen niedrigen Stufe, wie die Kommunisten, stehen die Deutschnationalen. Auch sie haben jede positive Mitarbeit an der Gestaltung des Berliner Etats verweigert. Wie schrieben vor einigen Wochen: „Wenn die Mieterhöhung kommt, dann mögen sich die Berliner bei den Deutschnationalen bedanken.“ Beiden Parteien, den Kommunisten sowohl wie den Deutschnatio-

nalen, werden die Berliner am 14. September den verdienten Dant abstrafen, indem sie sozialdemokratisch wählen.

Die Sozialdemokratie hat im Reichstag bewiesen, daß sie die einzige wirkliche Hüterin der Interessen der werktätigen Bevölkerung ist. Sie hat den fallen Staatsfisch der Brüning-Regierung durch die Erzwangung der Auflösung des Reichstages verhindert, sie hat dafür Sorge, daß das Volk appelliert wird. Und sie hat das feste Vertrauen, daß der Wahltag ein Siegestag für die Sache des Volkes sein wird.

Die Wahlarbeit beginnt.

Die Berliner Parteiorganisation ist nach der Reichstagsauflösung sofort an die Wahlarbeit gegangen. Wie immer haben die Funktionäre sich freudig zur Arbeit gestellt. Trotz des wolkenbruchartigen Regens waren am Freitagabend die Pöruusäle, in denen eine Mitgliederversammlung des Kreises Wedding stattfand, sehr gut besucht. Reichstagsabgeordneter Genosse Franz Künzler gab den Parteimitgliedern mit seinem anderthalbstündigen Referat ein gutes Wahlmaterial. Eingehend nahm er sich die Gegner der Sozialdemokratie vor und behandelte besonders ausführlich die Nationalsozialisten, deren Führer zum großen Teil selbst schon verraten haben, daß die Bewegung den Sozialismus nur als Aushängeschild benutzte. Scharf und eindeutig waren seine Worte gegen die Parteien, die gegen die Sozialdemokratie regieren und, da sie dazu keine Mehrheit fanden, den Paragraphen 48 der Reichsverfassung bemühen wollten. Die Sozialdemokratie hat gegen die „Achtundvierziger“ die Auflösung des Reichstages erzwungen; sie hat eine gute Wahlparole und wird sie auch ausführen. Die Wähler haben es in der Hand, den Mißbrauch mit dem Artikel 48 für alle Zeit unmöglich zu machen. Das ist um so notwendiger, weil man auf die Dauer auch andere Verordnungen, als solche zur Sanierung der Finanzen, erlassen würde. Vielleicht würde man sogar der Jugend mit derartigen Verordnungen das Wahlrecht beschneiden. Bei diesem Wahlkampf wird sich entscheiden, ob Deutschland ein Volksstaat bleiben oder ein Dürigleitsstaat werden soll. Die Sozialdemokratie ist der stärkste Hort der Grundrechte des Volkes und Parlamentes. Spontaner Beifall unterstrich die Ausführungen des Referenten, an die sich eine ausführliche Debatte angeschlossen.

Er steht seinen Mann.

Kreuzverhör eines Reichsbannerkameraden im Röntgenalprozess.

Es war ein wenig erhebendes Schauspiel, wie die Verteidiger gestern im Röntgenalprozess auf den 27jährigen Schloffer Respital einhadden.

R.-A. Dr. Saß versuchte dem Zeugen mit seinem üblichen Sarkasmus auf den Leib zu rücken. Er hatte sich aber gründlich verrechnet. Dieser einfache Arbeiter und Reichsbannerkammermann war dem Herrn mit dem akademischen Grad in jeder Hinsicht gewachsen. Als der Rechtsanwalt ihm zu dummi kam, verbat er es sich, daß man ihm das Wort im Munde umdrehe, und erklärte schlicht, wenn man ihn nicht anständig fragen wolle, würde er überhaupt keine Antwort mehr geben. Da versuchte der Herr Verteidiger an den Zeugen von der anderen Seite heranzukommen. „Ich bemühe mich doch, mit Ihnen anständig zu sprechen“ — allerdings fiel das dem Dr. Saß nicht ganz leicht. — „Können Sie mir nicht ebenso ruhig antworten?“ Der Zeuge war aber nach 21stündiger Vernehmung bereits zu sehr verärgert.

Was war es aber eigentlich, das die Herren Verteidiger so aus dem Häuschen gebracht hatte? Der Eindruck der Wahrhaftigkeit, den der Zeuge auf die Richter machen mußte — im Gegensatz zu dem üblen Eindruck, den die Nationalsozialisten hinterlassen hatten! Diese hatten ja bekanntlich alles vergessen, was für sie ungünstig war; hier stand aber ein intelligenter Arbeiter vor ihnen, der jedem der Nazi-Bennäler auf der Anklage- und Zeugenbank eine Menge voraus hatte, und zeigte ein ebliches und sachliches Bestreben, nur ja nicht etwas Falsches auszusagen. Da nichts an seiner Aussage auszufehen war, klammerten sich die Verteidiger an vollständig Belangloses.

Die Reichsbannerleute werden sich nicht von der Verteidigung irritieren lassen. Sie werden in der Verhandlung unter ihrem Eide nicht mehr und nicht weniger aussagen, als sie in Wirklichkeit gehört und gesehen haben.

Es ist ihnen nicht darum zu tun, die Nazis hineinzulegen. Diese haben sich ja selbst durch ihre eigenen Aussagen genügend hingelegt. Den Reichsbannerleuten liegt es allein an der Wahrheit. Diese spricht aber für sie und gegen die Angeklagten.

Sechs Reichsbannerleute waren zur gestrigen Verhandlung geladen; nur zwei, Walter Ullm und Respital, konnten vernommen werden. Dieser, Stabsführer des Landjägerkorps, erzählte, in seiner Aussage fortsetzend, wie er etwa 20 Minuten nach 8 Uhr, als das Gerücht entstand, es seien Nationalsozialisten in der Nähe des Lokals, sich zuerst zum Landjäger Sudat, dann zum Amtsvorsteher begeben habe. Ins Lokal zurückgekehrt, erfuhr er, daß der Landjäger bereits dagewesen sei. Er beschloß, die älteren Kameraden Tieg und Ullrich zu holen. Er begab sich zu ihnen in Begleitung des Landjägermanns Gähler. Sie trafen Tieg nicht zu Hause an, liefen im Vorbeigehen am Lokal Edelweiß vorbei, um zu sehen, ob nicht Nationalsozialisten in der Nähe wären, und kehrten zu Respital zurück. Sie fanden hier Tieg vor. Unter seiner Führung unternahmen nun Respital, Ullrich, Bohnstengel, Rietich und Schütz einen Patrouillengang. Bald darauf gestellte sich der Kamerad Werner zu ihnen; er war aus Berlin gekommen

und hatte die 12 Nationalsozialisten eintreffen sehen. Werners Mitteilung machte es nun schon ganz unmöglich, die Kameraden einzeln nach Hause gehen zu lassen. Deshalb wurde eine zweite Patrouille ausgesandt. Zu dieser gehörte Tieg, der Zeuge, Schütz, Werner, Zimmer und Bohnstengel. An der Ecke der Schillerstraße sahen sie 15 bis 20 Nationalsozialisten stehen. Der Angeklagte Kuleinski, der hin und her ging, forderte sich plötzlich von der Menge ab, kam auf Werner zu, bemerkte dessen Abzeichen, sagte: „Ach so“, ließ einen Pfiff ertönen, rief: „Hallo, hierher“, wiederholte den Ruf, da seine Kameraden auf den ersten nicht reagiert hatten, im nächsten Augenblick führten 8 bis 10 Nationalsozialisten auf die Reichsbannerleute zu. Es ertönten Alarmsignale, unmittelbar danach setzte die Schießerei ein. Respital und Bohnstengel liefen in das Haus zu Köpflin und schloßen die Tür ab. Im nächsten Augenblick klinkte es. Aus dem Fenster des Köpflin'schen Hauses sah Respital vor dem Weisfischen Lokal sechs Nationalsozialisten stehen. Einer hob die Hand wie zum Schießen, ein anderer warf etwas in der Richtung zum Lokal.

Dies der einschneidende Bericht des Augenzeugen, in ruhiger und vorsichtiger Weise vorgetragen! Dann begannen die Vorhaltungen und Fragen der Verteidiger. Insbesondere wollten sie das eine wissen: weshalb die Reichsbannerleute, anstatt nach Hause zu gehen, Patrouillen ausgesandt hätten.

„Ich habe bereits fünfmal gesagt“, ruft der Zeuge in großer Erregung. „Ich will es noch einmal sagen: Wir fürchteten, unsere Kameraden allein nach Hause zu schicken. Sie wären einzeln überfallen worden. Wir wollten uns überzeugen, ob mit etwas zu fürchten haben.“

Die Verteidiger geben sich aber mit der Antwort nicht zufrieden und kommen immer wieder mit denselben Fragen; der Zeuge gerät in noch größere Erregung, der Staatsanwalt versucht, ihn gegen die Angriffe in Schutz zu nehmen, auch der Vorsitzende greift beschwichtigend ein — mit einem Wort: Es war ein wenig erhebendes Schauspiel; es dürfte sich voraussichtlich bei der Vernehmung der nächsten Reichsbannerleute wiederholen.

Die nächste Verhandlung findet am Montag um 9 Uhr statt.

Nazi-Berichterstattung.

Die Reichspresse hüllt sich über den Röntgenalprozess in tiefes Schweigen. Eine gewisse Ausnahme macht die Nazipresse, d. h. sie berichtet nicht, sondern läßt für ihre Leser etwas zusammen. Charakteristisch ist z. B., wie der „Völkische Beobachter“ die peinliche Aussage des nationalsozialistischen Zeugen Ziontski vertritt. Ziontski hatte bekanntlich bekundet, daß die Nationalsozialisten bei der Besprechung des Ueberfalles bedauert haben, daß nicht Freitag sei, an dem die Reichsbannerleute ihren Wochenlohn bei sich hätten. Einer hatte auch gesagt, daß er eine neue Windjacke brauche, die er sich von den Reichsbannerleuten holen wolle. Diese sehr peinliche Aussage sucht das Hitler-Degeton durch den Zusatz abzuschwächen: Der Zeuge hätte selbst zugegeben, für eine Aussage vom Reichsbanner 15 Mark angeboten erhalten zu haben.

Das Gericht habe ihn deswegen für unglaubwürdig erklärt und nicht verurteilt.

Das ist blauer Schwindel. Weder ist dem Zeugen für eine gerichtliche Aussage Geld angeboten worden, noch hat er als Zeuge etwas derartiges ausgesagt. Vielmehr hat Ziontski etwas ganz anderes bekundet: Als sich das Gericht vorbereitete, der Reichsbannermann Tieg habe geschossen, habe Tieg eine Belohnung von 50 (nicht 15) Mark für die Ermittlung des Urheberers dieser verleumdenden Gerüchte ausgelehrt. Was aber die Reichsbannerleitung Ziontski anbelangt, so hat das Gericht bei sämtlichen Nazi-Zeugen die Entscheidung über ihre Verurteilung einstweilen ausgelehrt, da diese meist als Mittäter in Frage kommen. Es hat hierbei Ziontski genau wie die übrigen Nationalsozialisten behandelt, über seine Verurteilung ist also zur Zeit noch gar nicht entschieden.

Schweres Unglück in chemischer Fabrik.

Aluminiumkessel explodiert. — 1 Toter, 20 Schwerverletzte.

London, 26. Juli.

Ein schweres Unglück ereignete sich heute in einer chemischen Fabrik in Stockton-Treans in Nordengland. Ein Aluminiumbehälter mit Essigsäure explodierte und ergoß seinen Inhalt über zahlreiche Arbeiter. 20 Arbeiter erlitten schwere Verletzungen. Ein Arbeiter ist bereits seinen Verletzungen erlegen. Ein im Anschluß an die Explosion ausgebrochener Brand konnte von der Feuerwehr gelöscht werden.

Flugzeug explodiert über der Stadt.

Absturz auf menschenleeren Platz. — Die Piloten getötet.

Mexiko-Stadt, 26. Juli. (Eigenbericht.)

Ein mit zwei Armeefliegern besetztes Armeeflugzeug explodierte über der Hauptstadt und stürzte auf einen glücklicherweise menschenleeren Platz im Zentrum der Stadt ab. Die beiden Flieger wurden getötet. Die fallende Maschine rief ein in der Nähe fliegendes Armeeflugzeug mit, dessen Insassen sich durch Abpringen retten konnten.

Banklehrling unterschlägt 40000 Mk.

Ein Chauffeur rettete das Geld wieder der Bank.

Kiel, 26. Juli.

Ein bei einer Bank in Bad Segeberg beschäftigter 18jähriger Banklehrling verschaffte sich gestern Abend unter Vorspiegelung falscher Tatsachen den Kassenschlüssel und entwendete aus der Kasse 40000 Mark. Darauf fuhr er im Kraftwagen nach Neumünster und von dort mit dem D-Zug nach Kiel. In Kiel mietete er einen Kraftwagen zur Fahrt nach Hamburg. Der Kraftwagenführer, dem Bedenken aufgestiegen waren, verständigte die dortige Bahnhofswache, die den Koffer des Banklehrlings öffnete und das entwendete Geld entdeckte. Der Desfrudent wurde zum Polizeipräsidium gebracht, wo er ein Geständnis ablegte. Das Geld konnte der Bank noch in der Nacht zurückerstattet werden.

Berliner Ehepaar in den Bergen umgekommen

Klagenfurt, 26. Juli.

In den Mallniger Tauern ist ein Ehepaar Greßler aus Berlin-Steglitz von den sogenannten Raumerdbrechern abgestürzt. Die Verunglückten wurden gestern als Leichen aufgefunden.

Einbrecher im Reichstag.

Die Reichstagsferien haben Einbrecher benutzt, dem Reichstagsgebäude einen Besuch abzustatten. Sie hatten es auf das 3. Stockwerk des Flügels abgesehen, der nach der Wasserleite zu liegt. Neben der Bücherei liegen in dieser Etage die Räume für die Reichstagsangehörigen. Gestern entdeckte nun ein Wächter, daß dort die Bücher mehrerer Schreibstische mit einem Stemmmeißel erbrochen waren. Da die meisten Angestellten zur Zeit verreist sind, konnte noch nicht festgestellt werden, was gestohlen worden ist. Es wird ferner vermutet, daß der oder die Einbrecher auch der Bücherei einen Besuch abgestattet haben. Ob von den Beständen etwas fehlt, läßt sich ebenfalls noch nicht sagen. Die Angelegenheit ist Gegenstand eingehender kriminalpolizeilicher Nachforschungen.

Die Arbeiterfänger bei der Kundgebung am 1. August. Wir erinnern unsere Gesangsbesitzer an die bereits bekanntgegebene Anti-Kriegskundgebung am Freitag, dem 1. August, und bitten um starke Beteiligung. Die Sänger gehen nicht mit ihren Abteilungen, sondern direkt zum Lustgarten. Aufstellung bis 12 1/2 Uhr auf der Schlosskaserne. Sängerausweis nicht vergessen! Frühzeitig erscheinen. In Liedern sind vorgelesen: „Gesang der Völker“, „Arbeiter-Waterlandlied“, „Ich warte dein“, „Internationale“.

Kommerzienrat Michailki als Nachfolger Oscar Heimanns im Aufsichtsrat des Messerwesens. Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin hat für ihr verstorbenes Mitglied Oscar Heimann ihren Vizepräsidenten, Kommerzienrat Martin Michailki, als Nachfolger im Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Berliner Ausstellungsmesse- und Fremdenverkehrs-G. m. b. H. benannt, die ihn in ihrer letzten Gesellschafterversammlung einstimmig an Stelle Oscar Heimanns zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden wählte.

Großflugtag in Johannisthal. Am 10. August 1930 findet in Johannisthal ein Groß-Flugtag statt, zu welchem die Flieger: Udet, Fieseler, Theo Rasche, Siegel Bach, Graf Schomburgk, Schöckly, Achgeles, Rasche, Gabriel u. a. gemeldet haben. Udet und Fieseler sind bereits verpflichtet. Die Veranstaltung wird aufgezogen von der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Flugplatzes Johannisthal.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Gerner; Wirtschaft: G. Klingelbäcker; Gemeindefortschreibung: Otto Schindler; Paulsen; R. B. Wölber; Colaris und Conlars; Reis; Rasche; Anzeiger; Th. Glöckel; (ämtlich in Berlin). Verleger: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin, Preuß. Verlags-Vertriebs- und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 2, Hierzu 3 Beilagen.

für Magenleidende
etwas Wunderbares
Emil Spoil, Göppingen

Bullrich-Salz
Tabletten 0,25
1,50



Vertrieb für U.S.A. Bloop & Co. Chicago, 336 South Clark Street. Hunderttausende nehmen es täglich mit dem gleich guten Erfolg. 100 Gr. 0,30, 250 Gr. 0,60

Nur echt mit dem Bild des Erfinders.

Reste raus!

Riesen-Umsätze an unseren Stofflägern hinterließen gewaltige Mengen Reste • Diese Reste, für uns Ballast, sollen jetzt um jeden Preis hinaus • Verkaufstage: Montag Dienstag • Mittwoch • Donnerstag im Lichthof und in den Abteilungen Montag von 11 bis 1 Uhr auf dem Dachgarten »Großes Fanfarenkonzert des Berliner Fanfaren-Bläser-Chors

KARSTADT

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT-BAHNHOF

Allcredo

Große Trauring-Fabrik

verkauft fugenlose Trauringe direkt an Private

1 Ring 333 gestempelt	nur 5 bis 8 Mk.
1 - 585	leicht 8,50
1 - 585	mittel 12,-
1 - 585	schwer 14,50
1 - 900	leicht 16,50
1 - 900	mittel 21,50
1 - 900	schwer 28,-

Katalog gratis
Ges. geschützt.

Garantieschein. Gravieren gratis sofort z. Mitnehmen
Hermann Wiese
N. Artilleriestraße 30
W. Passauer Str. 12
S. Kottbuser Damm 2

Metropol-Th.
Täglich 8 1/2 Uhr
Michael Bohnen
in
Mit Dir allein ...
Sonntag nachm. 4 Uhr
Kleine Preise
Mit Dir allein ...

Renaissance-Theater
9 Uhr
Steinplatz 6780
Erste und schließlich
Die
Wunder-Bar
Revuestück

Komische Oper
8 1/2 Uhr
Paul Heidemann
in:
Die Frau ohne Kuss
Kollo-Operette mit
Grit Heid.

VOLKSBUHNE THEATER AM BÜLOWPLATZ

Täglich 8 1/2 Uhr
Der fröhliche Weinberg
von Karl Zuckmayer
Regie: Heinz Dietrich Kenter
Des großen Erfolges wegen
wird die Reihe der Vorstellungen bis
Sonnabend, den 2. August, verlängert.

ROSE

Theater
Große Frankfurter Straße 123
Alex.: 3422 u. 3494
Im Innentheater

Heute 5 1/2 und 8 1/2
Der Riesenerfolg:
„Flachsmann als Erzieher“
Komödie in 3 Akten von
Otto Ernst



Robert Müller als Schularzt Paul
Auf der Gartenbühne
Letzte Woche Auftreten
Willi Rosen
und 8 1/2 Uhr:
„Verliebte Leute“
Operette von Käncke

Vom 3.-8. August im Rose-Garten
Großes Winzerfest
mit
vollständig neuem Programm
Vorverkauf ist eröffnet!

Rennen zu Karlsruhorst
Sonntag, den 27. Juli 1930
nachmittags 3 Uhr
Gr. Berliner Jagdrennen-Ausgl. I.

Trabrennen Mariendorf
Montag, den 28. Juli
nachmittags 6 Uhr
lica habe mich in Berlin-Buch als
Zahnarzt niedergelassen.

Dr. med. dent. M. Osterwell
Bismarck, Kaiser-Friedrich-Str. 55
Sprechstunden:
Montag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend
3-7, Sonnabend und Sonntag 10-12.
Fernsprecher: Buch E 7 8560.

Reichshallen-Theater

11 Uhr
Gastspiel der
Dresdner
Victoria-Sänger
Freitag 1. 8. Wieder-
treten der Sretziner Sänger
Wohlfühl-Buffet: Saus, Kohl, Gurm
Variété - Konzert - Tanz

Homöopathie

innere u. Nervenz.
Behandlung 2 Mark
Müggelstr. 9.
Spr. 10-2, 10-4

Zurück!
San. Rat Dr. Feldhensfeld
Haut- und
Halskrankh.
C2, Spandauer Straße 17.

Für die so überaus zahlreichen Beweise
heralicher Teilnahme beim Heimzuge
meines lieben, unvergesslichen Mannes
Ernst Vogel
sprechen wir hiermit unseren aufrich-
tigsten Dank aus.
Ww. Johanna Vogel
und Familie
Berlin-Zehlendorf, im Juli 1930.

Blumenspenden
jeder Art
Lieferung preiswert
Paul Gollets
vorm. Robert Meyer
Mariannenstraße 3
Ecke Raupenstraße
Am Moritzpl. 10303

Krause-Pianos
zur Miete
W50, Ansbacherstr. 1

Spritzpumpen
zum Selbstschneiden
Füllmenge, Schüssel mit
Kredler
& Lathan
Pommersche
Aue Friedrichstr. 161
1. W. v. St. Jansbach

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
Den Mitgliebrn zur Nachricht, daß
unser Kollege, der Schlosser
Andreas Friedl
geboren 11. April 1865, am 23. Juli
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienst-
tag, dem 29. Juli, 14 Uhr, im Krem-
atorium Reichstraße statt.

Am 24. Juli farb unsere Kollegin,
die Arbeiterin
Hedwig Fiebig
geboren 22. August 1887.
Die Beerdigung findet am Dienst-
tag, dem 29. Juli, 13 Uhr, von der
Trauerhalle des Reichlichen Gemein-
dehofes, Göttilieb - Dunkel - Straße,
aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Am 12. Juli farb unser Kollege,
der Klempner
Wilhelm Baumgart
geboren 19. Mai 1880.
Die Beerdigung hat bereits statt-
gefunden.
Eure treuen Ankerken!
Die Ortsverwaltung.

Am Donnerstag, dem 24. Juli, ver-
schied nach langem Leiden unser lieber
Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Erich Groß
im 31. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Dienst-
tag, dem 29. Juli, 13 Uhr, von der
Trauerhalle des Reichlichen Gemein-
dehofes, Göttilieb - Dunkel - Straße,
aus statt.
Einbürgerung: Dienstag, 29. Juli,
13 1/2 Uhr, Krematorium Wilmersdorf,
Berliner Straße 101/103.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung unseres
lieben Sohnes und Bruders
Erwin
sagen wir allen Verwandten, Freun-
den und Bekannten, Genoffinnen und
Genossen, insbesondere der 80. Abtei-
lung der G.P.D., festen Dank und
Ergebenheit. K. Erwin's Familie vom
Ber. u. Rönner vom Reichsbund der Stren-
denster unseren aufrichtigen Dank!
Hilf. Friedmann, Hamburgerstr. 60/61.
Emil Lehmann und Frau
nebst Kindern.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater geschlossen!

Abonnements-Anmeldungen
für die Spielzeit 1930-31
(Beginn am 1. September)
werden auch während der Theater-
ferien entgegengenommen:
a) für die Staatsoper und
das Staatl. Schauspiel-
haus vom Abonnements-
büro, Berlin W56, Ober-
wallstr. 22. — Fernspr.
Merkur 9024.
b) für das Staatl. Schiller-
theater vom Abonne-
mentsbüro, Berlin-Char-
lottenburg, Grolman-
straße 70. — Fernspr.
Steinpl. 6715.

PLAZA Tägl. 5 u. 8 1/2
Sonnf. 2, 5 u. 8 1/2
Alex. E 4, 8066
Oscar Sabo u. Lotte Werkmeister
in der Szene. Beim 6-Tage-Rennen*
mit Original-Krücke usw.

Theater I. d. Behrenstr. 53-54
8 1/2 U. A 4 Zentrum 926-927 8 1/2 U.
Letzte 5 Aufführungen!
Mein Vetter Eduard
Schwank in 3 Akten mit
Ralph Arthur Roberts.

LUNA PARK
Ab 3 Uhr in vollem Betrieb
3 Boxkampf
Uhr Neussel-Hampacher
Pater-Trollmann / Stein-Poulac
9 1/2 Feuerwerk
u. d. gr. Attraktions-Programm

Winter Garten

8.15 Uhr — Radion erlaubt
Cortinis Dollarsegen usw.
Montag 2 Vorstellungen
4 und 8 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Preise

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
8 1/2 Uhr
Der fröhliche Weinberg
Lustsp. in 3 Akten
von Karl Zuckmayer
Regie: H. D. Kenter.

Deutsches Theater
B 2 Weidendamm 5201
8 Uhr
Phaea
von Fritz v. Unruh.
Reg.: Max Reinhardt.
Musik: Friedrich Hollaender.
Szenenbildner: Ernst Lubitsch.

Die Komödie
11 Bismarckstr. 2414/7514
8 1/2 Uhr
Zum 50. Male:
Wie werde ich reich und glücklich?
Die Komödie in 11 Aufzügen
von Felix Jacobson.
Musik von Wladimir Jochanowsky.
Sänger: Fritz Esch
Bühnenbildner:
Ludwig Kaiser

Berliner Prater
Sommergarten-Theater
Kastanienallee 7-9
4 Uhr
Großes Gartenkonzert
6 Uhr
Eine entzückende
Barleske sowie
der ausserwähl-
te Variété-Teil.
8.15 Uhr
Gusti Beer, Gred
Lilien, Alex Haber,
Erwin Hartung
in
**Das Drei-
mädlerhaus**
Singspiel in 3 Akten
Musik nach
Franz Schubert.
Eintrittspreis von
50 Pfg. an.

ZOO Zoolog. Garten

Ab 4 Uhr nachmittags
GROSSES KONZERT
Täglich:
Tanz im Freien
Auf d. Schaustellungsplatz
„1000 Krokodile“
Aquarium
Tierkunst-Ausstellung

LESUNG VATERLAND
Das preiswerteste
Vergnügungs-
Restaurant
Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Lessing-Theater
Weidendamm 2787 u. 2848
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Faun
von Edw. Knoblauch.
Paul Verbitski, Yeh,
Flamm, Rival,
Gretchen, Franke,
Fiedler, Passow, Uss

Theat. am Kottb. Tor
Kottbuser Str. 6
Tägl. 8 1/2
Wiederauf-
treten der
**Elite-
sänger**
mit
Schorsch Rusell.
Grosses
Liedersänger-Programm!

Die Sehenswürdigkeit Berlins
Eine
Großmacht
Neuropäischer
Hotels
HOTEL EXCELSIOR
Zimmer v. 7. Mk. an

Der Schluß im Tonfilm-Atelier
Nach einer Idee von Kurt Siodmak
Manuskript
Kaspar Katscher und Egon De
Produktion und Regie:
Alfred Zeisler
Mit: Walter Franzen - Ton:
W. E. Erik Lohmeyer - Zus.
H. A. Hermann und K. Lipschitz
Mit
Bertha Harries - Harry Fress - Ernst
Rühl - Kurt Bauer - Alfred Harter
Gust. Ernst - Salome - Erwin Salzer
Trich Leprieu, Paul Kemp, Ach. Theres
Dank dem deutschen Sta.-Kulturhof
Ganz wie bei uns
(Unvollkommene Ehen)
Wochentage: 5, 7, 9
Sonntage: 5, 7, 9
UFA-PALAST-ZOO

LETZTE WOCHE
Altes Berlin
BERLINER SOMMERSCHAU 1930
FUNKTURMHALLEN AM KAISERDAMM
TÄGLICH 9-20 UHR
Ab 7 Uhr (außer Donnerstag) bei gutem wie schlechtem Wetter
KONZERT DES BERLINER SINFONIE-ORCHESTERS
DIR.: DR. HELLMUTH THIERFELDER

Vorverkauf bei Wertheim und von 12-2 Uhr im Theater

C. F. v. Siemens führt die Scharfmacher

Die Hintergründe des geplanten Personalabbaus bei Siemens

Nachdem der Versuch der Berliner Metallindustriellen unter Führung von Siemens, einen zehnprozentigen Abbau der Gehälter unter Tarifbruch vorzunehmen, an dem Widerstand der Gewerkschaften gescheitert ist, hat Herr von Siemens mit neuen Aushebungsmethoden eingeseht, indem er zunächst einen zehnprozentigen Angestelltenabbau über seine Konzernwerke verhängt. Entscheidend ist die Gründe für das Vorgehen des Herrn von Siemens festzustellen.

Herr Siemens behauptet, daß schon jetzt einzelne Konzernwerke wegen der hohen Personalkosten mit Unterbilanz arbeiten.

Wie steht es mit diesen hohen Löhnen und Gehältern beim Siemens-Konzern?

Im vorjährigen Geschäftsbericht wurde angegeben, daß an 100 300 Arbeiter und Angestellte, die in deutschen Betrieben des Siemens-Konzerns beschäftigt werden, 270 Millionen an Löhnen und Gehältern gezahlt werden. Auf den Kopf der Belegschaft, Angestellte und Arbeiter durcheinander gerechnet (das Verhältnis beträgt bei Siemens etwa 3:1), ergibt sich also ein Jahresverdienst von noch nicht 2700 Mark oder etwa 220 Mark pro Monat.

Das Siemens-Unternehmen gehört zu den rentabelsten Industriekonzernen Deutschlands. Die Dividende der Siemens u. Halske A.-G. konnte im letzten Geschäftsjahr von 12 auf 14 Proz., der Siemens-Schuckert-Werke A.-G. von 9 auf 10 Proz. heraufgehoben werden. Der ausgewiesene Reingewinn der Bilanzen beider Gesellschaften betrug 35 Millionen Mark.

Daß die wirklichen Gewinne des Siemens-Konzerns mehr als doppelt so hoch sind, das beweisen die Angaben aus dem Amerika-Prospekt der Siemens-Anleihe. Der nach amerikanischen Bilanzierungsmethoden berechnete Reingewinn der Siemens u. Halske A.-G. wurde in diesem Bericht mit 8,9 Millionen Dollar, der Siemens-Schuckert A.-G. mit 10,7 Millionen Dollar oder 44,5 Prozent des Aktienkapitals (!) angegeben. Insgesamt hat also der Siemens-Konzern im Geschäftsjahr 1928/29 nach den Berechnungen der Amerikaner 19,6 Millionen Dollar oder etwa 82 Millionen Mark Reingewinne erzielt. Ein Unternehmen, das derartig riesenhafte Gewinne erzielt, will der Öffentlichkeit weismachen, daß es infolge zu hoher Löhne und Gehälter jetzt bereits teilweise mit Unterbilanz arbeitet und entweder zu einem rigorosen Gehaltsabbau oder zu Massenentlassungen gezwungen sei.

Die bescheidenen Erhöhungen der Löhne und Gehälter der letzten Jahre sind durch Leistungssteigerungen wettgemacht worden.

Direktor Haller des Siemens-Konzern selbst gibt im Juniheft der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“ Zahlen über die Leistungssteigerung in der elektrotechnischen Industrie an. Von 1925 bis 1928 ist die Zahl der Beschäftigten in der gesamten Elektroindustrie um nur 16 Prozent, dagegen der Erzeugungswert der Elektroindustrie um 30 Prozent gestiegen. 1929 dürfte der Wert der deutschen elektrotechnischen Produktion mindestens 3,4 Milliarden Mark gegen 2,4 Milliarden im Jahre 1925 betragen haben. Er hat sich also um mehr als 40 Prozent erhöht, während die Beschäftigtenzahl der Elektroindustrie im gleichen Zeitraum um noch nicht 20 Prozent gestiegen sein dürfte.

Noch günstiger als für den Gesamtdurchschnitt der Industrie liegen die Verhältnisse für die Großkonzerne, insbesondere Siemens und AEG, die ihrem Umsatz durch beschleunigtes Arbeitstempo und Rationalisierungsmaßnahmen ohne Zuwachs von Arbeitskräften ständig steigern konnten.

Mächtige Umsatzsteigerung ohne Belegschaftsvermehrung.

In dem Geschäftsbericht der Siemens u. Halske A.-G. von 1926/27 wurde die deutsche Konzernbelegschaft für dieses Geschäftsjahr mit 101 000 angegeben, auf der letzten Siemens u. Halske-Gesamterhebung, drei Jahre später, wurde für die deutschen Konzernbetriebe eine Gesamtbelegschaftszahl von 100 300 angegeben. Im Geschäftsjahr 1926/27 dürfte der Umsatz der Siemens-Betriebe etwa 650 Millionen Mark betragen haben; für das Geschäftsjahr 1928/29 wurde ein Umsatz von 850 Millionen Mark, nach dem amerikanischen Prospekt sogar von mehr als 900 Millionen Mark (225 Millionen Dollar) genannt. Der Siemens-Konzern hat also eine nahezu 30prozentige Umsatzsteigerung ohne Vermehrung der Belegschaft durchzuführen können. Angesichts dieser gewaltigen Mehrleistung der Arbeiter und Angestellten wagt man von einer Ueberhöhung der Personalkosten zu reden.

Die wahren Gründe für C. F. v. Siemens.

Die wahren Gründe des Vorgehens des Herrn v. Siemens können auch nicht in der augenblicklichen Konjunktur liegen. Die Elektro-Konjunktur, soweit der Export in Frage kommt, hat bisher noch verhältnismäßig wenig gelitten. Die öffentlichen Aufträge des Inlandes, besonders die der Kommunen, sind sicher zurückgegangen. Aber auf dem Schwachstromgebiet hat der Siemens-Konzern eher größere als kleinere Umsätze und die erst noch kommenden außerordentlichen Aufträge der Reichspost im Betrage von 200 Millionen Mark fallen zum sehr großen Teile dem Siemens-Konzern zu. Außerdem wäre es eine sehr schlechte kaufmännische Politik, in einer vorübergehenden Wirtschaftskrise eingearbeitetes Angestelltenpersonal, das man später wieder braucht, einfach auf die Straße zu werfen.

Etwas ernster sind schon andere Gründe für das Vorgehen des Herrn von Siemens zu nennen. Jede schlechte Konjunktur drückt augenblicklich die Gewinne. Es ist durchaus möglich, daß Herr von Siemens für das ganze Jahr 1929/30 jene 14 Proz. Dividende aus den laufenden Gewinnen nicht erwirtschaftet, die er den neuen amerikanischen Teilhabern seines Konzerns selbstverständlich gern präsentieren möchte. Aber auch hier ist anzunehmen, daß die stillen Reserven des Siemens-Konzerns ohne weiteres die 14 Proz. Dividende ermöglichen würden, so daß nur der Schluß bleibt, daß Herr von Siemens um jeden Preis aus den Angestelltengehältern die Dividende voll sicherstellen will, ohne die Reserven anzugreifen. Wie dem aber auch sei, die Gehälter aus diesen Gründen zu drücken, wäre scharfmacherisch in höchstem Maße und müßte den schärfsten Widerstand aller öffentlichen Stellen finden.

Aber wir haben den bestimmten Eindruck, daß alle diese

Gründe für Herrn von Siemens nicht eigentlich entscheidend gewesen sind. Herr C. F. von Siemens ist aus einem ganz anderen Grunde in Front gegangen; er ist nicht in erster Linie in Front gegangen, im Interesse seines eigenen Konzerns, wenn auch diese Interessen ihn mitbestimmen haben mögen, sondern er wollte, daß unter seiner Führung,

unter Ausnutzung der schwierigen gesamtpolitischen Verhältnisse in Deutschland deutsche Unternehmerpolitik auf besterter Basis in der Richtung des Lohnabbaus durchgeführt wird.

Herr C. F. von Siemens, als Führer der Berliner Metallindustriellen, als Beauftragter des Reiches in der Reichsbahn, als Leiter des größten deutschen Elektro-Konzerns, wiegt viel in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Er dürfte den deutschen Unternehmern willkommen sein, um in einer sehr schwierigen politischen Lage, wo deutsche Scharfmacher gute Möglichkeiten für das Blühen ihres Scharfmacherweizens gefunden haben, die Lohndruckkerne der Unternehmer vorzubereiten. Unter diesen Gesichtspunkten bekommt das Vorgehen des Herrn von Siemens in der Tat eine sehr große Tragweite und wenn auch noch keinen staatspolitischen, so doch einen eminenten wirtschafts- und klassenpolitischen Sinn. Schon wird, nachdem man für Berlin mit Bestimmtheit die Nachfolge bei anderen Großbetrieben erwarten kann, aus dem Reiche unter Berufung auf Herrn von Siemens vielfach ein ähnliches Vorgehen gemeldet.

Denkbar schwerste Verschärfung der Wirtschaftslage.

Wenn Herr von Siemens nicht größere Ziele im Auge haben würde, dann hätte er bedenken müssen, daß sein eigener Konzern durch sein Vorgehen ja keinen Nutzen haben kann. Große Siemens-Entlassungen müßten in der deutschen Unternehmerrückständigkeit psychologisch wie ein Alarm wirken. Sie müßten die darniederliegende Initiative der Unternehmer noch mehr schwächen. Sie müßten die Lust zur Auftragserteilung weiter verringern und sich schließlich auch im Beschäftigungsgrad von Siemens denkbar ungünstig auswirken. Um so sorgfältiger müssen jetzt sofort die gefährlichen Auswirkungen des Siemens'schen Vorgehens ins Auge gefaßt werden, falls es in Berlin und in Deutschland größere Nachfolgerschaft finden.

Es wagt kein Mensch mehr heute, von der Lohnsenkung noch eine Belebung der Konjunktur zu erwarten. Das mindeste, was selbst Herr Steigerwald gefordert hat, war eine gleich-

zeitige, die Lohnsenkung erheblich übertreffende Preissenkung, und außerdem wurde von Herrn Steigerwald noch gefordert, daß der Reallohn nicht verkürzt werden dürfe. Wo sind die Preissenkungen, die Herr von Siemens bisher vorgenommen hat, der Jahrzehnte lang in unerhörtester Weise sein Postmonopol zu Lasten der Steuerzahler und zugunsten seiner Familie ausgebeutet hat?

Will Herr von Siemens aber allgemeinen Lohndruck, und das scheint er zu wollen, will er diesen Lohndruck gegen den Widerstand von Gewerkschaften und Regierung durch Entlassungen erzwingen, dann führt er den denkbar schwersten Angriff gegen die letzten vorhandenen an sich schon so geschwächten Pfeiler der inländischen industriellen Beschäftigung, dann beginnt Herr von Siemens systematisch die Industriekonjunktur in Deutschland vollends zu erschlagen. Das aber wäre ein Beginnen, den keine Regierung, auch nicht die jegige, unätzig zusehen darf.

Die Frage der Abwehr ist sehr ernst und sehr wichtig.

Es wird geprüft werden müssen, ob die gewerkschaftliche und die normale behördliche Abwehr genügen kann. Es ist zu fordern, daß wegen der im ernstesten Sinne wirtschaftsgefährdenden Wirkungen des Siemens'schen Vorgehens öffentliche Aufträge, gleichviel welcher Art und gleichviel von wem, an die Siemens-Werke vorläufig nicht vergeben werden. Die Kommunen, die Länder, die Reichsunternehmungen, haben zu bedenken, daß eine allgemeine Lohndruckwelle, wie sie Siemens vorzubereiten scheint, die Grundlage ihrer finanziellen und betrieblichen Existenz gefährdet. Es muß die Frage geprüft werden, ob nicht zum mindesten die öffentlichen Aufträge nur an Werke gegeben werden, die sich von einem Vorgehen fernhalten, wie es der Siemens-Konzern für richtig hält. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht noch weiter zu verschärfen, ist kein Interesse etwa der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, bzw. der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien allein, sondern im allerhöchsten Maße ein Gesamtinteresse. In einer solchen Lage darf kein Mittel gescheut werden, um so schweren Gefahren zu begegnen, wie sie Herr von Siemens heraufbeschwört.

Für die Arbeiterklasse, für alle Angestellten und Arbeiter, steht der Feiger auf Alarm. Es darf kein Zögern mehr geben, die Schlagkraft der Gewerkschaften zu stärken.

Regierung gegen Kartellpreise.

Wir geben im folgenden den Wortlaut der offiziellen Begründung für die besondere Ermächtigung des Reichswirtschaftsministeriums, eventuell die Senkung gebundener Kartellpreise jetzt zu erzwingen:

„Die Anpassung der gebundenen Preise an die veränderte Wirtschaftslage und die gesunkene Kaufkraft breiter Massen sowie die Notlage der im freien Wettbewerb stehenden Wirtschaftskreise sehr sich nach allgemeiner Ansicht zeitlich zu langsam und ihrem Ausmaß nach unzulänglich durch. Infolgedessen ist u. a. das Verhältnis der Preise von Waren und Leistungen zueinander vielfach in einer volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Weise verschoben worden. Die mangelhafte Anpassung der gebundenen Preise in einer Zeit, in der die gesamte deutsche Wirtschaft unter dem Druck einer schweren Depression steht, erschwert und verzögert die Ueberwindung der wirtschaftlichen Not, führt zum Bruchliegen menschlicher Arbeitskräfte und technischer Anlagen weit über das unmittelbare durch eine Krise an sich bedingte Maß hinaus und hat Spannungen hervorgerufen, die einer ausgeglichener Zusammenarbeit aller wirtschaftlich Tätigen im Wege stehen. Bei dieser die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdenden Lage muß die Reichsregierung es sich angelegen sein lassen, Mischstände dieser Art, wo immer sie erkennbar sind, zu beseitigen und die auf der Volksgesamtheit schwer lastende Krise mit der aus ihr stiehenden Arbeitslosigkeit zu mildern und zu überwinden, soweit dies durch behördliche Maßnahmen geschehen kann. Sie rechnet dabei auf die verständnisvolle Mitarbeit der beteiligten Wirtschaftskreise selbst. Soweit diese jedoch im Einzelfall nicht zu gewinnen sein sollte, sind ihr in dieser Verordnung die Mittel an die Hand gegeben, das im Interesse der Gesamtheit Erforderliche auch gegenüber Widerstrebenden schnell und wirksam durchzuführen. Zu diesem Zwecke wird die Reichsregierung ermächtigt, unter bestimmten Voraussetzungen durch Verwaltungsmassnahmen unwirtschaftliche Preisbindungen auszuräumen. Die Uebertragung dieser Befugnisse entspricht den Beschlüssen, die der Deutsche Jurettentag 1928 zur Abänderung der Kartellverordnung gefaßt hat. Ferner kann die Reichsregierung die Eingangszölle solcher Waren, deren Erzeugung oder Verkehr durch Preisbindungen in unwirtschaftliche Bahnen gelenkt wird, ausheben.“

Den Absichten, welche den Herrn Reichspräsidenten zum Erlaß der Verordnung bestimmt haben, würde es am meisten entsprechen, und die Verordnung hätte ihren Zweck dann am besten erfüllt, wenn es der Reichsregierung im Zusammenwirken mit dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat, der alsbald mit den Fragen befaßt werden soll, gelingt, den Belangen der Gesamtwirtschaft Geltung zu verschaffen, ohne auf die in der Verordnung gegebenen Ermächtigungen zurückgreifen zu müssen.“

Britetts und Linoleum wieder verteuert

Wir sind in der Lage, auf zwei Fälle hinzuweisen, in denen ein sofortiges Eingreifen auf Grund der Kartellverordnung und der jetzigen Ermächtigung notwendig ist.

Vor wenigen Wochen haben wir mitgeteilt, daß die Arbeitsgemeinschaft des Berliner Britetthandels, obwohl keine Vertauung der Bezugspreise vorlag, den Zentnerpreis für Britetts ganz willkürlich für Juli um 10 Pfennig erhöht hat. Das konnte geschehen, obwohl sich das Ostelbische Brauohlersyndikat seinerzeit offiziell dazu verpflichtet hatte, eine Preissteigerung für die

Berliner Verbraucher zu verhindern. Es geschah, ohne daß das Reichswirtschaftsministerium in diesem Falle eingegriffen hat.

Jetzt hören wir zuverlässig, daß nicht erst am 1. September wie sonst, sondern bereits am 1. August mit der Anpassung der an sich schon erhöhten Sommerpreise an die Winterpreise begonnen wird und daß deshalb ab 1. August die Preise für Einzellieferungen von 1,70 auf 1,80 M. und für Lieferungen von mehr als 20 Zentnern von 1,65 auf 1,75 M. erhöht werden. Dieses neuerliche Vorgehen der Berliner Britetthändler, das einfach die Handelsspanne vergrößert ohne jede Rücksicht auf die Konsumenten, muiet wie wirtschaftlicher Wahnsinn an.

Ein zweiter Fall wird vom „Berliner Tageblatt“ gemeldet. Das „B.T.“ veröffentlicht eine Zuschrift, wonach die Vinoleumverfäher vom Deutschen Monokontrollat verpflichtet werden, für das Quadratmeter Strangula-Vinoleum, eine Massenware, statt 210 M. ab 25. Juli 225 M. zu verlangen, und daß Vinoleumteppiche im Preis von bisher 18 M. ab 1. August nicht unter 20 Mark verkauft werden dürfen. Hier wird also ebenfalls ganz willkürlich der Preis für den letzten Verbraucher erhöht und niemand kennt die Gründe dafür, außer den Preis- und Monopolstrategen des Vinoleumtrusts. Die Zuschrift an das „B.T.“ verlangt selbst, daß das Reichswirtschaftsministerium dem Vinoleumtrusttarnmacht, daß er seine Machtposition in der letzten Zeit nicht zur Vertauung des Massenkonsums benutzen darf.

Die Regierung muß hier beweisen, daß sie nicht nur Worte gemacht hat.

Corned beef Einfuhr verboten.

Das Reichsinnenministerium hat die in Frage kommenden Stellen angewiesen, vom 1. August 1930 ab die Einfuhr von Corned beef, des sogenannten Büchsenfleischs, nicht mehr zuzulassen. Damit führt der Reichsernährungsminister seine Absicht, die Fleischimporte nach Deutschland völlig zu droffen, auf einem weiteren Gebiet durch, während gleichzeitig der Fleischverbrauch in Deutschland pro Kopf bedächtigend zurückgeht.

Eine Viertelmilliarde für Reichsbahn.

Im gestrigen „Reichsanzeiger“ wurde mitgeteilt, daß die preussische Regierung (als aufsichtsführendes Land) der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die Genehmigung zur Ausgabe von Schatzanweisungen im Betrage bis zu 250 Millionen Mark erteilt hat. Es handelt sich dabei offenbar um eine vorzügliche Maßnahme der Reichsbahn zur Kapitalbeschaffung, möglicherweise zur Finanzierung von notwendigen Anlagenerweiterungen bzw. von Sonderaufträgen, wie sie ja auch die Reichsbahn zur Belebung der Konjunktur geben soll. In der kommenden Woche soll mit den Banken darüber verhandelt werden, welche Beträge auf dem Markte unterzubringen sind und zu welchen Bedingungen die Schatzanweisungen ausgegeben werden sollen. Man spricht von einer fünfjährigen Laufzeit und einer sechsprozentigen Verzinsung, neun aber noch keinen Kurs. Jedenfalls wird auch diese Maßnahme der Reichsbahn-Gesellschaft, die auf dem deutschen Kapitalmarkt ein bedeutenden Erfolg sein kann, die Vorbedingungen der Konjunkturbelebung etwas verbessern.

Siemens macht Schule.

Entlassungen werden auch in anderen Betrieben erwogen.

Dem Vorstoß der Nordwestlichen gegen die Angestelltengehälter folgte der Vorstoß des mit ihnen in der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände auch organisatorisch verbundenen Verbandes Berliner Metallindustriellen.

Hugenbergs III. als Sprachrohr der Unternehmerverbände berichtet zu dem Vorstoß des Herrn von Siemens:

„Der geplante Angestelltenabbau

im Ausmaß von etwa 10 Prozent in der Berliner Metallindustrie beschränkt sich nicht allein auf die Siemens-Betriebe, sondern wird auch bei anderen Betrieben erwogen.

Die Verhandlungen, die der Verband Berliner Metallindustrieller mit den Angestelltenorganisationen geführt hat, sind gescheitert.

welt die Angestelltenverbände eine Reihe von Forderungen stellen, die von den Arbeitgebern nicht bewilligt werden konnten. Die Angestellten forderten insbesondere ein völliges Ründigungsverbot während der Laufzeit des neuen Abkommens. Ferner verlangten sie, daß die Entscheidung über Kurzarbeit dem Betriebsrat überlassen bleiben soll. Zugleich konnten die Arbeitgeber auch die Forderung des absoluten Ueberstundenverbots nicht bewilligen.

Nachdem die Allgemeinverhandlungen gescheitert waren, wurden sie bekanntlich in die einzelnen Betriebe gelegt und führten teilweise zu einer Einigung. Auch bei Siemens zeigte sich im Angestelltenrat zunächst eine gewisse Bereitwilligkeit, auf die Vorschläge der Verwaltung einzugehen.

Erst nach Zuziehung der Gewerkschaften

verhielt sich der Angestelltenrat ablehnend. Daher schritt die Verwaltung zur Ankündigung eines Abbaus von 10 Prozent bei der Angestelltenkraft.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsministerium zur Lage noch keine Stellung genommen habe. Die Angestelltenverbände haben vor einigen Tagen dem Reichsarbeitsminister vorgetragen, daß in der Berliner Metallindustrie die Absicht bestehe, entgegen dem ausgesprochenen Willen der tarifbestimmten Angestelltenverbände die Arbeitszeit und entsprechend das Monatsgehalt der Angestellten herabzusetzen.

Der Reichsarbeitsminister hat daraufhin die Vertreter der Berliner Metallindustriellen gehört. Diese erklärten, eine Verkürzung der Arbeitszeit und der Gehälter komme nicht mehr in Frage, nachdem die Angestelltenverbände

den als Entgegenkommen gedachten Vorschlag

des Verbandes Berliner Metallindustrieller abgelehnt hätten; sie würden nunmehr die ihnen in den einzelnen Betrieben erforderlich erscheinende Senkung der Produktionskosten auf dem Wege der Entlassung von Angestellten vornehmen. Nach dieser Erklärung war für ein Eingreifen des Reichsarbeitsministers keine Möglichkeit.

Zu dieser einseitigen Darstellung des Verbandes der Berliner Metallindustriellen sei zunächst festgestellt, daß die Angestellten überhaupt nichts gefordert haben.

Der B.B.M. war es, der trotz des Tarifvertrags den Angestellten „den als Entgegenkommen“ (!) gedachten „Vorschlag“ machte, sich einen

Gehaltsabbau bis zu 20 Prozent

gefallen zu lassen. Dafür sollte eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Gleichzeitig mit diesem entgegengesetzten Vorschlag wurden die Angestellten unter Druck gesetzt durch die Androhung von Entlassungen.

Die Angestellten waren bereit, auf das Entgegenkommen eines Gehaltsabbaues einzugehen. Allein bei der bekannten Vagheit des Unternehmens in Geldfragen und der Betriebsamkeit und Auslegungskünste ihrer Syndikats, waren die Angestellten gezwungen, sich bei diesem „Vorschlag“ vor weiteren Rückschritten halbwegs zu sichern. Deshalb und nun erst „forderten“ sie, daß einmal nicht trotz der Gehaltskürzung weitere Ründigungen und Entlassungen während der Zeit dieser von ihnen als „vorübergehend aufgesetzten Notmaßnahmen“ erfolgen und keine Ueberstunden von ihnen gefordert werden sollen. Das Mißtrauen der Angestellten, daß man von ihnen

in verkürzter Arbeitszeit das gleiche Pensum

fordern wird, ist nicht so unberechtigt. Herr Oppenheimer hat dies ausdrücklich, sozusagen als selbstverständlich gefordert. Wenn die Unternehmer eine verkürzte Arbeitszeit der Angestellten als notwendig und unvermeidlich erklären, angeblich um Entlassungen zu verhüten, weshalb wollen sie denn den Angestellten nicht die Forderung machen, daß sie bis zum April keine Angestellten kündigen?

Wenn sie eine längere Arbeitszeit der Angestellten für durchführbar halten, weshalb wollen sie sich das Recht vorbehalten, jederzeit Ueberstunden zu diktiert. Die sehr gut organisierten Herren, die die einzelnen Betriebe an der Strippe haben und nicht dulden, daß in einem Betrieb ein Pfennig Lohn mehr gezahlt wird, als sie es haben wollen, sie verweigern die Verhandlungen mit „ihren“ Angestellten in die einzelnen Betriebe, wollen also die Gewerkschaften der Angestellten ausschalten. Gewiß, ohne die Gewerkschaften hätten sie mit den Angestellten in den Betrieben leichteres Spiel gehabt.

Die Rolle, die in diesem Spiel dem Reichsarbeitsminister zugewiesen wird, ist nicht gerade erheben. Es wird sich bald erweisen müssen, ob die zuständige Stelle die Ill. richtig informiert hat. Nicht als ob wir ohne weiteres daran zweifeln. Allein der Reichsarbeitsminister kennt die Dinge besser als sie der B.B.M. für die Öffentlichkeit durch die Ill. darstellen läßt. Er weiß, daß die angebotenen Entlassungen nicht notwendig und nur zu dem Zweck ausgesprochen sind, um die Angestellten zu zwingen, auf den entgegengesetzten Vorschlag der Unternehmer bedingungslos einzugehen.

Die Angestellten und mit ihnen die gesamte Arbeitnehmerchaft wird das Verhalten des Reichsarbeitsministers in diesem Falle genau verfolgen und daraus ihre Schlüsse ziehen. Gilt nur noch der Wille der Unternehmer? Gilt Tarifvertrag und Gewerkschaftsrecht nichts mehr? Auf diese Fragen wird der Reichsarbeitsminister in irgendeiner Form Antwort geben müssen.

beden. Dagegen müssen sich die Versicherten ganz energisch wehren, zumal von ihrer Seite praktische Vorschläge zur Beseitigung gemacht worden sind.

Als Willensumgebung der Versammelten wurde folgende Entschließung in Vorschlag gebracht, die gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf einer Änderung der Krankenversicherung anstößigen protestiert.

Der Entwurf läßt die seit Jahren von den in der Krankenversicherung tätigen Versicherten aufgestellten Reformvorschläge zum großen Teile unberücksichtigt. Statt dessen bringt er eine Einschränkung der Leistungen, insbesondere durch die Arzneikostenbeteiligung und die Krankenkassengebühr. Die vornehmste Aufgabe, dem Kranken schnelle Hilfe zu bringen, wird gerade da, wo sie am nötigsten ist, vereitelt.

Die geplanten weiteren Verschlechterungen, die Herabsetzung des Krankengeldes und die weitere Beschränkung des Selbstverwaltungrechts, sind unberechtigt und sind geeignet, eine gesunde Weiterentwicklung der Krankenversicherung zu stören.

In ihre Spitzenorganisationen richten die Versammelten die dringende Bitte, die Reichsregierung aufzufordern, die Umgestaltung des Gesetzesentwurfs den sozialen Bedürfnissen der Versicherten anzupassen.

In der anschließenden Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten sowie die Entschließung im allgemeinen anerkannt. Einige Vertreter der „Opposition“ versuchten, in der bekannten Weise ihre von Unkenntnis der Materie durchgeführten Bandwurmreden vom Stapel zu lassen und eine Resolution im Nebentisch-Haus-Stil vorzuschlagen, die jedoch nur eine Unterstützung von ganzen 13 Stimmen fand. Die vorstehende Entschließung wurde gegen eine geringe Minderheit angenommen.

Arbeitermangel in der Landwirtschaft?

Eine Probe aufs Exempel.

In einer Sitzung des Kreisstages Schlüchtern vor einigen Wochen verließ sich der deutschnationale Kreisstagsobmann, Landbundführer und Gutbesitzer Wegmann zu folgender Bemerkung: „Die Erwerbslosen in den Städten gehen lieber Pferde stehlen, als daß sie beim Bauern Landarbeit verrichten.“

Diese Bemerkung gab einem sozialdemokratischen Mitglied des Wohlfahrtsausschusses Hanau a. M. Veranlassung, an die Verwaltung des Wohlfahrtsausschusses die Anträge zu richten, ob unter den hunderttausend in wohlfahrtsunterstützten Erwerbslosen nicht auch solche seien, die in Landarbeit vermittelt werden könnten und auch bereit seien, solche Arbeit anzunehmen.

Als diese Frage bejaht wurde, stellte das betreffende Mitglied den Antrag, die Verwaltung solle sich mit einem Schreiben an die Kreisorganisationen der Bauernschaft in den drei Kreisen Hanau, Biebrich und Schlüchtern wenden und ihnen die Vermittlung von städtischen Erwerbslosen für Arbeiten in der Landwirtschaft anbieten. Das Schreiben ist dann auch abgegangen mit dem Resultat, daß sämtliche drei Kreisorganisationen des Landbundes mitteilten, daß ein Bedarf an Arbeitskräften nicht bestehe. Auch die Kreisorganisation Schlüchtern, deren Vorstandsmitglied Herr Wegmann ist, hat keinen Bedarf.

Hoffentlich unterbleibt nun das Gerüde von dem Arbeitermangel in der Landwirtschaft. Jedenfalls kann es nicht ernst genommen werden. Derart anspruchslos, billige und „willige“ Arbeitskräfte, wie die Herren sie haben wollen, kann ihnen freilich nur das Ausland aus seinen rüstfähigsten Bezirken liefern.

Gegen den Tonfilm.

Artisten und Musiker wehren sich.

Die Internationale Artistenloge und der Deutsche Musiker-Verband wenden sich in einem Flugblatt an die werktätige Bevölkerung. Darin sagen sie:

„Das Kino soll eine Volksunterhaltungsstätte sein! Das Kino soll auch nach des Tages Post erfreuen und entspannen! Das Kino soll auch gute Musik bieten! Das Kino soll auch Leistungen guter Artisten zeigen!

Siehet hin! Was bietet das Kino? Es bietet Tonfilme! Ist das eine dem Volke wirklich dienende Unterhaltung? Nein! Ist das wirklich erbauende Freude? Nein! Ist das Entspannung? Nein!

Der Tonfilm brachte nichts anderes als eine Massenarbeitslosigkeit von Artisten und Musikern! Denkt daran! Kämpft mit ihnen gegen das Elektro-Kapital!

Reißet den Tonfilmfisch! Besucht nur Kinos, in denen Musiker und Artisten beschäftigt werden. Fordert lebendiges Orchester! Fordert Bühnenschauspiel! Wo kein Kino mit Musikern oder Bühnenschauspiel: Besucht die Varietés!

Der Lederarbeiterverband 1929.

Eine schwere Belastungsprobe gut überstanden.

Der Deutsche Lederarbeiterverband war im vergangenen Jahre einer so schweren Belastungsprobe ausgesetzt, daß er befristet mußte, das schwarze Krisenjahr 1929 nicht ohne große finanzielle und Mitgliederverluste zu überstehen. Das Gesäße der Organisation hat sich aber erfreulicherweise als so stark erwiesen, daß es auch dieser Belastungsprobe standhalten konnte. Die Arbeitslosigkeit der Lederarbeiter stieg im vorigen Jahre, wie aus dem soeben veröffentlichten Jahrbuch 1929 des Verbandes hervorgeht, gegenüber 1928 geradezu katastrophal. Während 1928 im Jahresdurchschnitt 2,04 Proz. der Verbandmitglieder arbeitslos waren und 17,6 Proz. verkürzt arbeiteten, mußten 1929 durchschnittlich 13,4 Proz. der Mitglieder unfreiwillig feiern und 18,3 Proz. verkürzt arbeiten.

Daß es angesichts einer so ungünstigen Arbeitsmarktlage für die Organisation sehr schwer war, auf Lohn- und tarifpolitischen Gebiet erfolgreich tätig zu sein, ist nur zu begreiflich. Es wurden 69 Lohnbewegungen geführt (1928: 117), wovon vier Streiks. Beteiligt waren daran 51.566 Personen. Von den 85 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung hatten 12 einen vollen, 56 einen teilweisen und 17 keinen Erfolg. Erzielt wurde eine Lohnerhöhung für 21.148 Personen von 25.021 Mark pro Woche und für 17.113 Personen die Abwehr von 6.096 Mark Lohnabbau je Woche.

Daneben wurde noch für 3.865 Personen eine bessere Regelung der Ueberstundenbezahlung sowie sonstige Verbesserungen erwirkt. Durch die geringe Zahl von Streiks erklärt sich auch die unwesentliche Ausgabe von 12.239 Mark für Kampfwende.

In der Mitgliederstatistik und dem Kassenericht spiegelt sich gleichfalls die Krise aus dem Arbeitsmarkt der Lederindustrie deutlich wider. 1784 Mitglieder gingen der Organisation verloren, so daß sie am Schluß des Berichtsjahres 35.756 Mitglieder zählte. Ganz beträchtlich sind die Ausgaben für soziale Unterstützungszwecke gestiegen. Allein die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung sind von 3.001 Mark im Jahre 1928 auf 554.000 Mark im Jahre 1929 gestiegen.

Von der finanziellen Solidität der Organisation legt die Tatsache Zeugnis ab, daß trotz der großen Ausgaben des Verbandes sein Kassenbestand im Laufe des Berichtsjahres noch um 168.963 M. auf 479.850 M. gestiegen ist. Zusammenfassend darf also gesagt werden, daß auch der Deutsche Lederarbeiterverband im Jahre 1929 sich als eine allen Stürmen trotzbaren Organisation erwiesen hat.

Lohnabbau durch Tariffchiebung.

Die Leipziger Metallindustriellen provozieren.

Die Metallindustriellen halten den Metallarbeiterverband zu neuen Verhandlungen eingeladen, die jedoch völlig ergebnislos verliefen, da die Metallindustriellen sich auf die Schlichtungsbehörden verlassen. Die Leipziger Herren fordern die Einbeziehung Leipzigs in den sogenannten Sachsentarif. Der neue Spitzenlohn für Facharbeiter soll 76 Pfennig die Stunde betragen. Das bedeutet für Sachsen eine Lohnkürzung um 10 Pfg. und für Leipzig, den Mittellohn eingerechnet, eine solche von 20 Pfg. die Stunde.

Der Facharbeiter der Leipziger Metallindustrie, der eine vierjährige Lehrzeit zurücklegen und dann noch fünf Jahre als Gehilfe tätig sein muß, um den Spitzenlohn zu erreichen, hätte dann bei 48 Stunden Arbeitszeit Anspruch auf einen Bruttolohn von 36,48 Mark wöchentlich. Der ungelernete Arbeiter über 23 Jahre, dessen Tätigkeit wie das der Beruf mit sich bringt, schwer und schweißig ist, würde bei voller Arbeitsleistung 31 Mark Lohn in der Woche erhalten.

Der Metallarbeiterverband hält daran fest, daß das seit 12 Jahren bestehende Tarifgebiet Leipzig erhalten bleibt. Seine wesentlichen Forderungen lauten:

Erhöhung der Löhne ab Tarif- oder Leistungslohn, um 10 Pfg. die Stunde, Erhöhung der Akkordpreise um 10 Prozent, die Lehrlingslöhne sollen eine entsprechende Steigerung erfahren.

Da die Metallindustriellen darauf bestanden, daß gleichzeitig über Sachsen und Leipzig verhandelt wird, was die Vertreter der Metallarbeiter entschieden ablehnen, ist es zu weiteren Verhandlungen noch nicht gekommen.

Die Freieinnahme in Gastrop-Kauzel bei Dortmund beschloß, keine Lehrlinge mehr einzustellen, die eine weltliche Schule besucht haben. Die Innung würde ihrem Gewerbe mehr nützen, wenn sie überhaupt keine Lehrlinge mehr beschäftigte. Erstens gibt es im Freisberggewerbe Lehrlinge übergenug, im übrigen aber steht die Kunst der Lehrlingsausbildung bei dieser Innung kaum auf gleicher Höhe wie ihre Abneigung gegen die weltliche Schule.

Wohnung, 200.-Einkaufsmittel am Mittwoch, den 30. Juli, 19 Uhr.
Verammlung aller Beteiligten in Schloßstr. 10, 1. Stock, 2. (Bettlerstr.) „Bürgerklub“ und „Eisenbahn“-Referent: Genosse 2. Brunni, Stellungnahme zur Kreisversammlung. Schreiben aller Genossen ist erforderlich.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Morgen, Montag, Zusammenkunft aller Teilnehmer an der Fahrt mit der schwimmenden Jugendherberge „Götter“ nach Berlin am 19. Uhr im Schauspielhaus des Puppentheaterverbandes, im Gewerkschafts-haus, Encyclopedie-Str. 10, Hof links, Aufgang C.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Morgen, Montag, sind folgende Veranstaltungen: **Wohlfahrt:** Jugendheim Berliner Ede-Verkehr, Müll und Götter. — **Lehr:** Ede, Jugendheim (Kaufhaus), „Götter“ und „Götter“. — **Kassen:** Jugendheim (Kaufhaus), 68. Ede-Verkehr (Kaufhaus). — **Tempelhof:** Jugendheim der Schule Germania, 4.-6. Ede-Verkehr, Arbeitsgemeinschaft: „Das Deutsche Reich“, Referent: Genosse 1. — **Spiel und Sport:** Ab 18 Uhr auf dem Tomteus-Spielplatz (Schloßpark).

Neuer Zusammenschluß.

Die Kupferschmiede entscheiden durch Urabstimmung.

Seit 1 1/2 Jahren werden zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und den Verbänden der Maschinen- und Heizer sowie der Kupferschmiede Verhandlungen geführt, die die Vereinigung aller drei Verbände zu einer Einheitsorganisation zum Ziele haben. Mit dem Verband der Heizer und Maschinen ist noch keine völlige Verständigung erzielt worden, weshalb die Verhandlungen noch fortgeführt werden.

Zwischen dem Verband der Kupferschmiede und dem Metallarbeiterverband sind jedoch Richtlinien vereinbart worden, die gelten sollen, wenn sie von dem Berliner Verbandstag der Metallarbeiter im August und in einer Urabstimmung der Kupferschmiede angenommen werden. Nach diesen im Verbandsorgan der Kupferschmiede veröffentlichten Richtlinien soll der Zusammenschluß am 1. Januar 1931 erfolgen.

Den Mitgliedern des Verbandes der Kupferschmiede wird ihre Mitgliedschaft im Metallarbeiterverband voll angerechnet. Auch in den Unternehmenseinrichtungen werden die Kupferschmiede den Metallarbeitern gleichgestellt. Für etwaige Grenzfälle sind besondere Uebergangsvorschriften vorgesehen.

Der Zentralvorstand des Verbandes der Kupferschmiede hat am 10. Juli eingehend in den Richtlinien Stellung genommen und ihnen zugestimmt. In dieser Sitzung wurde ausdrücklich festgestellt, daß allen Sonderwünschen hinsichtlich der Invalidenunterstützung, der Branchenbildung, der künftigen Behandlung der Tarifverträge usw. weitgehend Rechnung getragen worden ist. Die Annahme der Richtlinien würde also kein Absterben der Berufsorganisation der Kupferschmiede bedeuten, sondern ihr Aufleben im Deutschen Metallarbeiterverband, da alle Garantien gegeben sind für die Weiterführung des Eigenlebens der Organisation der Kupferschmiede. Der Zentralvorstand des Verbandes hat daher eine Urabstimmung für die Zeit vom 4. bis 11. Oktober angelehnt und fordert die Mitglieder auf, sich für den Zusammenschluß mit dem Deutschen Metallarbeiterverband zu entscheiden.

Protest der Versichertenvertreter.

Gegen Abbau der Krankenversicherung.

Die Versichertenvertreter im Betriebskrankenversicherungsbund Berlin und Nachbarorte hielten am 22. Juli in den Pustertälern, Kaiser-Wilhelm-Strasse, gegen den von der Brüning-Regierung beabsichtigten Abbau der Krankenversicherung eine stark besuchte Protestversammlung ab. Müller als Obmann der Versicherten ergründete die Versammlung mit dem Hinweis, daß der bevorstehende Abbau der Sozialversicherung im allgemeinen und der Krankenversicherung im besonderen den schärfsten Widerstand aller Versicherten herausfordere.

Zippel vom Ortsausschuß des ADGB verstand es in seinem Referat, in treffenden Ausführungen den Ernst der gegenwärtigen Situation zu schildern. Die historische Entwicklung der bisherigen Beratungen über eine notwendige Reform der Krankenversicherung ist durch den Gesetzentwurf der Regierung ins Gegenteil verkehrt worden. Statt Auf- und Ausbau fordere die Regierung einen Abbau auf der ganzen Linie. Die Krankenversicherung soll mit herangezogen werden, um das Defizit im Reichshaushalt zu

Die Doggen von Heinersdorf.

Sie hassen ihrem Herrn wehrlose Frauen überfallen.

Im April dieses Jahres gegen 12 Uhr nachts wurde in der Nähe von Heinersdorf ein junges Mädchen von einem Mann, der sich in Begleitung von zwei Doggen befand, angesprochen. Die Unterhaltung verlief in freundlichen Formen — bis der Herr in recht aufdringlicher Weise einen Kuß forderte. Als er sie zu umarmen versuchte und sie ihn von sich stieß, sprang ihr eine der Doggen an den Rücken. Der Mann ließ von dem jungen Mädchen ab und ging seines Weges.

Zur selben Zeit befand sich die Garderobefrau I. — wie gewöhnlich gegen 12 Uhr nachts — auf dem Heimweg nach Heinersdorf. Nicht ganz gewöhnlich war es, daß sie einem Herrn mit zwei Doggen begegnete. Sie sagte sich, der Mann würde wohl seine Hunde spazieren führen. Sie hatte keine Absichten aber lächlich veranlagt. Als er in ihrer Nähe war, versperrte er ihr den Weg in nicht mißverständlicher Weise und legte seine Hand auf ihre Schulter. Sie bat ihn, sie weitergehen zu lassen, sie habe zuhause einen kranken Mann liegen. Er ließ nicht locker, sie versuchte eine Abwehrbewegung, im nächsten Augenblick sah ihr bereits eine der beiden Doggen auf dem Rücken. Sie fiel hin, steckte immer noch um Schonung, der Mann mahnte sie immer wieder zur Ruhe, dann schrie er ihr zu, sie möge das Maul halten; sie leistete, so gut sie konnte, Widerstand; er riß ihr die Kleider vom Leibe und erhob sich schließlich, ohne seine Absicht zu Ende geführt zu haben. Eine Dogge aber hatte die Frau während des Kampfes gebissen.

Die Garderobefrau, der das Unerhörte passiert war, forschte in ganz Heinersdorf, und mit ihr die Polizei, nach einem Manne mit Doggen. Man stieß auf den Hundezüchter R. Er wurde der Frau gegenübergestellt. Sie erkannte ihn wieder an seinem bayerischen Dialekt. Es konnte kein Irrtum sein. Oder sollte etwa noch ein anderer Bayer im Besitz von Doggen sein? Auch das junge Mädchen erkannte den Uebeltäter am Dialekt. R. bestritt, der Täter gewesen zu sein. Es meldeten sich aber noch mehr Zeugen. Der Bayer hatte kurz vor den beiden Zeugen den Hinterrücken des Tatortes befindlichen Lokals gefragt, ob er nicht irgendwo Frauengesellschaft finden könnte. Dieser meinte, in Heinersdorf wäre es schwer, er sollte nach Weihensee gehen. Mit einer ähnlichen Frage wandte er sich an den Chauffeur, und beide Zeugen erkannten nicht nur ihn, sondern auch seine Doggen wieder. Trotzdem bestritt er. Es half ihm alles nichts; unmöglich, daß ein schwacher Mann mit Doggen ausgerechnet an diesem Abend dem Schankwirt, dem Chauffeur und den beiden Mädchen begegnet wäre. Vielleicht wäre es kriminalistisch raffam gewesen, den Vorfall zu rekonstruieren. Man hätte dann gesehen, ob die Doggen in ähnlicher Situation eine dritte Person, gleich ob Mann oder Frau, angefallen hätten. Eine Enschuldigung gab es allerdings für den Angeklagten: er hatte an dem Abend zuviel getrunken. Die Hemmungen waren vermindert, die Gelüste verstärkt; das war auch die Ansicht des Sachverständigen, Sanitätsrats Dr. Leppmann. Allerdings ist der Angeklagte in einem ähnlich legenden Falle bereits einmal freigesprochen worden. Die Berufungsinstanz verurteilte ihn wegen versuchter Notzucht zu einem Jahr einen Monat Gefängnis, unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Er läßt gut, nächstens doch nach Weihensee zu gehen — ohne Doggen!

Schwergeprüftes Europa.

Die unterirdischen Mächte drohen.

Etwas stimmt mit unserem Erdball nicht mehr. Seit einigen Jahren muß nicht nur auf der Erdoberfläche, sondern auch höher in der Luft und tiefer im Erdinneren Entscheidendes vor sich gegangen sein. Es scheinen merkwürdige Prozesse physikalischer, meteorologischer und geologischer Art im Gange zu sein. Man braucht kein scharfer Beobachter zu sein, um bemerkt zu haben, daß das Wetter anscheinend nicht mehr den alten Gesetzen unterworfen ist, wie es früher der Fall war. Die Einteilung des Jahres in vier Jahreszeiten, in Frühling, Sommer, Herbst und Winter, erweist sich oft als unzutreffend. Mancher Hochsommer sieht bei uns herbstlich aus, mancher Winter läßt plötzlich an Frühling denken, und im Mai muß man wärmer angezogen gehen als oft im Dezember. Und in diesem Jahre haben wir es doch erlebt, daß in den ersten Tagen des Juni also in der Frühlingzeit, eine hochsommerliche Hitzeperiode einsetzte. Die wissenschaftlichen Kreise haben längst auf die ungewöhnliche Unstetigkeit des Wetters ihr Augenmerk geworfen, ohne freilich zu einer befriedigenden Erklärung zu gelangen. Es fehlt zwar nicht an Theorien, aber keine ist befriedigend. Gegen Ende des Krieges hat man oft von der Wirkung der schweren Geschütze auf die atmosphärischen Verhältnisse gesprochen. Diese Wirkung erwies sich aber auch noch jahrelang nach dem Friedensschluß als so nachhaltig, das Wetter blieb so unregelmäßig, daß diese Idee ad acta gelegt werden mußte.

Die alte Sonnenfleckenhypothese wurde nun aufgegeben. Diese Hypothese besagt, daß dieses auf der Erde in Abhängigkeit von der Zahl der Sonnenflecke steht. Die Sonnenflecke ihrerseits variieren in vierzehnjährigen Perioden. So könnte man z. B. einen regnerischen Sommer durch Entstehen neuer Sonnenflecken erklären usw. Einige Gelehrte wiesen auf die Verbreitung der Radiowellen als Ursache der auffallenden atmosphärischen Erscheinungen hin. Es läßt sich schwer nachprüfen, was von diesen beiden Möglichkeiten der Wirklichkeit entspricht. Nur eins steht fest: Es ist unmöglich, die meteorologischen Erscheinungen von den Prozessen abzuheben, die unter der Erdoberfläche vor sich gehen. Es liegt äußerst nahe, einen inneren Zusammenhang zwischen diesen zwei, auf den ersten Blick völlig abgetrennten Gebieten zu vermuten. Denn ebenso wie die Meteorologen, werden auch die Geologen vor schwere Aufgaben gestellt, die zu lösen sie heute noch kaum imstande sind.

Das unterirdische Leben hat in den letzten Jahren so an Unstetigkeit zugenommen, weiß solche Unregelmäßigkeiten und eine solche Aktivität auf, daß die Volkseinstimmung ebenso wie die ernste Wissenschaft sich längst beunruhigt fühlen.

Wir denken dabei in erster Linie an die sich immer mehr häufenden Erdbeben von mehr oder minder starken Naturkatastrophen, die sich vor kurzen noch fast ausschließlich auf außer-europäische Länder konzentrierten, die aber in den letzten Jahren immer öfter Europa oder die an Europa grenzenden Gebiete heimsuchen. Man denke nur an die furchtbaren Sturmoberflutungen und Ueberschwemmungen, denen Südfrankreich vor gar nicht langer Zeit ausgesetzt war. Man entsinne sich der in deutschen Landen unerhörten Naturkatastrophe im Gottleubetal in Sachsen vor einigen Jahren.

Weltuntergangstheorien hatten stets, seit die Menschheit besteht, Anhänger gehabt. Die Zahl der Menschen, die an sie glauben, hat sich in den letzten Jahren recht vergrößert, was

Arbeitendes Volk von Berlin!

In einer Zeit schweren Ringens um die Demokratie und die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit ruft die Sozialdemokratie zu einer

großen Kundgebung am Freitag, dem 1. August, pünktlich 19¹/₂ Uhr im Lustgarten.

Währlich scharen sich am 1. August die Klassenbewußten Proletarier Berlins um die rote Fahne der Sozialdemokratie, um gegen die Kriegstreiber zu protestieren. Die diesjährige Kundgebung für Völkerverständigung und Völkerverständigung steht auch im Zeichen des Reichstagswahlkampfes. Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten werden gebeten, zu erscheinen, um gegen die Diffamierung der Reichsregierung Brüning-Trojanus stammenden Protest zu erheben.

Männer, Frauen, Jugendliche! Erscheint in Massen!

Programm.

- Arbeiter-Vaterlandslied Suchsdorf
 - Gesang der Völkler Guggenbühler
 - Kulprache: Arthur Crispian
 - Ich marie dein Uthmann
 - Die Internationale Degayter
- (Deutscher Arbeiter-Sängerbund.)

Sammelplätze:

1. Kreis Mitte. Kronaplatz. Abmarsch 18 Uhr.
2. Kreis Tiergarten und 7. Kreis Charlottenburg. Wilhelmstraße. Abmarsch 18 Uhr.
3. Kreis Wedding. Brunnenplatz. Abmarsch 18 Uhr.
4. Kreis Prenzlauer Berg. Senefelderplatz Ecke Meyer Str. Abmarsch 18¹/₂ Uhr.
5. Kreis Friedrichshain. Rüstener Platz. Abmarsch 18¹/₂ Uhr.
6. Kreis Kreuzberg. Fontanepromenade. Abmarsch 18 Uhr.
8. Kreis Spandau. Abfahrt vom Bahnhof Spandau-West 18.15 Uhr nach dem Lehrter Bahnhof. Abteilung Staaken fährt 18.08 Uhr, Abteilung Siemensstadt 18.25 Uhr vom Bahnhof Fürstenbrunn. Aufstellung des Juges: östlicher Teil des Bahnhofsvorplatzes (Abfahrtsseite des Lehrter Fernbahnhofs). Dasselbst wollen sich die in Berlin arbeitenden Mitglieder einfinden. Marfch durch Wilhelmstraße und weiter wie 2. und 7. Kreis.
9. Kreis Wilmerdorf. 10. Kreis Zehlendorf. 12. Kreis Steglitz. Hausvogteiplatz. Abmarsch 19 Uhr.
11. Kreis Schöneberg. Dönhofsplatz. Abmarsch 19 Uhr.
13. Kreis Tempelhof. Uffsteinhaus. Abmarsch 18¹/₂ Uhr.
14. Kreis Neukölln. Hohenstaufenplatz. Abmarsch 18 Uhr.
15. Kreis Treptow und 16. Kreis Köpenick. Am Köllnischen Park. Abmarsch 18¹/₂ Uhr.
17. Kreis Lichtenberg. Bismarckplatz. Abmarsch 17¹/₂ Uhr.
18. Kreis Weihensee. Berliner Allee Ecke Lehderstraße. Abmarsch 18 Uhr.
19. Kreis Pantoffel. Breite Str., Marktplatz. Abmarsch 17¹/₂ Uhr.
20. Kreis Reinickendorf. Seebad, Reinickendorf-Pl. Abmarsch 17¹/₂ Uhr.

Bezirks - Parteitag!

Auf Beschluß des Bezirksvorstandes findet am **Sonnabend, den 16. August 1930, 19 Uhr,** im Plenarsaal des Preussischen Staatsrats, Leipziger Straße 3, ein

Außerordentlicher Bezirks - Parteitag statt.

Tagesordnung:

1. Referat über: „Demokratie oder Diktatur?“ (Referent wird noch bekanntgegeben) — 2. Aussprache.
3. Aufstellung der Kandidaten für den Wahlkreis 2 Berlin, Wahlkreis 3, Potsdam II (Teltow-Beeskow), Wahlkreis 4, Potsdam I (Niederbarnim).

sicherlich in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Krieg und der schweren Nachkriegszeit steht. Aber nicht nur politische Ereignisse und menschliche Taten verschiedener Art scheinen diese Stimmung zu begünstigen, sondern auch die Natur selbst. Am wenigsten beruhigend können aber Deutungen der Naturkatastrophen wirken, die von gelehrter Seite unternommen wurden. Zwei große Katastrophentheorien sind jetzt im Umlauf, die leider auf einen festeren Boden zu stehen scheinen, als die Theorien der Meteorologen. Vor einigen Jahren hat das Auftreten einiger französischer Geologen allgemeines Aufsehen erregt, die eine längere Forschungsreise auf den Weltmeeren unternommen haben. Durch Beobachtung und Messung des Meeresbodens sind die Franzosen zu dem Ergebnis gekommen, daß

Europa einer riesigen Erd- und Meereskatastrophe entgegensteht,

deren Herd im Atlantik liegt. England, West- und Nordfrankreich sowie die gesamte Nord- und Ostsee küste wurden dabei als die gefährlichsten Zonen für die nächste Zukunft angesehen. Den französischen Geologen kamen russische Kollegen zu Hilfe. Die russischen Geologen gehen von den Beobachtungen aus, die sie in Japan, in der Mandchurei, in den sibirischen Gebirgen, in der Krim und in der Ukraine machen konnten. Diese Beobachtungen scheinen den Schluß glaubhaft zu machen, daß

vom Pazifik und Japan aus eine riesige Erdbebenwelle über den euro-asiatischen Kontinent führt und daß diese Welle sich immer mehr und mehr gegen Westen vorbreitet.

Auf eine Reihe von Tatsachen sich stützend, führen die Russen aus, daß Europa unter die Wirkung tiefgreifender tektonischer Vorgänge geraten ist und daß in der Nähe der alpinen Gebirgspalte, die sich bekanntlich von den Pyrenäen über ganz Europa zieht und mit den Apenninen und Karpaten ein einheitliches System bildet, das weiter nach der Krim und dem Kaukasus führt, eine Reihe von schweren Katastrophen zu erwarten sei. Auch diese Theorie wird fast täglich durch immer neue Tatsachen gestützt und bekräftigt.

Unser schwergeprüftes Europa scheint also, wenn man diesen Theorien Glauben schenken will, Gefahren entgegenzuwandern, die durch menschliche Kraft nicht vermieden werden können. Es bleibt also nur übrig, zu hoffen, daß sich die Wissenschaft irrt, wie es sich manchmal schon gezeigt hat. Vielleicht ist es auch diesmal der Fall. Dr. T.

Neues Volksmuseum in Frankfurt a. M. Ständige Ausstellung für Arbeitsschutz.

Neben dem Deutschen Arbeitsschutz-Museum des Reichsarbeitsministeriums in Berlin und dem Sozialen Landesmuseum in München wird Deutschland demnächst ein weiteres derartiges Museum, die „Ständige Ausstellung für Arbeitsschutz“, in Frankfurt a. M. erhalten. Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene, deren Reichs-Geschäftsstelle sich in Frankfurt a. M. befindet, wird zu diesem Zweck ihre Arbeitsschutz-Sammlung, die die mit dem Beruf verbundenen gesundheitlichen Gefahren und deren Verhütung veranschaulicht, in erheblichem Umfang ausstellen. Die Ausstellung, die etwa 600 Quadratmeter des Erdgeschosses im Haus Offenbach einnimmt und voraussichtlich im kommenden Frühjahr eröffnet wird, zerfällt in zwei Gruppen: der erste Teil behandelt die allgemeinen Grundzüge der Arbeitshygiene, der Gewerbehygiene und der Unfallverhütung; der spezielle Teil ist gewerbehygienischen und unfalltechnischen Fragen der einzelnen Industrien, hauptsächlich der chemischen Industrie, gewidmet.

Der Aufbau der Ausstellung, deren Besuch unentgeltlich sein wird, erfolgt nach modernen Methoden, unter Auswertung der auf der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden gemachten

Erfahrungen. Dort hat die Gesellschaft die arbeits- und gewerbehygienische Gruppe neu geschaffen, die als Wanderausstellung für die mittleren Städte erhalten bleiben wird.

Rückgang im Berliner Fremdenverkehr.

Die Zahl der in der Reichshauptstadt während der ersten sechs Monate dieses Jahres gezählten Fremden weist nach der Berliner Fremdenverkehrsstatistik mit insgesamt 761 840 Personen gegenüber 788 801 im ersten Halbjahr 1929 einen Rückgang um 26 842 Personen oder 3,4 Prozent auf, dessen Ursache in erster Linie in der geringer werdenden Zahl der Besucher aus Deutschland selbst liegen dürfte. Der Auslandsfremdenverkehr ist im Steigen begriffen und mit insgesamt 116 566 Ausländern aus allen Teilen der Welt im ersten Halbjahr 1930 um rund 3100 Personen stärker als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Gewinn durch Radio-Nachnahme erbeiten.

Der Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands e. V. schreibt uns: In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, in denen Firmen mit hoch klingenden Namen Preisauschreiben veröffentlichen. Diese Preisauschreiben sind fast immer so leicht zu lösen, daß eine große Anzahl richtiger Lösungen eintrifft. Der Preis für die richtige Lösung ist fast immer ein Radioapparat, der gegen eine verhältnismäßig hohe Verpackung- und Portogebühr, die voranzuschicken ist, verschickt wird. Wenngleich die Apparate in den meisten Fällen dem Werte entsprechen, ist es doch bedenklich, das Geld voranzuschicken. Erfahrungen mit ähnlichen Firmen haben hier trübe Ergebnisse gezeigt. Es ist deshalb unbedingt ratsam, als Preissträger die betreffende Firma zu bitten, den Gewinn per Nachnahme zu übersenden. Weigert sich die Firma, diesem Wunsch nachzukommen, so ist sicher, daß das Geschäftsgewinnen dieser Firma nicht einwandfrei ist.

Preiswettbewerb!
Beginn: Freitag, 1. August

MAASSEN
DAS SPEZIALHAUS FÜR DAMENKLEIDUNG LEIPZIGER STRASSE 42

Die Julirevolution

1830 - 27. bis 29. Juli - 1930

Als nach Leipzig und Waterloo die Bourbonen „im Trof der verbündeten Heere“ nach Frankreich zurückkehrten, erlegten sie die dreifarbig durch die weiße Kolorade, emfesselten einen weißen Schrecken fondergleichen und zeigten überhaupt den ehrlichen Willen, das Rad der Entwicklung zum Jahre 1789 zurückzudrehen. Aber das ging nicht. Vielmehr zwangen die einschneidenden sozialen und politischen Wandlungen des letzten Viertelfahrhunderts Ludwig XVIII. zur Anerkennung der „Charte“, der Verfassung von 1814, die nicht nur das Verwaltungssystem Napoleons aufrechterhielt, sondern auch die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz verbürgte — keinerlei Privilegien und Vorrechte, es seien denn die des Besitzes! Ludwig XVIII., der lange in England gelebt hatte, war bereit, sich mit einer Rolle als halb absoluter, halb konstitutioneller Monarch abzufinden, aber die Royalisten um ihn, königlicher als der König, unfähig, zu begreifen, daß man trotz allem neunzehntes Jahrhundert schrieb, suchten fanatisch die bescheidenen Ansprüche zu einer Herrschaft der bürgerlichen Klasse wegzuwischen und Junker und Jesuiten zu unbeschränkten Herren Frankreichs zu machen.

Diese „Ultras“ betamen erst recht Oberwasser, als 1824 Karl X., selber der verstoffteste Ultra, seinem Bruder auf dem Thron folgte; seine Losung: „Lieber Holz haßen als nach Art des Königs von England regieren!“ Doch jetzt den Emigranten von einft eine Milliarde Franken als „Entschädigung“ für ihre Liegenschaften hingeworfen wurde, die die Revolution als Rationalist über verzögert hatte, daß der Adel in der Arme und den Klerikern die Bürgerlichen an die Wand quetschte, daß das ganze Volk vor den allenthalben errichteten Missionkreuzen in die Arme sinken mußte, gewahrte die Bourgeoisie mit äußerstem Mißbehagen, aber sobald ihre Wortführer, die Liberalen, in der Kammer neue Siege eroberten, schleuderte das Regime sie jedesmal durch eine Verschlechterung des Wahlrechts zurück, und die Ultras triumphierten desto frecher. Als der gebtete Karl 1829 den Fürsten Polignac, einen ganz ausgekochten Ultra, zum Ministerpräsidenten machte, empfand das esse Volk als bewußte Kriegserklärung an die Tendenzen, die sich nun einmal nicht niederhalten ließen. In der Tat schickte der neue Herr im Mai 1830 die zu wenig botmäßige Kammer nach Hause, und als die Neuwahlen der liberalen Opposition erstlichen Erfolg brachten, antwortete er mit den Verordnungen vom 26. Juli, den sogenannten Ordonnances; abermals Kammerauflösung, wiederum Verschlechterung des Wahlgesetzes und Aufhebung der Pressefreiheit.

Da nach der Charte über die Presseverhältnisse nur durch ein Gesetz, nie durch eine Verfügung entschieden werden konnte, stellten

die Ordonnances einen Verfassungsbruch, einen Staatsstreik dar. Aber die Bourgeoisie nahm den Handschuh auf; selbst Chateaubriand, unzufriedener Konservativer und Bourbonist, rief aus: „Die Charte ist zerrissen. Damit treten wir in den Naturzustand zurück; jeder verteidigt sich, wie er kann.“ Konnte die Bourgeoisie nur siegen, wenn ihr das Volk die Rastanten aus dem Feuer holte, so waren in den Pariser Massenquartieren die Erinnerungen an 1793 leicht zu wecken; auch die soziale Not schürte bei sinkenden Löhnen und steigenden Preisen die Erbitterung gegen das Regime, doch da sich unter der Restauration alles politische Leben auf eine winzige Minderheit, auf die 88 000 Wahlberechtigten, beschränkte, griff gewöhnlich politische Erregung nicht auf die Straße über. Und Pressefreiheit? Was sagte das Wort einem Volk, das in seiner erdrückenden Mehrheit des Lesens nicht kundig war! Aber diesmal verschaffte sich die Bourgeoisie durch geschickten Zug ihr Kanonensfutter. Nicht nur die großen Zeitungsdruckereien entließen, weil sich die Blätter der Zensur nicht beugen wollten, ihr Personal, sondern auch sechsundzwanzig der bedeutendsten Industriefabriken schlossen auf Verabredung ihre Betriebe; damit lagen sechzigtausend Arbeiter auf dem Pflaster, die von selbst mit der bewaffneten Macht zusammenstoßen mußten.

Am 27. Juli gegen drei Uhr nachmittags stiegen in der Nähe des Palais Royal die ersten Schüsse, zwei Stunden später wuchs die erste Barrikade aus dem Boden, in der Dämmerung tauchte die erste blauweiße Fahne auf. Am folgenden Tag entbrannte der Kampf auf der ganzen Linie. Das Militär, befehligt vom Marschall Marmont, der seit 1814 diesen als rüchlofer Verräter an seinem Kaiser galt, war zahlenmäßig schwach und innerlich unsicher. Dazu bot das Paris von 1830, Riesinstadt mit 900 000 Einwohnern, aber mit engen, krummen, winkligen Gäßchen statt der breiten Boulevards und Avenuen von heute, dem Volk das ideale Gelände für eine Straßenschlacht; ein umgestürzter Korren, ein Küchenschrank und ein paar Weiragen, und die unbezwingliche Barrikade war fertig. Auch waren die Tagelöhner, mit denen sich die Auführer bewaffneten, den Militärgewehren fast gleichwertig, und Munition gab es überall; Romantik der Insurrektion: auf öffentlichen Plätzen goß man aus Büffeln und Dachrinnen Flintenkugeln. Der aktiven Kämpfer auf der Seite des Volkes jähzte man nicht allzuviel, aber da alle napoleonische Offiziere und Studenten der Polytechnischen Schule sie führten, und unterschiedslos die ganze Bevölkerung hinter ihnen stand, jernürchte sich an ihrem heldenhafte Widerstand die Truppe. In diesem zweiten Tag bemächtigte sich die Revolution des Rathhauses, der Bank von Frankreich, des Zeughauses und anderer

strategischer Punkte und ließ vom Turm der ehrwürdigen Notre-Dame eine Riesentrotzlore wehen.

Während in dem nahen Saint-Cloud am 28. Juli Karl X. noch feelenruhig morgens die Messe besuchte und abends seine Partie Whist spielte, beschien die aufgehende Sonne des 29. Juli nicht weniger als sechstausend Barrikaden in Paris. Und als mittags der alte Fuchs Tallenrand die Nachricht empfing, daß das 5. und das 88. Infanterieregiment zum Volk übergegangen seien, zog er gelassen die Uhr und bedeutete dem Boten: „Werken Sie sich, am 29. Juli 1830, zwölf Uhr fünf, hat der ältere Zweig der Bourbonen aufgehört, in Frankreich zu regieren.“ So war es, und zum schauerlichen Sinnbild dessen stopfte man einen Toten dieser Kämpfe auf den Thronstiel im erbrochenen Tuilleriesaal.

Die Kunde der Julirevolution schauerte ganz Europa auf. Heinrich Heine jubelte auf Norddey: „Ich bin ganz Freude und Befang, ganz Schwert und Flamme“, und Ludwig Börne, als er sechs Wochen später nach Paris kam, hatte ein Gefühl, als müsse er die Stiefel ausziehen: „Wahrlich, nur darfuß sollte man dieses heilige Pflaster betreten“. Ähnlich war die Empfindung aller freiheitlich Gefinnten des Erdteils, und namentlich die deutschen Liberalen und Demokraten feierten die Pariser Julischlacht als ihren Sieg. Allerdings folgte nur schüchternes Knirschen im Gebälk des deutschen Bundes, und sogar die Pariser Julikämpfer wurden schände um ihren Lohn geprellt. Volksherrschaft? Republik? Nichts da! Die Bankiers, an der Spitze Lafitte, nahmen die Sache in die Hand und nötigten den Franzosen Ludwig Philipp von der jüngeren Bourbonenlinie als „Bürgerkönig“, als „beste Republik“ auf. Die Herrschaft der Großrämer begann mit ihm. „Die Julimonarchie“, soßte es Karl Marx, „war nichts als eine Aktiengesellschaft zur Ausbeutung des französischen Nationalreichums, deren Dividenden sich verteilten unter Minister, Kammern, 240 000 Wähler und ihren Anhang.“ Gleichwohl drehte die Julirevolution mit mächtigem Schwung das Rad der Entwicklung vorwärts, und auf die Dauer blieben die Folgen nicht aus. Seit 1815, seit Wiener Kongreß und Heiliger Allianz, war Europa im starren Legitimus, Despotismus, Patriarchalismus und Feudalismus hoffnungslos eingefroren. Die Julirevolution brachte den Beginn des Tauwetters!

Und dessen sind noch heute, nach hundert Jahren, „les trois glorieuses“, wie sie der Franzose nennt, „die drei glorreichen Tage“, ein Unterpfand: so vergletschert ein politischer Zustand auch sein mag, der Tauwind kommt!

Hermann Wendel.

Karel Čapek: Das Attentat

Rat Tomša hatte es sich gerade an dem Abend recht behaglich gemacht. Er sah gemütlich bei einer Flasche Wein im Klubstiel und las einen spannenden Kriminalroman — als plötzlich draußen zwei Schüsse fielen und von dem Fenster über seinem Kopf Glascherben niederstürzten.

Da tat er dann, was wohl jeder getan hätte. Er wartete einen Augenblick, was weiter geschehen werde, dann dachte er streng nach, was denn eigentlich geschehen sei und erschraf. Er sah nämlich, daß jemand das Fenster durchschossen hatte. Dort, gegenüber, in der Tür, war ein Holzspan abgesprungen, darunter saßte das Geschoß. Der erste Gedanke war, auf die Straße zu laufen und den Kerl mit beiden Händen beim Kragen zu packen; aber wenn man schon bei Jahren ist und gewisse Würden genießt, verläumt man gewöhnlich den ersten Impuls und entschließt sich für den zweiten. Deshalb lief Herr Tomša zum Telephon und rief die Polizei an: „Hallo, schicken Sie schnell jemand her; soeben wurde auf mich ein Attentat verübt.“

„Wo?“ fragte eine verschlafene und gleichgültige Stimme.

„Bei mir“, regte sich Tomša auf, als ob die Polizei an allem schuld wäre.

„Ich werde jemanden zu Ihnen schicken“, sagte die verschlafene Stimme.

Der Herr Rat tobte vor Ungeduld; ihm dünkte es eine Ewigkeit, bis jemand kam. In Wirklichkeit war schon nach 20 Minuten ein besonnener Polizeibeamter bei ihm, der voll Interesse das verschlossene Fenster untersuchte. „Sieben-Willimeter-Kaliber“, sprach der Mann und bohrte mit dem Messer die Kugel aus der Tür. „Schaut aus, als wäre sie aus einer alten Armeepistole. Der Kerl muß auf dem Saun gestanden haben; hätte er auf dem Fußsteig gestanden, so würde die Kugel höher stehen. Das bedeutet, daß er auf Sie gezielt hat.“

„Werkwürdig“, sagte Herr Tomša während, „ich habe beinahe gedacht, daß er mir die Tür treffen wollte.“

„Wer hat es getan?“ fragte der Polizist, ohne sich beirren zu lassen.

„Bezeichnen Sie, daß ich Ihnen das nicht sagen kann; ich habe den Herrn nicht gesehen und konnte ihn deshalb nicht nach seinem Namen fragen.“

„Das ist eine schwierige Geschichte“, meinte der Polizeibeamte friedlich. „Wen haben Sie im Verdacht?“

„Verdacht? Herr, ich habe ja den Kerl nicht gesehen. Und selbst wenn er gewarct hätte, bis ich ihn durchs Fenster eine Kugelhahn zuwerfe, so hätte ich ihn in der Finsternis nicht erkannt. Wenn ich wüßte, wer es war, so hätte ich Sie nicht herbeimüht, meinen Sie nicht auch?“

„Nun ja“, meinte der Beamte beschwichtigend, „aber vielleicht werden Sie sich an jemanden erinnern, dem Ihr Tod willkommen wäre, oder einen, der sich rächen wollte. Sehen Sie, es war kein Raubversuch, ein Räuber schießt nicht, so lange er nicht schießen muß. Vielleicht haben Sie einen Feind.“

Tomša stutzte. Von dieser Seite hatte er die Sache noch nicht betrachtet.

„Ich habe keine Ahnung“, sagte er zögernd und überließ mit einem Blick sein stilles Leben des Beamten und alten Junggesellen. „Wer könnte mich denn so verfolgen? Welcher Seel, ich weiß nicht, daß ich einen einzigen Feind hätte! Rache? Ausgeschossen. Ich habe nie mit jemandem Streit gehabt. Ich lebe ganz zurückgezogen, gehe

nirgends hin, kümmere mich nicht um fremde Angelegenheiten... Was sollte einer an mir rächen wollen?“

Der Polizist justete die Achseln. „Das weiß ich nicht, Herr. Aber vielleicht werden Sie sich bis morgen erinnern. — Werden Sie sich jetzt hier nicht fürchten?“

„Ach nein“, sprach Tomša nachdenklich.

„Werkwürdig“, sagte er bedrückt, als er wieder allein war. Warum, ja warum hat man mich erschießen wollen? Ich bin ja beinahe ein Einsiedler. Ich erledige meine Arbeit im Amt und gehe nach Hause. Ich habe ja eigentlich mit keinem etwas zu schaffen. Warum also will man mich niederschießen? fragte er sich mit wachsender Erbitterung ob dieser Ungerechtigkeits. Allmählich tat er sich selbst leid. „Man raderl sich wie ein Pferd, gännt sich nichts, lebt wie eine Schnecke in ihrem Gehäuse und tracht; einer kommt und will einen niederknallen. Mein Gott, welche Bosheit steckt in den Menschen. Wem habe ich etwas guleide getan? Warum haßt mich jemand so empfindlich, so wahnfinnig?“ — „Es wird vielleicht ein Irrtum sein“, beruhigte er sich, als er am Bettrand saß und einen ausgezogenen Stiefel in der Hand hielt. „Gewiß ist es ein Irrtum in der Person. Der Mensch hat mich einfach für jemand anderen gehalten, auf den er es abgesehen hatte! Ja, so wird es sein“, sagte er erleichtert. „Warum auch sollte mich jemand hassen?“

Der Stiefel fiel dem Herrn Rat aus der Hand. „Nun ja“, erinnerte er sich plötzlich etwas verlegen, „unlänglich habe ich eine recht dumme Sache angestellt, ohne es zu wollen. Ich sprach mit Freund Koubal, und da entschloßte mir eine ungeschickte Anzüglichkeit. Die ganze Welt weiß, daß seine Frau... Er aber liebt sie wie ein Narr. Und ich, ich Idiot, rede so was Blödes.“ Der Herr Rat er-

Sucher

Ihr sucht das Licht und schant,
Dort wo der Aether lachend blaut
Seit der Erde Anbeginn —
Dormäris dorthin!

Wir können nicht, so sehr das Herz sich sehnt
Und sich zu nie geschauten Fernen dehnt;
Wir müssen kämpfend bei den Werkmaschinen stehn,
Hier — wo die Riemlen kreiseln, sich die Räder drehn —
Wir stehn in einem neuen Licht
Der Pflicht!

Wir müssen, was sie uns gebietet, tun
Und können nicht mehr träumend ruhn.
Daß wir die Pflicht bekehren,
Nur ewige Sehnsucht untergeh'n.
Doch wenn dann Stille uns umfängt
Und alles Blut zum Herzen drängt,
Dann peitscht uns der Verachtung eifige Nacht —
Ein stählern Gitter vor der Sonne Pracht — —
Heiß schreit es auf aus dumpfer Qual:
Zerbrich den Stahl!

Christoph Diepicht

innerte sich, wie der Koubal schaute und die Kugel in die Hände grub. „Mein Gott, wie muß ich den Menschen verletzt haben. Ich habe es natürlich gleich zu bemerken versucht, aber wie sich der Kerl dabei in die Rippen biß. Der hat Grund, mich zu hassen“, meinte der Rat betrübt. „Aber er hat sicher nicht auf mich geschossen, das weiß ich, doch ich könnte mich gar nicht wundern, wenn...“

Tomša blickte betroffen zu Boden. „Ober leghin, der Schneider“ erinnerte er sich voll Unbehagen. „15 Jahre habe ich bei ihm nähen lassen, und dann wurde mir gefagt, er sei schwer lungenkrank. Man fürchtete sich natürlich, Kleider zu tragen, die ein Schwindsüchtiger gemacht hat; so habe ich aufgehört, bei ihm arbeiten zu lassen. Und leghin kam er und bat, ich möge ihn doch wieder mit meinem Vertrauen beehren, seine Frau sei krank, die Kinder sollten auf Band. Herr des Himmels, wie blaß der Mann war und wie er schwächte. „Es geht nicht“, sagte ich, „ich war mit Ihnen nicht zufrieden.“ — „Ich werde mich bemühen, Herr Rat“, stotterte er, zitternd vor Angst und Verlegenheit, und beinahe hätte er geweint. Ich habe ihn natürlich mit dem gewissen „Wir werden schon sehen“ fortgeschickt, das die Armen so gut kennen. Der Mensch muß mich hassen, es muß fürchterlich sein, wenn man jemanden ums Leben bittet und so gleichgültig abgefertigt wird.“

Dem Rat wurde immer schwerer ums Herz. „Und peinlich wars auch“, erinnerte er sich, „wie ich unlänglich unseren Diener im Amt beschimpfte. Ich brüllte ihn an wie einen Leuten, vor Leuten nach dazu: „Was ist das für eine Ordnung“, schrie ich. „Sie Idiot, ich sollte Sie hinauswerfen“ — und dann habe ich den Akt, den ich suchte, in der eigenen Schublade gefunden! Und der Akt hat nicht gemüßt, hat mir gezittert und mit den Augen gewinkelt.“

Tomša konnte nicht liegen bleiben; sogar die Decke bedrückte ihn. Er saß auf dem Bettrand, hielt seine Arme umschlungen und starrte in die Nacht. Und ein anderes Gesicht tauchte vor ihm auf. Das blaße, aufgedunsene des Kollegen Wankl. „Der Arme! Bürovorstand wollte er werden statt meiner; es wäre für ihn ein paar hundertter jährlich mehr gewesen. Er hat sechs Kinder und ein böses Weib; die ist so furchtbar mager und zänklich vom ewigen Sporen. Mittags würgt sie nur eine trockene Semmel hinunter.“

Tomša versank in Gedanken. „Ich habe ihn überprüngen, weil er ein so schwerfälliger Arbeiter ist. Sonderbar muß ihm das scheinen, daß ich ohne Familie mehr verdiene als er, aber kann ich dafür?“ Der Herr Rat rieb sich die Stirn, die vom Angstschweiß feucht war.

„Ja, und unlänglich, da hat mich ein Kellner um ein paar Kronen betrogen. Ich habe den Wirt gerufen und der hat den Kellner auf der Stelle entlassen. „Sie Dieb“, hat er geschrien, ich werde schon dafür sorgen, daß Sie sobald nicht einen anderen Posten bekommen.“

Der Herr Rat konnte es im Bett nicht mehr aushalten; er setzte sich wieder in seinen Klubstiel und nahm die Hörer des Radios. Aber das Radio war stumm, die Nacht war stumm, es waren die stummen Stunden der Nacht. Und der Herr Rat stützte den Kopf in die Hand und dachte an alle die Menschen, denen er jemals begegnet war, an die seltsamen und kleinen Leute, die er niemals verstand und an die er sonst nie dachte.

Am nächsten Morgen ging er zur Polizei. Er war ein wenig bleich und verlegen. „Nun“, fragte ihn der Inspektor, „haben Sie schon einen Verdacht?“

Der Herr Rat schüttelte verneinend den Kopf. Dann sagte er unsicher: „Es gibt nämlich so viele, die es sein könnten, so viele, daß...“ Er machte eine hilflose Handbewegung. „Man weiß gar nicht, wie viel Menschen man verletzt. Lassen wir die Sache ruhen.“

(Deutsch von Anna Kurebnick.)

Zucker oder Zeitungspapier?

Von Privatdozent Dr. C. Weygand-Leipzig

Von Herrn Owen D. Young haben wir vor kurzem gehört, daß unser Land zwar „seine großen Reserven an dem habe, was man im allgemeinen als Rohstoffe bezeichnet“, daß wir dagegen in hohem Maße über einen Rohstoff verfügen, der in der Weltwirtschaft wenig berücksichtigt wurde, nämlich die Fähigkeit zur wissenschaftlichen Forschung und das Geschick, sie in der Güterproduktion anzumenden und zu organisieren.

Vielleicht ist es nicht jedem, der so und so viel Millionen von Zeitungslern ständig gegenwärtig, daß selbst der Rohstoff für ihr Zellblatt, das Holzpapier, zum guten Teil aus ausländischen Hölzern hergestellt werden muß. Denn man kann leider nicht aus jedem Holz billiges Papier machen; in unserem Klima sind es überhaupt nur drei Bäume, die schnell genug wachsen: Buche, Kiefer und Fichte, und fast nur die Fichte liefert heute das frogsche Ausgangsmaterial.

Die Holzfasern der Buche und der Kiefer sind zu kurz, das Kiefernholz ist außerdem zu harzreich, leider, denn bekanntlich ist die Kiefer von allen die genügsamste und daher auch die billigste. Das heißt nun nicht, man könnte aus Buchen- oder Kiefernholz überhaupt kein Papier herstellen, nötigenfalls würde das schon möglich sein, solange indessen noch Fichtenholz in ausreichender Menge zu haben ist, wird man sich kaum dazu entschließen. Aber nicht nur die Technik, auch die Forstwirtschaft, die gegenwärtig in einer wenig beneidenswerten Lage ist, hat dabei ein Wort mitzureden; die Papierfabriken wollen nicht gar zu dicke, astfreie, gerade Fichtenstämme, der Holzabfall an Knäueln und Keften — bekanntlich bei der Fichte nicht gering — findet keine Verwendung. Holzabfall läßt sich gerade heute bei uns schwer absetzen, nach dem die Holzverarbeitungsindustrie, die bis vor wenigen Jahren den technisch wichtigsten Holzgattungen, daneben Aceton und Essigsäure lieferte, durch ein rein chemisches, großtechnisches Verfahren immer mehr verdrängt wird, das mit der Kohle und Wasser als Ausgangsmaterialien und — als Beförderer der Feind des Guten — viel blüher arbeitet.

Man kann an diesem Beispiel erkennen, wie in einem verwickelten Wirtschaftskörper die Entdeckung neuer, billiger Methoden nicht nur ökonomische Fortschritte mit sich bringt, vorübergehend kommt es auf anderen Gebieten zu Abwärtsschwingungen, deren Lösung nicht immer einfach ist. In unserem Falle gibt es grundsätzlich zwei Wege: entweder man versucht, auch das Abfallholz noch auf Papier zu verarbeiten, oder wenigstens Pappe daraus zu machen — aber man findet einen ganz neuen Verwendungszweck, für den die äußere Form des Rohstoffes weniger wichtig ist als seine innere Zusammenfassung.

Ein Weg wäre der erste Weg schon gangbar. Aber das Papier aus Abfallholz würde, wie gesagt, sicher teurer und wohl auch schlechter sein als das leihige. Man würde sich fragen müssen, ob es dann nicht ebensogut oder schlecht mit dem Kiefernholz ginge, und das hieße wieder: noch mehr Abfall. Die heute nach billige schwedische und polnische Fichte wäre ständig ein schwer zu ertragender Konkurrent, es sei denn, man legte hohen Schutz auf die Einfuhr.

Auch der zweite Weg ist in der eigentlichen Praxis noch unerprobt, wenn auch längst dem Veruchsstadium erwachsen: mehr als die Hälfte vom Trockengewicht der Holz besteht aus reiner Zellulose, und Zellulose oder Zellstoff läßt sich heute schon fast ohne Verlust auf chemischem Wege in Traubenzucker überführen. Traubenzucker ist zwar nicht so süß wie Rüben- oder Rohrzucker, und er soll auch nicht etwa diesen verdrängen, er soll vielmehr als Viehfutter die Kartoffel oder ausländische Futtermittel zum Teil ersetzen helfen. Die Futterkartoffel hat einen großen wirtschaftlichen Fehler; beim Transport schleppt sie nämlich vier Fünftel ihres Gewichtes an wertlosem Wasser mit, der Traubenzucker dagegen ist ein ideal konzentrierter Nährstoff von höchsten Qualitäten. Nun ist zwar in der Kartoffel ein wenig Eiweiß, im Körnerfutter noch mehr, im Zucker dagegen keins, aber hier greift eine wichtige neue Erkenntnis der Nahrungsmittelforschung vermittelnd ein: wir erinnern uns, daß man im Krieg gezwungenermaßen das Weizen- und Roggenmehl sehr weitgehend ausnahmte, so daß die eiweißreiche Aste mehr oder weniger vollständig mitverworfen wurde, und man ist zeitweise so weit gegangen, zu fordern, daß ganz allgemein überhaupt das ganze — enthäutete und geschälte — Getreide Korn zum „Vollkornbrot“ verarbeitet werden sollte. Es ist indessen noch der Ansicht hervorragender Ernährungsphysiologen recht unsicher geworden, ob man damit wirklich ökonomisch handeln würde.

Es gibt heute schon zwei Verfahren, um aus dem Holz, aus Abfällen natürlich, den Traubenzucker zu gewinnen: eine ältere von Bergius, dessen Prinzipien genau bekannt sind, und das nun in Stettin im großen erprobt werden soll, und ein neueres, das auf dem gleichen chemischen Prinzip ruhende Lornesch-Verfahren, benannt nach der Hofsteiner Spiritbrennerei gleichen Namens, dessen Einzelheiten noch geheimgehalten werden. Es soll einige nicht unwesentliche Vorzüge vor dem Bergius-Verfahren besitzen, vor allem deshalb, weil es mit sehr viel weniger Salzsäure arbeitet, deren Trennung vom Zucker einer der schwierigsten Punkte ist. Scheinbar legt man es beim Lornesch-Verfahren darauf an, den Zucker auf Spiritus weiterzuverarbeiten, weniger darauf, ihn in fester Form zu fästern, aber auch in diesem Falle geht es um das gleiche Problem, den Erfolg der Kartoffelstärke durch die Holzcellulose.

Selbst wenn man nun einwendet, daß das jetzt mit Futterkartoffeln bestellte Land nicht ohne weiteres für anspruchsvollere Nährpflanzen verwendet werden könnte, so daß man dabei nichts eigentlich gewinnen würde, so könnte zunächst der Holz Zucker aus Abfallholz doch wenigstens die Einfuhr an Gerste und Mais, auf die wir heute noch angewiesen sind, überflüssig machen — und schließlich könnte es auch nichts schaden, wenn man einen gewissen Teil des Kartoffellandes in Waldflächen umwandelte, denn wenn wir auch noch einigermaßen ausgedehnte Waldgebiete haben, so können wir aus mancherlei Gründen einen Zuwachs wohl gebrauchen. Für die Holzverwertung ist es nun ganz gleichgültig, ob Buche, Kiefer oder Fichte das Ausgangsmaterial liefern, ihr kommt es nur auf die Zellulose als solche an, nicht auf die Länge der Fasern.

Ebenso wichtig, aber der Lösung ferner ist ein drittes und letztes Holzproblem: Sowohl bei der Papierfabrikation als auch bei der Holzverwertung fließt nahezu die Hälfte des Gewichtes ungenutzt, denn Holz besteht in der Hauptmenge aus zwei Stoffen, der Zellulose und dem sogenannten Lignin. So leidlich wir mit der ersten Beschäftigung wissen, so dunkel ist uns noch das Lignin, nicht nur wissenschaftlich, sondern vor allem technisch; es liegt da ein fast einzigartiger Fall vor; denn das rätselhafte Lignin ist eine so hochorganisierte Substanz, daß man sicher eines Tages dahinter kommen wird, was man damit anfangen könnte, um es nutzbar zu machen — heute ist es günstigenfalls gerade gut oder schlecht genug als Brennmaterial, wenn es nämlich nicht überhaupt einfach verloren gegeben werden muß.

Aber die chemische Industrie hat schon einmal vor einem ähnlichen Problem gestanden, bevor man wußte, was für ein unerlässliches Düngemittel die Kalisalze sind, die man in Stassfurt fortkräumen mußte, um zum Steinsalz zu kommen, schüttete man sie achtlos auf die Halben, nannte sie Abraumsalze und war ihnen wenig gewogen — heute heißt man sie Edeksalze und zieht aus ihnen den vielfachen Gewinn.

Vorläufig fließt nun in Deutschland noch eine volle Million Tonnen Lignin jährlich, etwa ebensoviel wie die gesamte Zellstoffproduktion beträgt, mit der sogenannten Sulfitablauge in die Flüsse und erzeugt dort wenig Freude bei den Fischen. Wird es anders werden — wir müssen es hoffen und dürfen es auch, die Zellstoffindustrie ist jung und also auch das Ligninproblem. Denn der älteste und heute noch unentbehrliche Werkstoff der Menschheit, das Holz, ist erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit ein „Rohstoff“ der chemischen Technik. Wenn auch die hübsche Zukunftsvorstellung, daß der Zucker zum Morgenkaffee und die Morgenzeitung dem gleichen Fichtenbaum entstammen, sich nicht im vollen Umfang verwirklichen wird, die moderne Chemie wird das Problem der Holzverwertung nicht mehr fallen lassen.

Die ältesten Inschriften

Die ältesten Inschriften, die überhaupt bisher gefunden worden sind, wurden bei den deutschen Ausgrabungen in Uruk-Warka in Mesopotamien, dem heutigen Königreich Irak, ans Licht gezogen. Darauf weist der Leiter der Expedition, Dr. Julius Jordan, in einem Aufsatz der „Unsicht“ hin, in dem er dieses wichtige Unternehmen behandelt. Uruk, das biblische Erech, das von den Griechen Erech genannt wurde, war die größte sumerische Stadt, die als Herrscherin jenes sagenhaften Königs Gilgamesch galt, von dem das berühmte Gilgamesch-Epos handelt. Es war eine Siedlung mit hoher Zivilisation, mit weiten Märkten, breiten Straßen und großen Tempeln, zu denen feierliche Prozessionen stattfanden. Verehrt wurden hier hauptsächlich die Göttin Inanna und der Himmelsgott Anu. Bei den Grabungen auf dem 5000 qm ausgedehnten Arbeitsfeld konnten fünf zeitlich weit auseinanderliegende archaische Perioden festgestellt werden, die einen Einblick in die sumerische Kultur während des vierten und der ersten Hälfte des dritten Jahrtausends gestatten. Während man in der ältesten, der fünften Schicht, die Reste eines monumentalen Tempelbaues aus allerfrühester Zeit feststellte, stieß man in der vierten Schicht auf die ersten Inschriften. Diese ältesten Zeugnisse dieser Art sind noch reine Bäder auf Tonplatten und geben einfachste Begriffe wieder, die irgendeine Beziehung zum Tempelbau ausdrücken müssen. Diese Schicht muß ebenso wie die fünfte in das vierte Jahrtausend gesetzt werden, so daß wir also hier Inschriften vor uns haben, die weit über 5000 Jahre alt sind.

Die Erdbebengürtel der Erde

Das älteste Erdbeben, von dem wir sichere Kunde haben, hat sich in derselben Gegend ereignet, die jetzt wieder von einer so furchtbaren Katastrophe heimgesucht wurde. Auch damals war es die Umgegend von Reapel, das Vulkangebiet des Vesuv, auf dem sich 79 n. Chr. jenes furchtbare Unglück ereignete, das der ältere Plinius so meisterhaft geschildert hat. So hat Südbabylon in der Geschichte der Erdbeben stets eine tragische Rolle gespielt. Nach den Statistiken des bekannten Erdbebenforschers Professor Sieberg wird das Apenninengebiet jährlich von 184 Beben ergriffen, die aber glücklicherweise in der Hauptsache ziemlich unbemerkt vorübergehen und nicht solche grausigen Folgen haben wie die letzte. Wir hören heute so oft von diesen Erschütterungen der Erde, daß sich die Ansicht verbreitet hat, die Zahl der Beben habe in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Das ist aber keineswegs der Fall, sondern es sind nur die viel besseren Registriermöglichkeiten, die uns heute gestatten, auch die kleinsten Erderschütterungen mit unseren Rezhnstrumenten aufzuzeichnen. Dadurch wissen wir heute, daß in jeder Stunde eine ganze Menge Erdbeben passieren; an die 9000 werden jährlich

Der Potental und die Julirevolution

Als am 26. Juli 1830 in Paris die Revolution ausbrach, nahmen alle Staaten Europas an den Ereignissen in Frankreich lebendigen Anteil. Mit ganz besonderem Interesse verfolgten die Bewohner des kleinen Herzogtums Braunschweig diese Volkserhebung, und zwar aus zwei Gründen: Erstens, weil sie mit ihren Fürsten auf so gespanntem Fuße standen, daß auch bei ihnen eine Revolution nicht ausgeschlossen war, und zweitens, weil ihr Herzog damals gerade in Paris sich aufhielt und somit den Zustand mit eigenen Augen verfolgen konnte.

Da drängte sich uns die Frage auf: Was wollte der Herzog in Paris, wo es doch in seinem eigenen Lande garte? Um es kurz zu sagen: Er wollte seinen Oegnern ein Schnippen schlagen. Seine Feinde, allen voran sein früherer Vormund, König Georg IV. von England und Hannover, sowie dessen hannoverscher Premierminister Graf Münster, hatten beim Bundesstag in Frankfurt gegen den Herzog Klage erhoben wegen unrechtmäßiger Regierungshandlungen. Nach langem Zögern folgte der Bundesstag endlich einen Beschluß, in dem der Herzog aufgefordert wurde, zu Kreuze zu ziehen. Der Herzog wollte nun den Kopf aus der Schlinge ziehen; er verlangte, der Beschluß solle ihm persönlich zugestellt werden. Um das den in Frankfurt versammelten Vertretern der deutschen Fürsten unmöglich zu machen, reiste er nach Paris.

Als der Herzog einige Wochen in Paris sich aufgehalten hatte, brach hier am 26. Juli 1830 die Revolution aus, die unter dem Namen Juli-Revolution bekannt ist. Der Herzog hatte also Gelegenheit, einen Volksaufstand aus nächster Nähe kennenzulernen und konnte daraus Lehren ziehen. Er hatte aber den Ernst der Situation nicht erfaßt und benahm sich wie ein Wallenfisch, der zum ersten Male aus seiner Anstalt herauskommt und in die Welt tritt. Er betrachtete den Zustand wie ein Theaterspiel.

Der Herzog mietete sich einen Landauer. Um das aufgeregte Volk besser beobachten zu können, setzte er sich mit seinem Adjutanten, Major Grabau, auf das zurückgeschlagene Verdeck des Wagens. Mit großen Operngläsern verfolgten sie das Gedähen der Aufständischen, zunächst auf der Straße und darauf in einem großen Volksgarten, wo Reden gehalten wurden. Ein französischer Offizier machte den Herzog auf das aufreizende und gefährliche seines Betrages aufmerksam. Der Herzog hörte nicht darauf. Erst das Pfeifen der Kugeln demag ihn, in sein Hotel zurückzukehren. Hier setzte er sich auf die Fensterbank, ließ seine Beine über die Fensterbrüstung hinhängen und nahm wieder sein Opernglas.

registriert, und von diesen sind etwa 5000 je Tag. Solch sie in der Nachbarschaft des Ursprungs beobachtet werden können; nur ganz wenige sind allerdings so heftig, daß sie Häuser einstürzen und Menschenopfer fordern. Während man vor 30 Jahren noch wenig über die Verteilung der Erdbeben auf dem Erdball wußte, kann man heute die eigentlichen Erdbebengürtel und -gürtel auf unserem Planeten ganz genau angeben. Das erdbebenreichste Gebiet ist Chile, und dort besonders das Atacama-Tief, das durchschnittlich 1000 Beben im Jahr und 21 Proz. aller Beben auf der Erde aufweist. An zweiter Stelle steht Japan mit 431 Beben, die 9 Proz. der Gesamtziffer betragen und von denen 5 Proz. schwerer verlaufen. Dann folgt die ostafrikanische Rifzone mit jährlich 300 Beben, und danach kommen die Dinarischen Alpen mit 194 Beben und das Apenninengebiet. Auch die Berggengen von Thrazien und Bulgarien werden häufiger von Erschütterungen heimgesucht, durchschnittlich 169 Beben im Jahr. Kleinasien und die Ionischen Inseln 145, von denen 3,1 Proz. schwerer sind. Es gibt aber auch Zonen, die von Erdbeben fast völlig verschont werden. Zu diesen glücklichen Ländern gehören Deutschland und England, wo das Auftreten einer allgemein spürbaren Erschütterung zu den größten Seltenheiten gehört.

Sehr deutlich zeichnen sich auf der Erdoberfläche gewisse Erdbebengürtel ab, die über die Zonen mit großen Erdbeben und besonderen Meerestiefen verteilt sind. Ein solcher Gürtel ozeanischer Tiefe begrenzt die beiden Amerika, führt an der asiatischen Küste bis zum Ostindischen Archipel entlang und setzt sich bis nach Neuseeland fort; er umgibt also den Stillen Ozean, das größte Meer, das die Hälfte der Erde bedeckt. In diesen Meerestiefen haben häufig Erdbeben ihren Ursprung. Die Länder, die daran grenzen, besitzen Bergketten, unter denen einige sind, wie die Anden, die zu den höchsten der Welt gehören. Hier sind die Erdbeben besonders heimlich. Ein Tief, nördlich von der Insel Neu-Guinea, ist ein aktives Gebiet dieses Erdbebengürtels im Stillen Ozean, und von dort dehnt sich westwärts ein zweiter Gürtel aus, der durch Java, Sumatra und die Bai von Bengol nach dem Himalajagebirge führt. Vom Himalaja wendet sich der Erdbebengürtel westwärts durch Persien und Kleinasien nach Griechenland, Italien, Spanien und nach dem östlichen Atlantischen Ozean; er kreuzt diesen Ozean nicht, obwohl Erdbebengebiete auf der anderen Seite, nördlich und südlich des karibischen Tiefs, erscheinen. Das Becken des Atlantischen Ozeans unterscheidet sich von dem des Stillen Ozeans dadurch, daß es eine verhältnismäßig ruhige Gegend ist, was die Meerestiefen, die Höhe der Gebirgsfetten, die Tätigkeit der Vulkane und die Häufigkeit der Erdbeben anzeigt. Im Becken des Atlantischen und Indischen Ozeans gibt es nur wenige verstreute Erdbebengürtel, und es gibt einen tätigen Gürtel, der sich von dem anderen dadurch unterscheidet, daß er mit keinem ozeanischen Tief verbunden ist. Das ist der afrikanische Erdbebengürtel, der sich vom Mittelmeergürtel in Palästina abzweigt und durch Ostafrika zum Kap der guten Hoffnung erstreckt.

Echte und unechte Akazien

Es gibt wenig Pflanzengattungen, die sich in so zahlreiche Arten gespalten haben, wie die unter der Gesamtbezeichnung „Acacia“ zusammengefaßte Gattung der Leguminosen, deren Name von der griechischen Wurzel, aka, d. h. Spitze, abgeleitet ist, weil der stachelige Stamm ein Charakteristikum bestimmter Mitglieder der Baumfamilie ist. An die 450 Spielarten der Akazienfamilie gedeihen in wärmeren Gegenden, besonders zahlreich in Afrika und Australien, wo sie typische Erscheinungen der Wüsten, Steppen- und Buschflora bilden. Mehrere dieser tropischen oder subtropischen Akazienarten liefern durch eine chemische Umwandlung der Zellwände die allgemein als arabisches Gummi bekannte Gummisorte. Die gerbstoffreiche Rinde vieler Arten wird wie die Fruchtstücke zum Gerben und Schwarzfärben benutzt, während das als Eisenholz bekannte Holz mancher australischen Arten als Material für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte Verwendung findet. Was man gemeinhin als Akazie bezeichnet, ist die unechte Akazie, die „Robinie“, die den wissenschaftlichen Namen „Robinia Pseudoacacia“ führt, und deren wahrnehmende weiße oder rötliche Blüten zur Herstellung eines geschätzten Sorbets gebraucht werden. Der schöne Baum mit den unpaarig gefiederten Blättern und den stark aromatischen Schmetterlingsblüten in überhängenden Trauben wurde um 1600 aus seiner nordamerikanischen Heimat von Jean Robin nach Frankreich gebracht und verbreitete sich rasch über ganz Mitteleuropa.

Am Tage vorher hatte er sich über einige Engländer lustig gemacht, die aus Furcht vor der Revolution geflüchtet waren. Deht wurde auch ihm der Boden unter den Füßen zu heiß. Er ließ durch einen Maler schleunigst das herzogliche Wappen von seinem Reisewagen entfernen und schickte seinen Adjutanten hin, die Pässe zu besorgen. Aber es war schon zu spät; ordnungsgemäß konnte er Paris nicht mehr verlassen. Der Paß wurde verweigert, der schöne Wagen konnte nicht benutzt werden, da die Straßen durch Barrikaden gesperrt waren, und einen Fürsten hätten die Aufständischen ohnehin nicht leicht aus der Stadt entweichen lassen.

So mußte Karl seine herzogliche Würde vertauschen und einige Stufen heruntersteigen in der Rangordnung der Gesellschaft. Als einfacher Arbeiter verkleidet, den Kopf auf einem Strohdach über der Achse tragend, schlüpfte er zur Stadt hinaus. Um sich noch mehr unkenntlich zu machen, hatte er seinen Schnurrbart abrasiert. Sein Adjutant und ein Jäger begleiteten ihn, auch verkleidet, der eine 100 Meter vor ihm, der andere in gleicher Entfernung hinter ihm. Sie schlugen die Richtung auf Brüssel ein.

Da der Herzog keinen Paß hatte, so konnte er nur durch eine List über die belgische Grenze kommen. Er schloß sich einem Oeffenhändler an, half diesem sein Rindvieh über die Grenze treiben und kam so als Oeffentlicher glücklich in Belgien hinein. In Brüssel wollte der Herzog sich von seinen Strapazen erholen, um sich dann nach England zu begeben. Aber am Tage nach seiner Ankunft, den 15. August 1830, brach auch in Brüssel ein Volksaufstand aus. Daher lehrte der Herzog dieser Stadt schnell den Rücken, verzichtete auf die Reise nach London und wandte sich direkt nach Braunschweig. Am 17. August 1830, morgens 7 Uhr, kam er in seiner Hauptstadt an, immer noch verkleidet, so daß der Oberstallmeister v. Ogenhausen ihm im Schloßhofe den Weg verperrnen wollte; v. Ogenhausen entschuldigte sich damit, daß er Hoheit für einen Studenten gehalten habe.

In Braunschweig erlebte der Herzog nun bald die dritte Revolution, die aber für ihn kein Schauspiel war, sondern bittere Wirklichkeit. Am 6. September 1830 begannen die Unruhen und am 7. September flüchtete der Herzog aus Braunschweig, und er hat seitdem seine Hauptstadt nie wiedergesehen.

Herzog Karl wurde bald darauf für dauernd regierungsunfähig erklärt und starb am 18. August 1873 in der Stadt Genf, der er kein Vermögen von etwa 20 Millionen Franken vermacht unter der Bedingung, daß sie ihm ein prunkvolles Reiterstatuett setze. Heinrich Busch-Hamburg.

Wochenprogramm des Berliner Rundfunks.

Sonntag, 27. Juli:

6.30: Funkgymnastik. 7: Blasorchesterkonzert. 8: Für den Landwirt. 8.50: Morgenfeier. Anschließend Glockengeläut des Berliner Doms. 10.05: Wettervorhersage. 11: Schallplattenkonzert. 11.30: Elternstunde. 12: Mittagskonzert. 14: Jugendstunde. 14.30: Sportvorschau des Sonntags. 14.50: Mandolinen-Orchesterkonzert. 15.35: Bunte Geschichten von Hermann Linden. 16: Gesangs-vorträge. Anschließend Besoni-Konzert. 16.40: Programm der Aktuellen Ab-teilung. 17.45: Nachmittagskonzert. 18: Aus Leipzig: „I. 70 1915“, Hörspiel von Ringler. 18.30: „Die Löwenjagd“ von Ludwig von Wohl. 19.20: Jazz-Stunde. 20.20: Bekanntgabe der Sportnachrichten. 20.30: „Quer durch Berlin“, Funkbearbeitung einer Posse von H. Salinger. Danach Tanzmusik.

Montag, 28. Juli:

6.30: Funkgymnastik. Anschließend Frühkonzert. 12.30: Wettermeldungen für den Landwirt. 14: Schallplattenkonzert. 15.20: Student und Studentin. 15.40: Vincent van Gogh zum 40. Todestage. 16.05: Deutsche Urwaldlieder in Brasilien. 16.30: Unterhaltungsmusik. 17.40: Jugendstunde. 18: Der Nieder-zug der Weltkonjunktur. 18.30: Gesänge. 18.45: Thesen-Diskussion. Fleisch-lose Kost oder gemischte Kost? 19.15: Cellovorträge. 19.30: „Wahre Ge-schichten“ von Lukian. 20: Populäres Orchesterkonzert. Danach Tanzmusik.

Dienstag, 29. Juli:

6.30: Funkgymnastik. Anschließend Frühkonzert. 12.30: Die Viertelstunde für den Landwirt. 14: Schallplattenkonzert. 15.20: Konflikte des heutigen Familienlebens. 15.40: Die Kunst der Rezitation. 16.05: Schachstunde. 16.30: Aus Leipzig: Orchesterkonzert. 17.30: Jugendstunde. 18: Stunde mit Böckers. 18.30: Erich Kästner liest seine Novellen. 18.55: Drei Minuten vom Arbeitsmarkt. 19: Unterhaltungsmusik. 20.30: Wovon man spricht. 21: Kammer-musik.

Mittwoch, 30. Juli:

6.30: Funkgymnastik. Anschließend Frühkonzert. 12.30: Wettermeldungen für den Landwirt. 14: Schallplattenkonzert. 15.20: Das Mädchen von heute als Mutter von morgen. 15.40: Das Geheimnis der Schwere. 16.05: Programm der Aktuellen Abteilung. 16.30: Pflanz-Lieder. Anschließend: Zur Unter-haltung. 17.30: Städtebauliche Probleme. 17.55: Jugendstunde. 18.15: Alexander Salomonica liest eigene Novellen. 18.40: Unterhaltungsmusik. 19.35: Drei Minuten vom Arbeitsmarkt. 19.40: Das Nebenher im Sport. 20: Wien-Paris. Aus Operetten zweier Nationen. Danach Tanzmusik.

Donnerstag, 31. Juli:

6.30: Funkgymnastik. Anschließend Frühkonzert. 12.30: Die Viertelstunde für den Landwirt. 14: Schallplattenkonzert. 15.20: Die Malerinnen des 19. Jahrhunderts. 15.40: Zum Todestage Franz von Liszt. 16.05: Bach-Konzert. Anschließend Gesangsvorträge. 17.30: Jugendstunde. 18: Tierisches und menschliches Handeln. 18.30: Praktische Sozialpolitik. 19: Chorgesänge. 19.30: Das Interview der Woche. 19.55: Drei Minuten vom Arbeitsmarkt. 20: Unter-haltungsmusik. 20.30: Zeitberichte. 21.10: Eine Stunde Italien. Danach Tanz-musik.

Freitag, 1. August:

6.30: Funkgymnastik. Anschließend Frühkonzert. 12.30: Wettermeldungen für den Landwirt. 14: Schallplattenkonzert. 15.20: Die berufstätige Frau und das Kind. 15.40: Dahlien. 16.05: Das Wochenende — ein Verkehrsproblem. 16.30: Aus Breslau: Konzert von Grieg. 17.30: Jugendstunde. 17.50: Das neue Buch. 18: Aus der Werkstatt der Sprache. 18.30: Programm der nächsten Woche. 18.55: Drei Minuten vom Arbeitsmarkt. 19.05: Unterhaltungsmusik. 20: Die Autobiographie. 20.30: Orchesterkonzert. 22.30: Abendunter-haltung.

Sonnabend, 2. August:

6.30: Funkgymnastik. Anschließend Frühkonzert. 12.30: Wettermeldungen für den Landwirt. 14: Schallplattenkonzert. 15.20: Jugendstunde. 15.45: Medi-zinisch-hygienische Pfänder. 16.05: Wellenfahrer und Wellenschüler. 16.30: Aus Leipzig: Nachmittagskonzert. 17.40: Sportliche Improvisationen. 18: Die Erzählung der Woche. 18.25: Die Revolutionen des Jahres 1848. 18.50: Schall-plattenkonzert. 19.10: Programm der Aktuellen Abteilung. 19.30: Unter-haltungsmusik. 20.30: Kabarett: „Saison-Ausverkauf“. Danach Tanzmusik.

Königswusterhausen.

Sonntag, 27. Juli:

Ah 6.30: Übertragung aus Berlin. 18.30: Der Breitengrad 9 (Anquator). 19: Einführung in deutsche Meisteroper. 19.30: Jakob Martin Dolata liest eigene Dichtungen. 20: Deutschlandsender: Aus Hamburg: Lortzing-Abend. Anschließend Übertragung aus Berlin.

Montag, 28. Juli:

16: Schallplattenkonzert. 16.30: Aus Berlin: Nachmittagskonzert. 17.30: Der Unterricht in der ländlichen Mädchenfortbildungsschule. 18: Solo-Violine. 18.30: Große Parlamentarier. 19: Bilder aus der Tätigkeit der Reichsmarine. 19.25: Stunde des Landwirts. 20: Deutschlandsender: Konzert. 20.30: Aus Breslau: „Musik“. Ein Hörbericht für Musik von Szuka. 21.30: Aus Breslau: Hans Marr spricht. Anschließend Übertragung aus Berlin.

Dienstag, 29. Juli:

16: Lebensformen im kindlichen Spiel. 16.30: Aus Leipzig: Nachmittags-konzert. 17.30: Biologische Ferienparzelle am Ostseestrande. 18: Woh-nung und Polizei. 18.30: Kulturkunde, Schule und Wirklichkeit. 19: Viertel-stunde für die Gesundheit. 19.25: 30 Jahre Relativitätstheorie. 19.55: Wetter-bericht für die Landwirtschaft. 20: Deutschlandsender: Übertragung aus Berlin. 21: Weitere Rezitationen. 21.30: Aus Leipzig: Deutsche Minnelieder und Balladen. Anschließend Übertragung aus Berlin.

Mittwoch, 30. Juli:

16: Aus Hamburg: Nachmittagskonzert. 17.30: Bilder aus der Tätigkeit der Reichsmarine. 18: Solo-Violine. 18.30: Große Parlamentarier. 19: Kunst und Geisteskrankheit. 19.25: Die Krise der Zivilversorgung. 19.55: Wetter-bericht für die Landwirtschaft. Anschließend Übertragung aus Berlin.

Donnerstag, 31. Juli:

16: Aus Berlin: Nachmittagskonzert. 17.30: Die Einrichtungen der länd-lichen Mädchenfortbildungsschule. 18: Schöpferische Freundschaften großer Männer. 18.30: Russische Musik im Spiegel russischer Kultur. 19: Wochenende auf dem Bermuda-Inseln. 19.25: Stunde des Landwirts. 20: Deutschlandsender: Emil Belener liest eigene Dichtungen. 20.30: Unterhaltungsmusik. 21.10 Über-tragung aus Berlin.

Freitag, 1. August:

16: Griechische Bedeutung für die Erziehungslehre. 16.30: Aus Leipzig: Nachmittagskonzert. 17.30: Heimatspiele und Heimatspielbewegung. 18: Tech-nischer Fortschritt und Arbeitsmarkt als internationales Problem. 18.30: Der Dinnenfischer. 18.55: Das Geheimnis um Shakespeare. 19.25: Wissenschaft-licher Vortrag für Tierärzte. 19.55: Wetterbericht für die Landwirtschaft. 20: Deutschlandsender: Programm der Aktuellen Abteilung. 20.30: Aus Breslau: „Schluck und Jas“. Spiel von Gerhart Hauptmann. Anschließend Übertragung aus Berlin.

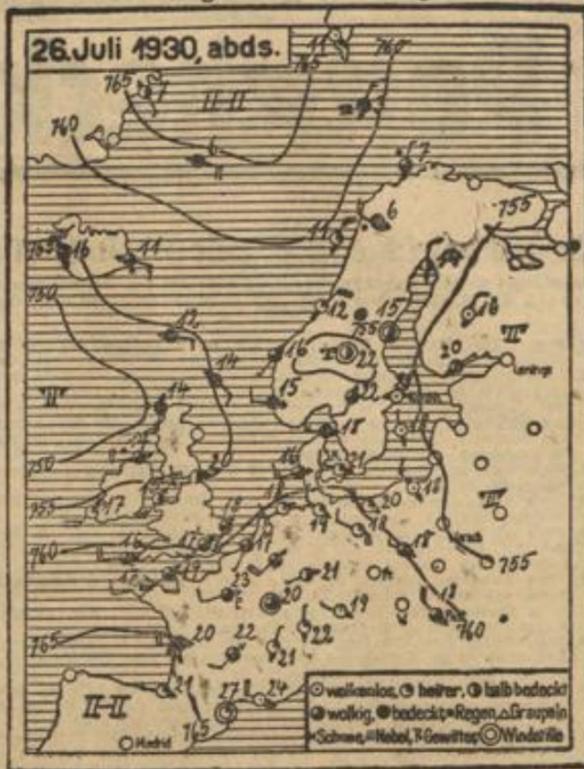
Sonnabend, 2. August:

16: Aus Frankfurt a. M.: Akademische Weltmeisterschaften: Einzug der Nationen. 16.30: Aus Hamburg: Nachmittagskonzert. 17.30: Zur Psychologie des Landwirts. 18: Arbeitererziehung und bürgerliche Dichtung. 18.30: Afrikanische Pfänder. 18.55: Französisch für Fortgeschrittene. 19.25: Friedrich Stiller und das Volkslied. 19.55: Wetterbericht für die Landwirtschaft. 20: Deutschlandsender: Aus Hamburg: „Das Schwarzwaldmädel“. Operette von Jessel. Anschließend Übertragung aus Berlin.

Funkwinkel.

Das Tagesprogramm wurde — anlässlich der Beifugung der in Roblengs Berunglücken — auf ernste Vorbereitungen umgestellt. Statt der angeforderten Abendunterhaltung brachte der Berliner Konzertverein 1930 unter Leitung von Alexander Michael Szenlar ein Sinfoniekonzert, mit würdiger, schon ausgeführter Musik. In der Jugendstunde sprach Friedhelm Wendel über „Sagen und Märchen der Arbeit“. Seine Darbietung war außerordentlich fesselnd, da er sich auf ein reiches Material stützte, das er geschickt durch kurze auf-schlußreiche Erläuterungen zu verbinden verstand. Privatdozent Dr. Fr. Rohden stigierte, wie sich die heutige französische Republik aus den verschiedenen Revolutionen entwickelt hat. — Der Vortrag „Kleinstadtliteratur“ von G. Richey soll hier nicht kritisiert werden. Sein Niveau stand zu tief. Wer aber trägt die Verantwortung dafür, daß ein derartiges jammloses Geschwätz überhaupt vor das Berliner Mikrophon kommen konnte? Tes.

Allgemeine Wetterlage.



Nach Abzug des gestern über Bonnern befindlichen Tiefs hat sich am Sonnabend das Wetter in Deutschland schnell gebessert. Im Westen und Südwesten wurde der Himmel sogar vielfach heiter. Nur in Schlesien kam es noch zu einzelnen Regenfällen. Die südlich von Island liegende Depression hat an ihrem Südostrande eine Störungslinie entwickelt, die zur Zeit über den Kanal verläuft. Bei ihrem Vorüberzug dürfte uns diese teilweise starke Bewölkung bringen. Im ganzen wird jedoch unser morgiges Wetter — unter dem Einfluß des mitteleuropäischen Zwischenhochs — bei verhältniß-mäßig warmen südwestlichen Winden ziemlich heiter sein.

Wetterausichten für Berlin. Nur zeitweise stark bewölkt, sonst ziemlich heiter, bei südwestlichen Winden wärmer. — Für Deutsch-land. Größtenteils trockenes und ziemlich heiteres und wärmeres Wetter, in der westlichen Hälfte Deutschlands stichweise geringe Niederschläge.

„Wasa.“ Am Freitag, dem 1. August, beginnt die „Wasa“ ihre Winterr-saison. Zum ersten Male nach Deutschland kommt die weltberühmte Eis-schmelztruppe „Wastoff's Power“, die jahrelang die Hauptattraktion des Casino de Paris bildeten. Sie bringen eine ganze Reihe französischer und skandinavischer Szenen, die den kleinen Künstlern Gelegenheit gibt, ihre Bir-schneitkunst zu zeigen.

„Reue Welt“ Salenbeide. Nach erfolgter vollständiger Renovierung findet am Sonnabend, dem 2. August, in der Reue Welt Salenbeide als Eröffnungsf-eier ein „Film-Sommerfest“, verbunden mit einem großen Sommerabend, statt. Unter anderem wird die Sommerkönigin der Reue Welt durch das Publikum gewählt. Prominente von Film und Bühne haben ihre Erfreuzung zugesagt.

„Stala.“ In dem am Freitag, dem 1. August beginnenden neuen Pro-gramm bringt die „Stala“ als ganz besondere Attraktion den vielgeliebten „Ruffel-Gesang-Rest“, der als reifer „Sänger“ des englischen Ruffel-Balls an-zuführen ist. Rest bringt in seinen grotesk-komischen Szenen mit frischen Berliner Szenen Parodien von unvorstellbarem Witz. Seine Jasskapelle bildet

Erstaunlich billig arbeitet



IMI arbeitet wirklich sparsam. 10 Liter IMI-Spülwas-ser kosten nur 1 Pfg. Bedenken Sie einmal, welche Menge fettiger Geschirre, Bestecke, Töpfe, Flaschen und Holzgeräte Sie damit reinigen können.

IMI arbeitet aber nicht nur sparsam, sondern gleich-zeitig flink. Das müssen Sie einmal gesehen haben, wie blitzschnell IMI Fett und Schmutz entfernt, es geht wie im Handumdrehen.

IMI arbeitet sparsam, flink und gründlich. Das gibt es nicht, daß da noch irgendein Schmutzflecken oder irgendeine Fettspur zu finden ist, wo IMI ge-wirkt hat. Alles strahlt in appetitlicher Sauberkeit und Frische, in herrlichem IMI-Glanz.

Ihr sparsamer, flinker und gründlicher Helfer sei IMI

Henkel's
Aufwasch · Spül · und · Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art